Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 13. Januar 2007 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Nur das Fortunaportal wurde bisher auf dem Schloßplatz in Potsdam wiedererrichtet: 2006 hat sich das Potsdamer Stadtparlament zum zweiten Mal gegen einen Wiederaufbau des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Potsdamer Stadtschlosses ausgesprochen. Dabei hätte das Brandenburger Landesparlament dort gern seinen Sitz genommen und dafür auch gezahlt. Nun wurden die Potsdamer Bürger befragt und die stimmten anders als ihre Stadtvertreter (siehe Seite 3).

Foto: ddp

Wettlauf um die Wähler

SPD, FDP und Grüne suchen die beste Startposition für 2008

Von Hans Heckel

Wann ist eigentlich Bundestagswahl? Nach Plan erst 2009. Darauf will in Berlin aber niemand wetten. Der Verdacht, daß insbesondere die Sozialdemokraten nur auf eine günstige Ausgangslage für vorgezogene Neuwahlen hinarbeiten, hat nach der Bremer Sitzung des SPD-Vorstands neue Nahrung erhalten.

Becks Genossen haben das Füllhorn zur Hand genommen: Mehr Geld für Bildung, kostenlose Kindergartenbetreuung, Befreiung der unteren Einkommensschichten von den Sozialabgaben. Über die Finanzierung der Maßnahmen hört man allenfalls Gemeinplätze wie „Steuerschlupflöcher schließen“. So sehen Wahlprogramme aus, nicht aber die konkrete Tagesordnung einer Regierungspartei, wo die Machbarkeit jedes Vorhabens berücksichtigt sein muß.

Die Erstattung von Sozialbeiträgen für Geringverdiener ist dabei für sich gesehen durchaus diskutabel. Wer 1100 Euro brutto nach Hause bringt, der wird durch die Abgaben praktisch auf Hartz-IV-Niveau zurückgeworfen. Allerdings haben die Sozialdemokraten aus vorausschauender Wahltaktik darauf verzichtet, neben solcher „Förderung“ auch Forderungen an Leute wie den bekannten Henrico Frank zu formulieren. Wenn es Hartz-IV-Empfänger wie der Besagte vorziehen, acht Arbeitsplatzangebote auszuschlagen, dann ist das angestrebte Gleichgewicht von „Fördern und Fordern“ offenkundig nicht erreicht. Wer arbeiten kann, der soll auch zur Arbeit verpflichtet werden können, sonst hat er sein Anrecht auf staatliche Stütze verwirkt – von diesem in den Schröder-Jahren angedachten Grundsatz redet die SPD nicht mehr gern. Ein deutliches Indiz dafür, daß die Sorge über ihr Abschneiden bei einem Urnengang realpolitische Einsichten bereits in den Hintergrund gedrängt hat.

Die Grünen hatten sich bereits auf dem Dezember-Parteitag auf die Bedienung ihrer Wählerklientel gestürzt. Sie und nicht die FDP sind die wahre „Partei der Besserverdienenden“, eine Schicht also, die von wirtschaftlichen Überlebensängsten weniger gepeinigt wird als andere. Entsprechend verlegten sich die Grünen auf die „großen Menschheitsprobleme“ wie den „Klimaschutz“. Dafür ist die Aufmerksamkeit dort besonders groß, wo tägliche Existenzangst eine mindere Rolle spielt.

Die FDP profilierte sich auf ihrem Dreikönigstreffen schließlich als Mittelstandspartei, die einem Koalitionspartner, sei er rot oder schwarz, die Stimmen derjenigen Wähler mit in die Ehe bringt, die sich von der „Sozialdemokratisierung“ der großen Parteien überfahren fühlen. Sichtlich bemüht war Parteichef Westerwelle, weiterhin jede einseitige Festlegung auf die Union als Partnerin zu vermeiden. Er hält sich alle Optionen offen.

So fügen sich bereits die möglichen Farben künftiger Bündnisse. Aber was macht eigentlich die Union? Die CSU verzettelt sich in Personaldebatten, das inhaltliche Profil der CDU vermögen selbst treue Anhänger kaum noch in Worte zu fassen. Die Union läuft Gefahr, vor der Öffentlichkeit als Alleinverantwortliche für die Folgen der großkoalitionären Kompromißhuberei nebst Steuererhöhung übrigzubleiben, derweil SPD, FDP und Grüne ihre Wahlkampfpositionen zielgerecht ausbauen.

Klaus D. Voss:

Habenichts

Wenigstens die Europäische Kommission denkt an die Zukunft: In der Energiepolitik müssen die Weichen ein halbes Menschenleben voraus gestellt werden, wenn die Versorgung halbwegs sicher bleiben soll. In Deutschland und vielen Nachbarländern herrscht aber das Prinzip Hoffnung, als könnte man mit guten Wünschen den Ofen heizen.

Es ist kein Zufall, daß die Warnungen des EU-Forschungskommissars Janez Potocnik vor einer Energiepleite mit den russischen Machtspielen an der Druschba-Pipeline zusammenfallen – denn irgend jemand dreht immer an der Energieversorgung. Die Hebel der Macht sind heutzutage ziemlich ordinäre Sperrventile.

Die ehrenwerte Gesellschaft der Öl- und Gaslieferanten funktioniert über Grenzen und Kulturkreise hinweg; in stiller Freundschaft zu den Russen profitiert jeder, weil Krisen die Preise an den Börsen treiben: Wer hat, der nimmt.

Habenichts ist ein häßliches Wort, aber die Deutschen sollten sich schon auf ein Leben zu doppelten Preisen einstellen – solange sie sich den Luxus leisten, nur auf Sonnenschein und steten Luftzug zu setzen.

Im neuen Energie-Mix, den die Brüsseler Kommission vorträgt, spielt die Kernenergie die entscheidende Rolle, in den Köpfen unserer Politiker aber nicht. Nach langen Jahren der Gefälligkeitsentscheidungen sind sie ganz der Pflicht entwöhnt, eine Industrienation komplett versorgen zu müssen.

Die EU verlangt jetzt die Rückkehr in die Realpolitik und stellt damit die Aufgabe, die Bevölkerung von den neuen Notwendigkeiten zu überzeugen – und das in einem Land, in dem Politiker notorische Reformflüchter sind.

Zwangslage

EU dringt auf Kernenergie-Ausbau

Zeitgleich zu den Aufregungen um die russischen Öllieferungen hat EU-Forschungskommissar Janez Potocnik die Staaten der Gemeinschaft in die Pflicht genommen – die EU muß sich dringend mit einem neuen Konzept zur Energieversorgung befassen. Nach seinem Berechnungsmodell wird sich der globale Verbrauch bis 2050 verdoppeln.

Nach dem „Ausblick auf die Energietechnologie 2050“ müssen sich die Bürger auf Rohölpreise einstellen, die doppelt so hoch sein werden wie heute. Auch alle Ansätze, die Abgabe von Kohlendioxid an die Atmosphäre zu reduzieren, werden nach der Studie unterlaufen: Nach den Berechnungen wird die Belastung um 80 Prozent steigen. Der weltweite Stromverbrauch wird sich vervierfachen und damit doppelt so stark ansteigen wie der übrige Energieverbrauch.

Mit seinen Vorschlägen, einen neuen Energie-Mix in der EU durchzusetzen, wird Potocnik auf heftigen Widerstand stoßen. Auch wenn das Aufkommen an erneuerbarer Energie ausgereizt werde, komme die EU nicht daran vorbei, eine neue Generation von Kernkraftwerken zu bauen. Potocniks Studie gibt vor, daß bei der Beachtung aller umweltrelevanten Aspekte im Jahr 2050 fast 40 Prozent des EU-Strombedarfs aus Atomkraftwerken gedeckt werden muß. Zu diesen Zeitpunkt hätte Deutschland aber bereits alle Kernkraftanlagen abgeschaltet. (Siehe auch Leitartikel) *VS*

Erstaunlich krisenfest

Edmund Stoiber hat seine Kritiker noch im Griff – Der Treueschwur von Wildbad Kreuth

Von Klaus D. Voss

Edmund Stoiber hat die CSU wieder dort, wo er sie sich wünscht: hinter sich, vor sich, um sich herum. Jedenfalls das Parteipräsidium, die Landesgruppe im Bundestag und demnächst auch die Landtagsfraktion, sie stehen nach dem Parteiappell von Wildbad Kreuth wie ein Mann zum Chef. Niemand in München will sich länger damit aufhalten, daß es noch abweichende Meinungen an der Basis geben könnte. Soviel Einigkeit auf einmal ist verdächtig, selbst in der CSU. Aber die Bayern sind Realisten. Die Zeit, Edmund Stoiber abzulösen, ist noch nicht gekommen. Und ein Nachfolgekandidat auch nicht.

Die Diskussion ist aus, nur das Gerede noch nicht. Das „blonde Fallbeil“, so hat sich Stoibers Arbeitseifer als Generalsekretär unter Franz Josef Strauß charakterisieren lassen, ist inzwischen weiß geworden und eine ganze Gangart zögerlicher, aber das darf nicht täuschen. Er verbrachte sein halbes Leben in der Parteiführung und kontrolliert die Karrieren in seiner Partei. Er hat es bisher geschafft, alle Konkurrenten auf Distanz zu halten. Stoibers eigentliches Talent ist nicht, Streit zu vermeiden: Er macht in der öffentlichen Auseinandersetzung keine besondere Figur. Sein eigentliches Können liegt darin, wie gründlich er das Feuer austreten kann.

Stoibers Bilanz nach 13 Amtsjahren als Ministerpräsident ist, auch nach den mißlungenen Ausflügen aufs Berliner Parkett, so schlecht nicht. Die wirtschaftlichen Daten sind die besten der Republik, und Bayern ist noch immer das gelobte Land der Arbeitsuchenden. Vor allem erreicht der Einfluß der Südstaatler auf die Bundespolitik ein Zwei-Jahrzehnte-Hoch.

Gut anderthalb Jahre vor der Landtagswahl wäre ein Führungswechsel im Streit ein hohes Risiko für die Partei, die absolute Mehrheiten verteidigen muß. Mit jedem Tag, den die Wahl näher rückt, ist Stoiber rechnerisch unentbehrlicher. Die Partei-Notablen haben mitgerechnet und sind zum gleichen Ergebnis gekommen. Die „legendäre Geschlossenheit der CSU“ ist mehr als nur eine Eidesformel, mit der Erfolge beschworen werden sollen – sie ist das Erfolgsrezept der CSU schlechthin.

Manchmal formen die Medien sich ihre Helden selbst, vor allem in den eher nachrichtenschwachen Zeiten. So kann auch einmal übersehen werden, daß gegen Stoiber schon mehr daher kommen muß als nur eine Herausforderung aus der Kreisliga. Zugegeben, die Versuchung, aus der Fürther Landrätin Gabriele Pauli mehr zu machen als sie ist, war angesichts ihrer Medientauglichkeit doch recht groß. Aber die Kreispolitikerin hat einen kardinalen politischen Fehler gemacht: Erst die große Frontale gegen Edmund Stoiber – und was dann weiter? Sie hat ein deutliches Strategiedefizit für „den Tag danach“. Dagegen: Edmund Stoiber weiß, wie man Karrieren formt.

MELDUNGEN

Wieder mehr Geld für Kirchen

Köln – Die positive Konjunktur läßt die Kassen der beiden großen Kirchen in Deutschland klingeln. Nachdem die Kirchensteuereinnahmen seit 2000 schrumpften, schlug 2006 wieder ein Plus von 7,3 Prozent zu Buche. Auch 2007 bringt eine frohe Botschaft – die Einnahmen dürften um fünf Prozent zulegen. Für den neun Milliarden Euro großen Geldsegen sorgt vor allem die gestiegene Beschäftigung. Die Finanzämter ziehen in der Regel neun Prozent der gezahlten Einkommenssteuer zusätzlich als Kirchensteuer ein. Wenn mehr Menschen in Lohn und Brot stehen, füllen sich somit nicht nur die Schatullen der Finanzminister, sondern auch die der 28 katholischen Bistümer und 23 evangelischen Landeskirchen – vorausgesetzt der Steuerzahler ist Kirchenmitglied. Der Lohnsteuerzuschlag ist die mit Abstand wichtigste Einnahmequelle der Kirchen. In Köln, dem finanzstärksten Erzbistum, deckt die Kirchensteuer mehr als 60 Prozent der Ausgaben. *IW*

Nordosteuropäer bekehren

Stuttgart – Der wachsende Zustrom osteuropäischer Arbeitskräfte nach Westeuropa gibt den Kirchen neue missionarische Möglichkeiten. Beispielsweise seien seit dem EU-Beitritt der baltischen Staaten am 1. Mai 2004 etwa 200 000 Litauer nach Irland gezogen. In Großbritannien hätten sich etwa 200 000 Polen niedergelassen. Diese Menschen seien in der Fremde leichter auf den christlichen Glauben anzusprechen als in ihrer Heimat, sagte der Osteuropareferent der Kontaktmission, Artur Schmidt. *idea*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Die Schulden-Uhr:

Ohne Kredite

Auf mittlere Sicht ist eine Neuverschuldung aus demografischen und finanzpolitischen Gründen nicht mehr zu verantworten", sagte Baden-Württembergs Finanzminister Gerhard Stratthaus (CDU) gegenüber der „Financial Times Deutschland" und forderte ein Verschuldungsverbot für die Bundesländer. Da er weiß, daß kaum eines der Länder sofort ohne Kredite auskäme, schlägt er Übergangslösungen vor. Zudem soll hier nicht das jeweilige Bruttoinlandsprodukt über die Höhe der Schuldenaufnahme entscheiden, sondern der bisherige Kreditbedarf.

1.545.517.769.744 €

(eine Billion fünfhundertfünfundvierzig Milliarden fünfhundertsiebzehn Millionen siebenhundertneunundsechzigtausend und siebenhundertvierundvierzig)

Vorwoche: 1.544.263.083.019 €
Verschuldung pro Kopf: 18.733 €
Vorwoche: 18.718 €

(Dienstag, 9. Januar 2006, 12 Uhr, www.steuerzahler.de)

Der unpassende Erzbischof

Zusammenarbeit von Stanislaw Wielgus mit dem Geheimdienst schwächt die katholische Kirche

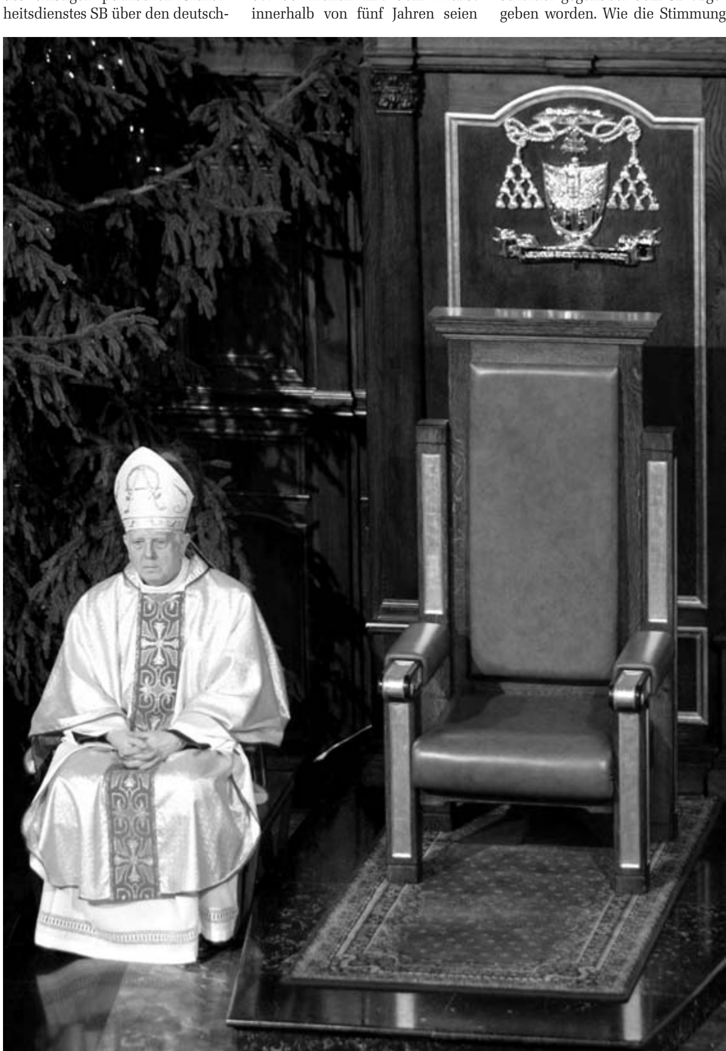
Von Sverre Gutschmidt

Es war eine öffentliche Demütigung: Hunderte Menschen in der Kathedrale und kaum weniger davor, die geistliche Elite Polens im festlichen Ornat, führende Politiker, darunter die regierenden Kaczynski-Zwillinge, sind versammelt. Eigentlich sollte die Amtseinführung des neuen Erzbischofs von Warschau Stanislaw Wielgus (67) gefeiert werden, der am 6. Dezember von Papst Benedikt ernannt worden war. Statt dessen wurde kurzfristig eine Art Rücktrittsgottesdienst einberufen. Eine kurze Stellungnahme, Worte des Bedauerns, Schweigen: Der Erzbischof ist zurückgetreten, zurückgedrängt, bevor er feierlich eingesetzt ist. Gedemütigt und beschädigt durch dieses Ritual, das in einem Bußgottesdienst endet, ist nicht nur Stanislaw Wielgus (67), der Beinahe-Erzbischof, sondern auch die katholische Kirche.

Es geht daher nur bedingt um Wielgus. Erzbischof wird man schließlich nicht über Nacht – der Kirche war der Lebensweg des bisherigen Bischofs von Plock längst bekannt. Wie es so weit kommen konnte, verrät nur ein Blick in seine Vergangenheit.

1973, zehn Jahre nachdem die Welt während der Kuba-Krise in den Abgrund eines Atomkrieges geblickt hatte, bot die Entspannungspolitik zwischen Ost und West einem jungen Polen einen Studienplatz im westdeutschen Ausland. Kaum einer ahnte das Ende des Kommunismus voraus. Heute, mehr als 30 Jahre später, erhält Wielgus die Rechnung dafür, daß er damals ein Blatt Papier unterschrieb. Es war die Eintrittskarte ins Weststudium, dargeboten vom polnischen Geheimdienst in Form einer Verpflichtungserklärung. Eine Formalität – so mag er es damals empfunden haben. Geheimdienstkontakte waren Routine für Kleriker, stand die polnische Kirche doch unter Dauerbeobachtung des Regimes. Als Stipendiat der Ludwig-Maximilians-Universität in München lernte er als Theologiestudent: „Die Wahrheit siegt gegen die Gewalt" – so der Titel einer Rede, die er bereits während dieses Studienaufenthalts in Deutschland veröffentlichte. Wer so handelt, erweckt nicht den Eindruck willfähriger Zuträger eines kommunistischen Geheimdienstes zu sein.

Genau das soll Wielgus aber gewesen sein, glaubt man den Urteilen polnischer Zeitungen. Sie haben im Vorfeld des Gottesdienstes eine beispiellose Kampagne losgetreten. Allen voran weidete sich die „Gazeta Polska" kurz vor Weihnachten an Details aus der Akte des einstigen polnischen Sicherheitsdienstes SB über den deutschfreundlichen Kleriker. Sein Vertrauen in den SB sei von Gespräch zu Gespräch gewachsen, heißt es da. 50 Treffen mit dem Dienst innerhalb von fünf Jahren seien dokumentiert, „eine Reihe konkreter Informationen" von Wielgus über andere Priester und Wissenschaftler gegenüber dem SB abgegeben worden. Wie die Stimmung unter Gläubigen und Lehrpersonal in seiner Heimatstadt Lublin gewesen sei, habe Wielgus berichtet. Festgehalten sind die Begegnungen und Zitate in einem Bericht seines Führungsagenten vom Herbst 1973.



Mußte vom Stuhl des Erzbischofs Abstand nehmen: Stanislaw Wielgus Foto: Eastway

In Polen sind viele Klarnamen von SB-Agenten und Zuträgern allen bekannt, die davon wissen wollen. Die Überprüfung von öffentlichem Dienst und Politik sowie Strafverfolgung sind hingegen Neuland. Derart detailliertes Material und das auch noch passend zum Zeitpunkt der Amtseinführung Wielgus in der als antikommunistisch bekannten „Gazeta Polska" lanciert, deutet jedoch auf mehr als gründliche Recherche seitens der Medien hin. Das „Institut für Nationales Gedenken" (IPN), so der Name des polnischen Gegenstücks zur deutschen Stasi-(Birthler-)Behörde, gilt seit Jahren als weitgehend offene Einrichtung, in der auch schon mal Namenslisten geklaut werden. So geschehen im Januar 2005, als der ehemalige Oppositionelle und Journalist Bronislaw Wildstein eine Liste, die ausschließlich aus Namen von 240 000 „Mitarbeitern" des SB besteht, mitgehen ließ und prompt an Zeitungsredaktionen weitergab. Brisant bei der seither als „Wildsteins Liste" bekannten Namenssammlung ist, daß darin auch unwissentliche Zuträger als Informanten und somit als Mitarbeiter geführt wurden. Sie stehen seit einiger Zeit am Internetpranger. Der Streit um die „Durchleuchtung" der kommunistischen Vergangenheit heute einflußreicher Personen ist in vollem Gange. Politisch angestoßen durch die Kaczynski-Zwillinge und ihre Partei (PiS), und im Prinzip auch von der Kirche begrüßt, bietet er zunehmend den Hintergrund für die persönliche Abrechnung mit Gegnern der Kaczynskis. Ein Erzbischof der deutsch spricht und als deutschfreundlich gilt, will kaum ins Konzept der Kaczynskis passen.

Fragt man nach dem Nutzen der Kampagne gegen Wielgus, so sind auch noch andere auszumachen. Der Effekt der Hatz auf die nun als unterwandert dastehende Kirche ist eben nicht eine differenzierte und persönliche Aufarbeitung. Nach dem Eklat in der Kathedrale regt sich zudem öffentlich Mitleid: Wenn sogar er dabei war, war es wohl nicht so schlimm. Das allgemeine Verständnis für einen damals jungen Priester, der niemandem schaden wollte, spielt eher den Post-Kommunisten zu. Sie befürworten schon lange den „dicken Schlußstrich".

IPN – Anders als unsere Birthler-Behörde

Das „Institut für nationales Gedenken" (IPN) ist nur bedingt mit der deutschen Stasi-Unterlagenbehörde vergleichbar, verfügt es doch auch über staatsanwaltschaftliche Befugnisse und besteht erst seit 1998 in der jetzigen Form. Der Vorsitzende wird vom Sejm (Parlament) für fünf Jahre gewählt und ist nicht weisungsgebunden. Das (Vorläufer-)Institut konzentrierte sich in der Vergangenheit auf die Verfolgung von nationalsozialistischen Verbrechen am polnischen Volk. 1990 kamen die Verbrechen des Kommunismus zu den Aufgaben hinzu, zu denen auch politische Bildungsarbeit zählt. Aufsehen erregte 2001 ein Bericht zu Massakern von Polen an jüdischen Bürgern in Jedwabne sowie der Diebstahl einer Namensliste mit Klarnamen von 240 000 mutmaßlichen Mitarbeitern des SB im Februar 2005.

Kein Ruhmesblatt der Justiz

Der lange Weg zum Urteil gegen Mounir el Motassadeq

Von Klaus D. Voss

Vielleicht wird sich eines Tages ein Doktorand für das Thema begeistern: „Die Auswirkung von Eitelkeiten auf den Rechtsgang vor Obergerichten, dargestellt an der Strafsache Mounir el Motassadeq". Viele Freunde in der Justiz dürfte sich ein Jung-Jurist damit nicht machen, aber das geneigte Publikum hätte endlich eine Chance zu verstehen.

Die Anklage war noch nachvollziehbar. Motassadeq hatte in einer Hamburger Wohngemeinschaft mit Mohammed Atta und anderen gelebt, die als Todespiloten am 11. September 2001 die Anschläge auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington verübt hatten. Der jetzt 32 Jahre alte Marokkaner war in Hamburg zurückgeblieben. Die Fahnder kamen ihm rasch auf die Spur.

Das weltweit beachtete erste Strafverfahren nach den Anschlägen von New York endete im Februar 2003 vor dem Hamburger Oberlandesgericht mit dem Urteil, auf das sich die meisten Prozeßbeobachter eingestellt hatten: 15 Jahre Haft wegen Beihilfe zum 3066fachen Mord und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Wenn man von der Justiz erwartet, daß in exemplarischen Fällen klare Urteile gefällt werden, damit das Gefühl von Recht und Gerechtigkeit leben kann, dann sollte man die Strafakte Motassadeq schnell beiseite legen. Dieses Urteil wurde nie rechtskräftig. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe hob die Entscheidung im März 2004 auf, weil die Hamburger Richter in der Urteilsbegründung entlastendes Material aus den USA nicht hinreichend berücksichtigt hatten: Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte Mitverschwörer Said Bahaji hatte in einem Brief an seine Mutter geschrieben, Motassadeq habe mit den Anschlägen nichts zu tun. Diesen Vorgang nicht im Urteil aufzugreifen war gewiß ein formaler Fehler.

Aber Obergerichte geben nicht freiwillig nach, solange die Strafprozeßordnung noch Möglichkeiten zur Gegenwehr bietet. Das Hamburger Oberlandesgericht ließ sich nach dem Rüffel aus Karlsruhe sogar darauf ein, Motassadeq aus der Untersuchungshaft zu entlassen.

Neues Verfahren, neues Urteil im August 2005: Die Hamburger Richter werteten die entlastenden Aussagen aus den USA und ließen den Vorwurf einer Beihilfe zum Mord fallen – macht sieben Jahre Haft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung.

Auch dieses Urteil hatte so keinen Bestand. Denn wenn Zeugenangaben nicht „ausreichend gewürdigt" worden sind, bedeutet das für die Bundesrichter in Karlsruhe noch lange nicht, daß sich ein Gericht von dieser Aussage auch gänzlich leiten lassen muß. Der Bundesgerichtshof meinte, wenn Motassadeq nicht nachzuweisen sei, daß er von den Anschlägen auf das World Trade Center wußte, so war er doch an den Vorbereitungen der Flugzeugentführungen beteiligt. Karlsruhe setzte die Beihilfe zum Mord in 246 Fällen (das ist die Zahl der in den gekaperten Flugzeugen getöteten Passagiere und Besatzungsmitglieder) wieder ins Urteil ein und verlangte vom Hamburger Oberlandesgericht ein entsprechend höheres Strafmaß. Am 8. Januar 2007 legte sich das Hamburger Oberlandesgericht schließlich auf 15 Jahre Haft gegen Mounir el Motassadeq fest. Viele Prozeßbeobachter meinen, daß es jetzt dabei bleiben wird – auch wenn noch Beschwerden an das Bundesverfassungsgericht oder die europäischen Gerichte möglich sind.

Atemlose CDU

Von Harald Fourier

Nur nichts anmerken lassen, lautet die Devise von Spitzenpolitikern am Wahlabend immer. Und so verkündete Friedbert Pflüger am 17. September 2006 fröhlich, die „Union hat wieder Tritt gefaßt.“ In Wirklichkeit haben die Wähler ihm, dem Spitzenkandidaten, einen gehörigen Fußtritt verpaßt, aber einer wie Pflüger steht da drüber.

Die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus hat jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das maßlos schlechte Erscheinungsbild der Partei im Osten verbessern will. Doch deren Scheitern ist bereits programmiert.

„Die CDU hat heute leider den Nimbus einer West-Partei“, klagt der stellvertretende Vorsitzende Mario Czaja. Ihm ist es als einzigem CDUler gelungen, sein Mandat im Osten direkt zu gewinnen.

In einzelnen Bezirken habe die Union den Status einer Volkspartei verloren, findet Czaja. Deswegen will er „alte Strategien und Wege in Frage stellen“. Ihm schwebt ein „Leitbild Ost“ vor, in das die „spezifischen Erfahrungen der Menschen aus der Ex-DDR einfließen“. Wie soll das aussehen? Will Czaja demnächst bei der Demo für „Karl und Rosa“ (Liebknecht und Luxemburg) mitmarschieren? Oder wieder Trabi fahren? Bald 17 Jahre nach dem Mauerfall sollte dem CDU-Politiker klar sein, daß es den Berlinern auch im Ostteil eher um die Bewältigung ihrer Gegenwarts- und Zukunftsprobleme geht als um das Streicheln alter Befindlichkeiten.

Czaja schlägt zudem vor, Personen über 45 und „vereinsamte Senioren“ persönlich anzusprechen. Das entscheidende Stichwort in diesem Zusammenhang ist wohl „vereinsamt“.

Es gibt in der Tat Stimmbezirke im Osten, in denen die CDU zur Splitterpartei geworden ist. Beispielsweise im Wahlkreis sechs in Pankow. Hier lag die Union mit sieben Prozent Erststimmen auf dem vierten Platz. Im Stimmbezirk 190 etwa machten von 514 Wahlberechtigten nur zwei ihr Kreuz bei der CDU. Das entsprach 0,8 Prozent der abgegebenen Erststimmen. Selbst die Tierschutzpartei mit ihren drei Stimmen ist dort stärker vertreten.

Trotzdem läuft Czajas Vorschlag, vereinsamte Menschen mit DDR-Biographie nach Art einer Drückerkolonne anzusprechen, ins Leere. Die Partei weiß ja selbst nicht, wo sie steht. Auf ihrer Internetseite bemüht sie sich nicht nur um „Ossis“, sondern unter dem Stichwort „Hos geldiniz“ um türkischstämmige Mitbürger. Gleichzeitig wirbt der neue Bürgermeister von Zehlendorf für sein „schwarz-grünes Bündnis, das Perspektiven aufzeigt“.

Die CDU hat kein Ost- oder West-Problem. Sie hat ein grundsätzliches Problem: Niemand weiß noch, wofür sie steht. Ihr atemloser Tanz quer durch alle Reihen und Richtungen führt die Hauptstadt-Union immer mehr ins Abseits der Beliebigkeit.

Volk blamiert Volksvertreter

Abstimmung: Die Potsdamer wollen ihr Stadtschloß wiederhaben



Stadtrat schlug 100 Millionen vom Land aus: Viele Fragmente des 1960 von den Kommunisten gesprengten Potsdamer Stadtschlosses sind auf Deponien erhalten geblieben.

Foto: ddp

Von Markus Schleusener

Die Bürger von Potsdam sind an die Wahlurne gerufen worden. Nicht, um ein neues Stadtparlament oder einen Bundestagsabgeordneten zu bestimmen, sondern um zu erklären, was sie sich für einen Landtagsneubau wünschen.

Und obwohl das Ergebnis dieser Abstimmung nicht verbindlich war für die Stadtoberen, beteiligten sich mehr Potsdamer daran, als bei der vergangenen Kommunalwahl (deren Ausgang im Gegensatz dazu sehr wohl verbindlich war, aber offenbar nur wenige interessiert hat).

Über 56 000 Bürger oder 46,1 Prozent aller Wahlberechtigten haben ihre Stimme für eines der vorgeschlagenen Projekte abgegeben – eine überraschend hohe Anteilnahme der Bürger am Geschehen in ihrer Stadt!

Dieses plötzliche Plebiszit ist notwendig geworden, weil es im Potsdamer Stadtparlament zuweilen zugeht wie in der israelischen Knesset: Der Versammlung in der brandenburgischen Landeshauptstadt gehören zehn Parteien an, die Stadt wird von wechselnden Mehrheiten regiert.

In diesem Durcheinander scheiterte zweimal der Antrag, das alte Stadtschloß wiederaufzubauen, um es als brandenburgisches Landesparlament zu nutzen. Und das, obwohl das Land die Kosten in Höhe von 100 Millionen Euro tragen will. Die Potsdamer Stadtverordneten haben dieses Geschenk dennoch brüsk abgelehnt. Warum, weiß keiner so recht.

Jetzt haben die Bürger das Sagen gehabt. Und sie haben sich mit einer relativen Mehrheit von 42,8 Prozent für das Schloß ausgesprochen. Dahinter rangieren das verfallene Industrieareal Speicherstadt (28,5 Prozent) und das von der PDS favorisierte Palais Barberini (12,8 Prozent) als künftiger Sitz der Volksvertretung.

Die Linke/PDS profilierte sich als Kritiker Nummer Eins eines Schloß-Wiederaufbaus. Klar: Die SED-Nachfolger wollen königliche Machtinsignien möglichst geschleift sehen. Schließlich gehörte der Abriß des Potsdamer Prachtbaus ebenso zu den Banausenstücken der roten Diktatoren wie die Sprengung des Berliner Schlosses, dessen Wiederaufbau sich ebenfalls niemand so hartnäckig widersetzt wie die heutige Linkspartei.

Doch selbst die PDS tut sich nach diesem Votum der Potsdamer Bürger schwer, ihre Anti-Schloß-Linie durchzuhalten. Schließlich war sie es doch, die die Volksbefragung durchgesetzt und damit ein gehöriges Eigentor geschossen hat.

Das Palais Barberini sei bei den Potsdamern „nicht mehrheitsfähig“, stellte der Linkspartei-Chef von Potsdam Pete Heuer nach der Abstimmung resigniert fest. Eine nette Umschreibung dafür, daß weniger als jeder siebte den Vorschlag der Postkommunisten unterstützt. Und sein „Genosse Fraktionsvorsitzender“ Hans-Jürgen Scharfenberg sah sogar seine eigene ablehnende Haltung zum Schloß „in Frage gestellt“.

Am 31. Januar entscheidet die Stadtverordnetenversammlung erneut über das Landtags-Projekt. Eine Ecke des Potsdamer Stadtschlosses, das Fortunaportal, wurde bereits mit privaten Geldern wiederaufgebaut, als Appetitanreger sozusagen. So wie in Berlin eine Gebäudeecke der Schinkelschen Bauakademie aus Spendenmitteln neu errichtet worden ist – als in Stein gemeißelter Seufzer der Stadt, die einen Sponsoren sucht, der den restlichen Wiederaufbau auch noch bezahlt.

Bürgermeister Jann Jakobs (SPD) forderte im Handumdrehen nach Bekanntgabe des Ergebnisses: „Über dieses Votum der Potsdamer darf nicht leichtfertig hinweggegangen werden.“ Der Finanzminister Brandenburgs (aus dessen Säckel der Neubau bezahlt werden müßte) appellierte an das Stadtparlament, den Landtagsneubau im Schloßgewand nun doch noch zu verwirklichen.

Andernfalls müßten die Abgeordneten weitere Jahre in dem provisorisch zum Landtag umfunktionierten ehemaligen SED-Bezirkshauptquartier bleiben. Dieses Gebäude hat den Beinamen „Kreml“ wegen seiner Rolle in der Honecker-Zeit.

Da selbst die SED-Nachfolger einzulenken scheinen, sieht es so aus, als käme der Bau tatsächlich zustande. Doch der Schein könnte trügen: Auch vor der letzten Abstimmung galt die Zustimmung bereits als sicher.

Vielleicht liegt hier aber auch der Grund für das überraschende Zustandekommen einer Zufallsmehrheit gegen das Schloß. Weil sich zu viele Abgeordnete der Mehrheit sicher waren, verweigerten sie aus einer Trotzhaltung heraus der Sache ihr Ja. So wie zwei Abgeordnete aus der SPD/PDS-Koalition Wowereits Wiederwahl im ersten Wahlgang zum Scheitern brachten, von denen mindestens einer gedacht haben mag, „meine eine Stimme wird die Bürgermeisterwahl schon nicht zum Platzen bringen“.

Jann Jakobs muß jetzt solange die einzelnen Abgeordneten geschickt bearbeiten, bis die Mehrheit steht – egal wie gering sie letztendlich ausfällt. Mit dünnen Ergebnissen kennt sich der Bürgermeister bestens aus. Seine eigene Wahl erfolgte 2003 in einer Stichwahl gegen den PDS-Kandidaten denkbar knapp. Jakobs besiegte den PDS-Kandidaten Scharfenberg mit nur 50,1 Prozent der Stimmen.

»Wer nicht will, soll Deutschland verlassen«

Ausländer-Integration in Neukölln: Unbequemer Quartiersmanager muß gehen – zuviel offene Kritik an Multikulti?

Von Peter Westphal

Daß es noch zu einem Skandal kommen würde, konnte der aufmerksame Zuhörer in der Stadtbibliothek von Berlin-Neukölln bereits ahnen. Am 4. Dezember 2006 stellte der „Quartiersmanager“ des Neuköllner Problemkiezes Rollbergviertel, Gilles Duhem, an der Seite von Neuköllns Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) die im Resch-Verlag erschienene Studie „Abschied von Multikulti“ vor, verfaßt vom Bremer Politologen Stefan Luft. Obwohl der Untertitel der Studie besänftigend „Wege aus der Integrationskrise“ verspricht, sind die hier ausgebreiteten Erkenntnisse und das, was Duhem ihnen aus eigener Erfahrung beisteuern konnte, eine einzige Provokation.

Neukölln weist den höchsten Ausländer- oder – in politisch korrektem Neudeutsch – Migrantenanteil der Hauptstadt auf. Der Stadtbezirk war zuletzt in den Fokus des bundesweiten Interesses gerückt, als Bürgermeister Heinz Buschkowsky im Frühjahr 2005 (in einem Interview mit der Wochenzeitung „Junge Freiheit“) „Multikulti“ öffentlich für gescheitert erklärt hatte. Nur durch eine an Praktiken der stalinistischen Selbstkritik erinnernde Abbitte, geleistet vor dem versammelten Bezirksparlament, hatte er sein politisches Aus noch abwenden können. Unter Buschkowsky, der „unregierbare Elendsgebiete“ als Folge der „multikulturellen Gesellschaft“ prognostiziert hatte, arbeiten heute insgesamt neun Quartiersmanager – mehr als in jedem anderen Berliner Bezirk. Diese rasant wachsende Berufsgruppe des „Social Engineerings“ soll Viertel mit hohem Ausländeranteil vor dem völligen Umkippen bewahren.

Gilles Duhem ist einer von ihnen. Er hat den Ruf, Berlins bekanntester und zugleich erfolgreichster Quartiersmanager zu sein. Für ihn ist die Studie „Abschied von Multikulti“ ein Manifest, ein „Wegweiser für die ganze Republik“, mit dessen Hilfe ein letzter Ausweg möglich sei, um der ausufernden Parallelgesellschaften Herr zu werden. Für seine sogar mit Preisen ausgezeichnete Arbeit loben ihn Bewohner, Polizei und der Bezirksbürgermeister Buschkowsky. Mit seinem Team gelang es Duhem, das berüchtigte Rollbergviertel zu befrieden, die Kriminalitätsrate sank in den letzten drei Jahren um 30 Prozent.

Jetzt ist ganz Berlin – mit Ausnahme der Senatsverwaltung – fassungslos: Dem Quartiersmanagement von Duhem wurde die weitere Zusammenarbeit aufgekündigt. Grotesk lautet die Begründung der Behörde: Duhem fehlten „wesentliche fachliche Voraussetzungen (...) zur Erfüllung der Aufgaben eines Quartiersmanagers“. Stellvertretend für viele hält auch die Neuköllner CDU das Gebaren des Senats für skandalös. Deren Kreisvorsitzende Vogelsang spricht von „Behördenwillkür“ und bemerkt, wenn die zuständige Sachbearbeiterin mit dem Quartiersmanager nicht zurechtkäme, dann wüßte sie schon, wen von den beiden sie „von der Aufgabe entbinden würde“.

Die Berliner Senatsverwaltung jedoch tut derzeit das, „was sie am besten kann – sie mauert“, so der 1989 aus Paris zugewanderte Franzose Duhem, der von Haus aus Politologe, Volkswirtschaftler und Städteplaner ist. Für ihn liegt das Problem tiefer: Die Behörden stählen sich aus der Verantwortung, indem sie den bürokratischen Aufwand – einschließlich der finanziellen Haftung – auf die Vereine des Quartiersmanagements abschieben, ohne diesen zusätzliche Mittel für die überbordende Büroarbeit bereitzustellen. Hintergrund ist, daß der Senat in ähnlichen Projektanträgen erstickt, deren Zahl jährlich rasant steigt.

Für das Rollberg-Viertel ist Duhems Abschied, der derzeit noch ehrenamtlich weiterarbeitet, ein schwerer Schlag. Doch der Multikulti-Seligkeit des Berliner Senats wäre damit offenbar gedient. Denn die Erfolge Duhems gründen vor allem auf ideologiefreiem Realismus. Er gibt sich keinen Träumen hin, an denen Linke so verbissen festhalten, sondern versucht zu retten, was zu retten ist. Und er nimmt kein Blatt vor den Mund: Wer keine Anstrengungen unternehme, sich zu integrieren, der könne gehen, gibt er an die Adresse integrationsunwilliger Ausländer zu verstehen. Es gebe „kein Ausreiseverbot“, wer sich nicht gewissen Mindestanforderungen beugen wolle, der solle überlegen, ob er Deutschland nicht besser verläßt. Starker Tobak für Multikulti-Ideologen, ist es doch einer „ihrer“ Protagonisten, der sie durch seine Arbeit nun mit den katastrophalen Folgen ihrer Zuwanderungspolitik konfrontiert. Sichtlich irritiert zeigte sich die linke „tageszeitung“, die ihn Anfang dieser Woche interviewte und unter dem Schlagwort „Neoliberalismus in der Migrationsarbeit“ vorstellte. Die Journalisten mußten erleben, wie Duhem ihr Bild von Multikulturalismus in der Luft zerfetzte.

Dabei, so Duhem, sei seine Arbeit völlig „apolitisch“, es sei immer nur dieselbe Frage: „Wie holt man Leute aus dem Mittelalter raus?“ Die deutsche Gesellschaft verkenne bis heute die Dimension der sich unkontrollierbar vermehrenden Parallelgesellschaften. Ein „Terror der Gebärmütter“ bedrohe Deutschland, so Duhem gegenüber der *PAZ*. „Es müssen erst wie in Frankreich die Autos brennen, damit diese Gesellschaft aufwacht“. Einer, der solche Unruhe stiftet, rüttelt offensichtlich an dem „Schlaf der (multikulturellen) Welt“.

Zeitzeugen



Kaiser Karl V. – Der Habsburger setzte wegen der drohenden Türkengefahr 1522/1524 feldpostähnliche Staffetenläufer ein, die staatliche Botschaften übermittelten. Schon Maximilian I. hatte um 1500 einen Kurierdienst zwischen der Lombardei und Wien eingerichtet.

Karl Ziegler – Der Leiter der Personalabteilung des Reichspostministeriums und frühere Präsident der Reichspostdirektion Köln erhielt am 24. August 1939 seinen Gestellungsbefehl zum Heeresfeldpostmeister im Stab des Generalquartiermeisters beim OKH. Mit dieser Einberufung des 61jährigen Beamten begründete die Wehrmacht die Feldpost neu. Ziegler, zwischen 1933 und 1937 Mitglied der NSDAP, blieb in dieser Funktion bis Kriegsende. Die Feldpost der Wehrmacht lieferte rund 30 bis 40 Milliarden Sendungen aus.



Dieter Seegers-Krückeberg – Der 1943 in Ahlbeck geborene Logistikmanager mit einer besonderen Vorliebe für Friedrich den Großen war der letzte General Feldpostmeister der Bundeswehr (im Verteidigungsfall). Der ehemalige Postvorstand und Begründer eines privaten Paketdienstes war aufgrund seiner Funktion bei der „Deutschen Post“ – die einen Feldpoststrang organisiert hatte – zwischen 1991 und 1998 als Brigadegeneral der ranghöchste Reservist. Die Stelle wurde abgebaut, seitdem die Feldpost durch die Einbindung privater Dienstleister keine Brigadestärke mehr hat.

Heinrich Böll – Der 1985 verstorbene Literat und Nobelpreisträger war zu Beginn des Zweiten Weltkriegs begeisterter Soldat. 2001 publizierte seine Witwe Annemarie 878 seiner Kriegsbriefe. Vor ihm hatte schon der 1917 gefallene Walter Flex Kriegsbriefe geschrieben und diese publiziert.



Franz Josef Jung – Der Verteidigungsminister entscheidet über die Einrichtung oder Schließung der Feldpoststellen. Der logistische Aufwand soll in einem vertretbaren Verhältnis zu der Bedeutung des Einsatzes stehen. Das ist bei Auslandseinsätzen regelmäßig der Fall. Beim Einsatz im Kongo gab es allerdings Engpässe – die Feldpost wurde zwar geliefert, nur die Dauer blieb längere Zeit im Dunkeln. Jungs Streitkräfte hatten einen spanischen Dienstleister beauftragt.

... ein kleines Stück Heimat

Die Feldpost der Bundeswehr – Munition für die Moral der Truppe

Von BERNHARD KNAPSTEIN

Der wöchentliche Brief von meiner Freundin von daheim, der reißt mich aus dem Lagertrott“, sinniert ein Hauptgefreiter von der Stabskompanie im nordafghanischen Mazar-e-Sharif. Er ist einer von vielen – eigentlich von allen – die für kurze Zeit Schutzweste und Waffe beiseite legen, wenn sie Post aus der Heimat entgegennehmen. Am Hindukusch können die Rekruten zwar auch auf Telefon und Internet zurückgreifen, aber ein Brief ist dann doch etwas anderes. Das Handschriftliche, das mitgeschickte Malbild der Tochter, das Foto der Braut – das sind die Dinge, die so persönlich sind, daß mancher Soldat in einem Anflug von Heimweh den Tränen nahe ist. Und auch der Hauptgefreite steckt seinen Brief zu dem Foto der Freundin in die Brusttasche.

Moderne Medien ersetzen nicht den persönlichen Brief

Auch heute, im Zeitalter der digitalen Medien, die es möglich machen, daß Informationen in Millisekunden um die Welt sausen, gilt die Feldpost als eines der wichtigsten Instrumente zur Hebung der Moral in der Truppe. Doch wie funktioniert sie, die Feldpost?

Es ist gerade 25 Jahre her, daß die Bundeswehr die Feldpost wieder eingerichtet hat. Zwei Jahre zuvor, 1980, hatte man bei der Truppe festgestellt, daß Soldaten der 1. Kompanie des leichten Pionierbataillons 240, die zur Erdbebenhilfe in Nepal eingesetzt waren, mangels Feldpost nur umständlich mit Nachrichten von daheim versorgt werden konnten. So richtete man die aus preußischer Zeit bekannte Feldpost wieder ein und begann die Postversorgung im Rahmen von Wehrübungen wie „Leuchtendes Morgenrot“, „Flinker Igel“ zu üben.

Wenn heute die Ehefrau eines in Afghanistan stationierten Soldaten, nennen wir ihn Stabsunteroffizier Hagen Schmidt, einen Brief schreibt, dann wird der Brief den folgenden Weg einschlagen: Frau Schmidt adressiert den Brief mit „Stabsunteroffizier Hagen Schmidt / Deutscher Einsatzverband (Kurz: DtEinsVbd) Mazar-e-Sharif / Mazar-e-Sharif (AFG) / Feldpost / 64298 Darmstadt. Für die Marineverbände am Horn von Afrika gilt die Feldpost in 26384 Wilhelmshaven (Zerstörerflotille) oder 18119 Rostock-Warnemünde (Schnellbootflotille). Die geheimen Feldpostnummern gibt es bei der Bundeswehr allerdings nicht mehr.

Anschließend frankiert Frau Schmidt den Brief ausreichend mit 55 Cent – das günstige Inlandsporto genügt – und wirft den Brief an einem warmen Montag morgen in den nächstgelegenen Briefkasten der „Deutschen Post“. Diese ist nämlich für den ersten Teil beziehungsweise je nach Laufrichtung des Briefes für den letzten Teil der Logistik zuständig. Die „Deutsche Post AG“ liefert den Brief auf dem üblichen Weg und mit den üblichen Schwierigkeiten am Dienstag in der Feldpostleitstelle Darmstadt ab. Hier und in den weiteren Dienststellen der Feldpost arbeiten 503 Reservisten, darunter 26 Offiziere.

Mit der Iljuschin über Trollenhagen nach Afghanistan

Die Kameraden von der Feldpost sortieren den Schmidtschen Brief nach Einsatzland und Einheit zu der für Afghanistan vorgesehenen Post. Der Brief findet sich erneut in einer gelben Postkiste wieder, denn auch die Bundeswehr nutzt die praktischen Plastikverpackungen. Die Kiste mit Frau Schmidts Brief wird palettiert, verpackt, verdeckelt und verplombt. Die so gesicherte Feldpost wird sodann von Darmstadt aus durch ein privates Speditionsunternehmen bis Mittwoch nach Trollenhagen verfrachtet. Der bei Neubrandenburg gelegene Ort beheimatet einen Luftwaffenstützpunkt. Eine von der Bundeswehr gecharterte ukrainische Iljuschin fliegt Frau Schmidts Brief je nach Witterung noch am Donnerstag nach Mazar-e-Sharif.

Der Brief für Stabsunteroffizier Schmidt erreicht ihn über das Feldpostamt im Bundeswehrstützpunkt Mazar-e-Sharif im Idealfall noch vor dem Wochenende. Vier bis sieben Tage Transportzeit gelten als normal.

Die Schmidts telefonieren zwar täglich miteinander und senden sich regelmäßig SMS – E-Plus-Handys haben auch im Norden Afghanistans Empfang. Regelmäßig nutzen sie zudem das Internet – was eine Fernmeldeeinheit in Kunduz möglich macht, die 110 Telefon- und Internetanschlüsse (30 Cent je Minute) über eine 6,50 Meter breite Satellitenschüssel empfangbereit hält.

Dennoch – die Feldpost ist es, die die besonderen Emotionen auslöst, denn jeder Brief und jedes mitgeschickte Foto bedeuten eine halbe Stunde der intensiven Beschäftigung mit dem Partner. Der handschriftliche Brief ist ein kleines Stückchen Heimat, ein paar Minuten familiäres Glück. So wird der persönliche Brief zur Munition für die Moral der Truppe, wie es bei der Feldpost der Bundeswehr heißt.

Mit den Einsätzen der Bundeswehr jenseits der deutschen Grenzen erlebt so auch die Feldpost eine echte Renaissance. Die Rekruten – ganz gleich, ob am Hindukusch oder auf dem Balkan – haben eine regelrechte Schreibwut entwickelt.

Inzwischen richten auch Sammler und Philatelisten ihren Blick auf Postkarten mit Feldpoststempel. Soldatenpost aus Kambodscha, dem Kongo, Bosnien und Kabul steht eben nicht nur bei Ehefrauen und Müttern hoch im Kurs.



Afghanistan: Am Hindukusch werden selbst Schreibfaule fleißig. Fern der Heimat ist der persönlich gehaltene Brief sogar wichtiger als das tägliche Telefonat. Foto: Deutsche Post

System der Tarnung

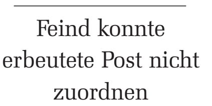
Der Feind liest mit! Zur Geheimhaltung der Bewegungen von militärischen Einheiten erhielten daher alle Einsatzverbände der deutschen Wehrmacht ab dem Dezember 1939 fünfstellige Feldpostnummern (FpNr). Sie wurden willkürlich und ohne System dauerhaft zugeteilt und ersetzten die konkrete Anschrift beziehungsweise die Absenderangabe. Wurde ein Soldat zu einer anderen Einheit versetzt, so änderte sich auch seine Feldpostnummer. Zusätzliche Buchstaben wiesen etwa auf einen untergeordneten Stab oder eine Kompanie innerhalb eines Bataillons hin. Weitere Buchstaben vor der Feldpostnummer hatten folgende Bedeutung:

L – mit Nennung des Luftgaupostamtes für Einheiten der Luftwaffe

M – für Feldpostnummern der Marine

SCH – mit Angabe eines Abholpostamtes zeigte die Feldpostnummer einer Landmarineeinheit des Küstenschutzes an.

Feldpostämtern und Empfängern am Endpunkt aller Leitwege sowie den Postleitpunkten wurde eine dreistellige Kennummer zugeordnet, die den Absendern in der Heimat nicht bekannt waren. Dieses komplexe System berücksichtigte die Erfordernisse von Tarnung, Geheimhaltung und zügiger aber wohlorganisierter Beförderung der Feldpost zur Front.



Feind konnte erbeutete Post nicht zuordnen

Der Feind konnte – so denn er Feldpost erbeutet hatte – in der Regel aufgrund der Feldpostnummer nicht beurteilen, ob ein Brief aus Stalingrad, Tobruk, Trondheim, Paris oder aus Ostpreußen verschickt worden war. Die Entschlüsselung erfolgte anhand der verschiedenen Merkmale auf der Sendung.

Die vielen Sammler, die heute die begehrte Feldpost aus dem Zweiten Weltkrieg entschlüsseln, greifen auf den dreibändigen Katalog „Die deutsche Feldpost 1939–1945. Organisation und Lokalisation der Feldpostämter und Feldpostdienststellen“ von Norbert Kannapin und zur Lokalisierung der Einheit auf das immerhin 16bändige Werk „Verbände und Truppen der deutschen Wehrmacht und Waffen-SS 1939–1945“ von G. Tessin zurück.

BK

Feldpost in Preußen neu begründet

Ein deutsches Phänomen: Vom Feldpostmeister Friedrichs II. zur Feldpostnummer der Wehrmacht

Schon zu Zeiten des römischen Kaisers Augustus gab es ein organisiertes Feldpostwesen, das legen zumindest archäologische Funde nahe. In der Neuzeit war es Friedrich der Große, der den strategischen und moralischen Nutzen einer organisierten Feldpost erkannte. Er richtete für die preußische Armee im Siebenjährigen Krieg (1756 bis 1763) die erste professionelle Feldpost ein. Auf Friedrich II. geht der noch heute gültige Titel des Feldpostmeisters zurück.

Friedrich II. erkannte den moralischen Wert der Feldpost

Erste Feldpostämter wurden während des Bayerischen Erbfolgekrieges 1778 eingerichtet und während der Koalitionskriege ausgebaut. In der Zeit der Leipziger Völkerschlacht 1813 hatte Preußen drei Feldpostämter mit 27 Sekretären, vier Briefträgern und 79 Postillionen. Briefe zwischen Berlin und Paris benötigten in jener Zeit allerdings satte zwölf Tage.

Während des Deutsch-Deutschen Krieges 1866 beförderte die Feldpost bereits mehr als 30000 Briefe täglich. Die hier gesammelten Erfahrungen mündeten in eine Reform: Die sich von Schlacht zu Schlacht bewegenden Armeen machten Etappen-Postdirektionen erforderlich, die sich auf die Bewegungen der Streitkräfte einstellen konnten.

1870/71 betrug der Umfang der täglichen Post bereits 630000 Sendungen. Solche zwischen Berlin und Paris benötigten nun noch zwei Tage. Generalpostmeister Heinrich von Stephan hatte das Feldpostwesen weiter durch die zusätzliche Einrichtung von Feldpostrelais, Feldpoststationen und Packereidepots mit hoher Sicherheitsstufe verfeinert – der Feind sollte nicht durch Spione bei der Feldpost die Bewegungen der Militäreinheiten auskundschaften können.

Im Zweiten Weltkrieg galt das Funktionieren der Feldpost als kriegsentscheidend. So heißt es in der „Anweisung für die Bearbeitung der Feldpostsendungen im Bereich der Deutschen Reichspost“ von 1940: „Der Feldpostbeförderung wird absolute Vordringlichkeit eingeräumt, denn verzögerte Nachrichtenfeldpost, namentlich von Familienangehörigen, könnte dem Soldaten Sorgen bereiten und ihm seine Pflichterfüllung erschweren.“ Zugelassen waren gewöhnliche Postkarten und Briefsendungen bis 250 Gramm sowie Päckchen bis ein Kilogramm. Ausgeschlossen waren Postaufträge, Nachnahmen, Wurfsendungen, Briefe mit Zustellurkunden, Rückscheinsendungen und telegraphische Zahlungsanweisungen.

Verzögerte Feldpost könnte den Soldaten Sorge bereiten

Sendungen an Soldaten mußten Name und Dienstgrad sowie die fünfstellige Feldpostnummer – mit ihrer Hilfe wurde der tatsächliche Aufenthaltsort eines Soldaten verschleiert – oder die vollständige Dienstanschrift enthalten. Im weiteren Verlauf des Krieges senkte die Wehrmacht die Obergrenze für Feldpostbriefe auf 100 Gramm. Briefe über diesem Wert galten als Päckchen, deren Versand allerdings nicht problemfrei verlief und bisweilen ganz eingestellt werden mußte.

B. Knapstein

Alles auf Anfang

Immer noch kein abhörsicherer, moderner Digitalfunk für die deutsche Polizei

Von Ansgar Lange

Im vergangenen Jahr machten unsere Nachbarn mit dem Motto „Österreich ist das bessere Deutschland" von sich reden. Kein Wunder, daß so viel Frechheit den größeren „Bruder" fuchst. Doch manchmal kann Neid oder Wut ja auch Ehrgeiz und neue Energien freisetzen. Beim Digitalfunk für Polizei und Feuerwehr scheint dies nicht der Fall zu sein. Pünktlich zur Sicherung von Veranstaltungen während der EU-Ratspräsidentschaft hatte das österreichische „Digitalfunknetz für Blaulichtorganisationen" im vergangenen Jahr seinen Dienst aufgenommen. Doch die Deutschen haben mal wieder den technischen Anschluß verloren. Schon bei der Fußball-WM war es peinlich, daß die Polizei des Organisationsweltmeisters Deutschland sozusagen im Funkloch saß. Und auch 2007 wird es nicht besser. Jetzt hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne, doch bei anstehenden Großveranstaltungen müssen die Sicherheitskräfte des Landes auf den abhörsichereren Digitalfunk verzichten. Immerhin seien wir in Europa nicht allein, könnte man sarkastisch sagen. Schließlich sind wir auf dem selben Stand wie Albanien. Die beiden doch sehr unterschiedlichen Länder sind die einzigen in Europa, die ohne flächendeckendes Digitalfunknetz für Einsatz- und Rettungskräfte auskommen müssen.

Andernorts ist man schon lange weiter. Die Niederlande oder Großbritannien beispielsweise haben den Digitalfunkstandard längst eingeführt: In den englischen Westmidlands sind die Rettungskräfte bereits seit Ende der 90er Jahre mit der sogenannten Tetra-Kommunikation ausgerüstet. Wer den Schaden hat, muß für den Spott nicht mehr sorgen. So schrieb die „Welt" von unserer „Steinzeit-Polizei". Die „Gewerkschaft der Polizei" (GdP) spricht gar von einem „Desaster".



Auf dem gleichen Stand wie Albanien: Der deutsche Polizeifunk ist veraltet, Ersatzteile fehlen. Foto: keystone

Einsatz der Bundeswehr im Innern, Ausspähen der Intimsphäre (Computer, Konten etc.) für einen höheren Zweck, nämlich die Terrorabwehr oder flächendeckende Videoüberwachung der Bürger: Es gibt kaum ein Thema der inneren Sicherheit, das in der Öffentlichkeit nicht schon sehr intensiv diskutiert worden wäre. Beim Ausspähen der Konten der Bürger zum Beispiel kommt kaum noch Protest, allerhöchstens einmal von der FDP, die das Fähnchen des Liberalismus bei solchen Anlässen zu schwenken pflegt. Oft waren sich Bundesregierung, Bundestag und Bundesländer einig – zum Schutze der Bürger und auf Kosten der Freiheit. Doch seit kurzem ist klar, daß sich Bund und Länder nicht auf ein gemeinsames zeitgemäßes Digitalfunknetz einigen können.

Liegt diese Entscheidungsschwäche mal wieder am Föderalismus? Bei der „Deutschen Polizeigewerkschaft" (DpolG) ist der Geduldsfaden gerissen. Nordrhein-Westfalen solle sich an die Spitze der Länder stellen und den Digitalfunk rasch einführen. Flächendeckend in ganz Deutschland sei das ja anscheinend nicht möglich. „Nach der Absage der Innenministerien von Bund und Ländern an die Bahn-Tochter ‚DB Telematik' als Errichter und Betreiber fühlen sich die Kollegen von der Politik verschaukelt! Ständig werden uns Termine für die Einführung des modernen Funks genannt – zuletzt 2010 – die kurze Zeit später wieder ad acta gelegt werden", sagte der DpolG-Bundesvorsitzende Speck.

„Bei der Bekämpfung von Kriminalität und Terrorismus wollen unsere Politiker den Spitzenplatz in Europa einnehmen. Wenn es jedoch um die konkrete technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden geht, geben sich dieselben Politiker mit dem Platz des Schlußlichtes zufrieden. Und das seit Jahren! Das einzige, was die verantwortlichen Entscheidungsträger bisher vorzuweisen haben, ist die Einrichtung einer „Bundesanstalt für den Digitalfunk".

„Im Bürokratieaufbau läßt sich Deutschland einen vorderen Platz nicht streitig machen", so Speck weiter. Es sei traurige Realität bundesdeutscher Sicherheitspolitik, daß die Funkgeräte älter sind als die Polizeibeamten, die sie benutzen. Laut Speck ist die digitale Übertragung von Polizeifunk und Daten nicht nur wichtig für das tägliche Einsatzgeschehen und die Bewältigung von Großlagen. Auch im Kampf gegen terroristische Bedrohungen sei sie unerläßlich, denn die abhörsichere Übertragung von Informationen und Lageplänen sei für die Sicherheitsbehörden zwingend notwendig.

Die Bahn-Tochter „DB-Telematik" hatte angeboten, zum „Spottpreis" von 5,1 Milliarden Euro 3800 Sendestationen zu errichten und das Netz in den folgenden 15 Jahren technisch und personell zu begleiten. 4,7 Milliarden Euro war allerdings das höchste Gebot von Bund und Ländern. Nach der Ablehnung des Angebots heißt es jetzt: Alles auf Anfang. Das Projekt muß wohl neu ausgeschrieben werden. „Eigentlich hätte die abhörsichere, auch in entlegenen Gebieten und unter schwierigen Bedingungen – etwa in Parkhäusern, U-Bahn-Tunneln – funktionsfähige Technik bis spätestens zur Fußball-WM eingeführt werden sollen", klagte die „FAZ". War nicht 2006 das Jahr der Informatik? Dunkle Wolken ziehen auf über dem Hochtechnologiestandort Deutschland.

Gedanken zur Zeit:

Deutsche Wurzeln bewahren

Von Wilfried Böhm

Die Geschichte der Menschheit, ihrer Völker, Nationen und Staaten kann man auch als Geschichte ihrer friedlichen Wanderungen und erzwungenen Vertreibungen betrachten.

Das gilt auch für die Deutschen und ihre zentrale Lage im Zentrum Europas. Allerdings ist der Begriff „Auslanddeutsche" im allgemeinen deutschen Sprachgebrauch weit an den Rand gerückt – in der politischen Sprache ist er so gut wie verschwunden. Selbst der „Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland e. V. (VDA)", der unlängst in München sein 125jähriges Bestehen beging, hat den Hinweis auf die Deutschen im Ausland in seinem Namen eingeklammert.

Gegründet wurde der Verein 1881 in Berlin unter dem Namen „Allgemeiner Deutscher Schulverein", nachdem zuvor als Reaktion auf die Italienisierung Südtirols und die Magyarisierung und Slawisierung alter deutscher Grenzgemeinden und Sprachinseln auf private Initiativen in Wien der „Deutsche Schulverein" gegründet worden war. Die weltweite Auswanderung Deutscher im 18., 19. und 20. Jahrhundert aus wirtschaftlichen, sozialen und auch aus politischen Gründen nach Übersee (Nord- und Südamerika), nach Afrika, Asien und später auch nach Australien brachte es mit sich, daß diese Auswanderer Bürger anderer Staaten wurden, wo sie bereit waren, alle staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte auszuüben. Viele, besonders in den angelsächsischen Staaten (USA, Kanada, Australien), waren bereit, unter Zurückstellung ihres Volkstums rasch im dortigen Angelsachsentum aufzugehen.

> 125 Jahre ist der Verein inzwischen alt

Auswanderung, die nicht nach Übersee ging, sondern „über Land" erfolgte, erreichte die baltischen Staaten, den Balkan und Rußland mit den größten Gruppen in Rumänien und Rußland, wo die sogenannten „Wolgadeutschen" von Stalin nach Sibirien verschleppt wurden. Von dort kehrten sie in den letzten Jahrzehnten in großer Zahl als „Rußlanddeutsche" in das Land ihrer Väter zurück.

In seinem Vortrag schilderte der Historiker und Verlagslektor Dr. Tammo Luther die Geschichte des VDA, der sich in seiner Geschichte für kulturelle Verbindung und Unterstützung der Auswanderer und ihrer Kinder und Kindeskinder einsetzte – sofern diese das wollten. Der Verein blieb bei seiner kulturellen Linie und hielt der Herder'schen These vom „Volk unter Völkern" die Treue. Er erwarb sich seit seiner Gründung große Verdienste bei seinem Bemühen, im Ausland lebende deutschsprachige Gemeinschaften „bei der Bewahrung ihrer muttersprachlichen und kulturellen Identität zu unterstützen". Dieses geschah auch durch die Errichtung und Erhaltung deutscher Schulen, Kindergärten und Bibliotheken im Ausland.

Im Jahr 1908 erfolgte die Umbenennung des Vereins in „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA). Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und der einseitigen Schuldzuweisung an das Deutsche Reich erbrachten die erheblichen Gebietsverluste ein starkes Auslandsdeutschtum, weil „quasi über Nacht Millionen von deutschen Staatsbürgern fremdstaatlicher Oberhoheit unterstellt wurden". Zugleich erhielt die Auswanderung aus wirtschaftlicher Not neuen Auftrieb.

Das schuf für die Arbeit des VDA völlig neue Bedingungen. Ein Solidaritätsgefühl der „Binnendeutschen" im Reich gegenüber den „Auslanddeutschen" brachte dem VDA und seiner Volkstumsarbeit große Wertschätzung. Innerhalb weniger Jahre entwickelte sich der VDA zu einem wahren Volksverein. Ende der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts gehörten dem Verein über alle parteipolitischen, gesellschaftlichen und konfessionellen Grenzen hinweg mehr als zwei Millionen Mitglieder an. Die blaue Kornblume als Symbol und die blauen Kerzen des VDA waren allgemein bekannte Zeichen der Verbundenheit mit den Auslanddeutschen. Seit 1930 führte der frühere Reichwehrminister Otto Geßler den Verein, dessen Ehrenvorsitzender Paul von Hindenburg war. Der Beitrag des VDA zum „Erhalt der deutschen Sprache und Kultur" in der Zwischenkriegszeit ist nicht hoch genug zu bewerten."

> VDA hilft Deutschen im Ausland

Nach 1933 stand der VDA vor einer vollkommen neuen Situation, denn bisher hätten „parteipolitische Neutralität im Inneren und politische Abstinenz im Ausland zu seinen wichtigsten Grundlagen gehört". 1938 wurde der VDA von den Nationalsozialisten gleichgeschaltet wie viele andere Organisationen auch. Sein Vorsitzender, der Kärntner Steinacher, war 1937 gestürzt worden, die SS griff ein und degradierte den traditionsreichen Verein zu ihrer „Dienststelle".

1955 fand die Wiedergründung des Vereins unter dem Namen „Verein für das Deutschtum im Ausland" statt. Zu den Initiatoren gehörten der bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner und sein Kultusminister Alois Hundhammer. Der Verein bemühte sich, an seine erfolgreiche Arbeit zu Zeiten der Weimarer Republik anzuknüpfen, mehr als fallweise Hilfstätigkeit war jedoch angesichts der Teilung Deutschlands und des „Zeitgeistes" nicht möglich. Mit Unterstützung der Bundesregierung durchgeführte Hilfsprogramme, mit denen versucht werden sollte, die Deutschen in Rußland in ihren Siedlungsgebieten zu halten, hatten keinen Erfolg, weil die organisatorischen Voraussetzungen fehlten. Seit 1998 trägt der Verein den Namen „Verein für deutsche Kulturbeziehungen im Ausland" (VDA) und versteht sich als „lebendige Brücke zwischen der deutschen Heimat und den Auslanddeutschen". Sein Vorsitzender ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk, der bei der 125-Jahrfeier mitteilte, daß sich die Mitgliederzahl im letzten Jahrzehnt mehr als halbiert habe (1996: 3013, 2005: 1227).

Bundestagspräsident Norbert Lammert schickte ein Grußwort, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister Christoph Berger würdigte die Arbeit des VDA. Diese ist wichtig, gerade wenn man die Bedeutung der deutschen Sprache stärken will. Die deutsche auswärtige Kulturpolitik muß endlich das friedliche Wirken und die weltweiten Leistungen der ausgewanderten Bürger dokumentieren und zu einem wichtigen Bestandteil ihrer auswärtigen Kulturpolitik machen, wie andere Staaten es ihrerseits auch tun. Der VDA sollte seine Festredner beim Wort nehmen.

Deutliches Ja zum ZgV

SPDler für »Zentrum gegen Vertreibungen«

Von Bernhard Knapstein

Eine renommierte sozialdemokratische Phalanx hat sich für das in Berlin geplante „Zentrum gegen Vertreibungen" gebildet. Eine entsprechende Erklärung unterzeichneten 220 SPD-Aktivisten, darunter die frühere Familienministerin Renate Schmidt, Alt-Verteidigungsminister Hans Apel, die Kulturexpertin Elke Leonhard, Ex-Landwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke und der bayerische SPD-Chef Franz Maget.

„Wir Sozialdemokraten wollen das ‚Zentrum gegen Vertreibungen' in Berlin. Machen Sie mit und unterstützen Sie uns", heißt es wörtlich in der Erklärung, die der bayerische Landtagsabgeordnete und BdV-Vizepräsident Albrecht Schläger als Anzeige publiziert hatte. Schläger steht der Seliger-Gemeinde vor, einer sozialdemokratischen Vertriebenenorganisation.

> SPD-Politikern wird Unwissenheit unterstellt

Dennoch – das Thema bleibt in der SPD umstritten und findet nicht überall Anklang. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Spiegel" hatte das Büro Renate Schmidts die Unterschrift zwar nicht dementiert, aber zum Ausdruck gebracht, es ginge der Politikerin nicht um das Konzept Erika Steinbachs. Sie strebe vielmehr „eine vernünftige Aufarbeitung der Vertreibung im europäischen Kontext" an. Diese Relativierung klingt, als sei das von der BdV-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach und dem 2005 verstorbenen Sozialdemokraten Peter Glotz in die Stiftung eingebrachte Konzept rein nationaler, oder gar nationalistischer Natur. Ein häufig auch offen ausgesprochener Vorwurf, der durch das europäisch ausgelegte Konzept des Zentrums, das unter www.z-g-v.de auch im Internet vorgestellt ist, nicht bestätigt wird.

Die Vorsitzende der „Deutsch-Polnischen Gesellschaft", Angelica Schwall-Düren (SPD), bemühte sich dennoch, ihre Parteifreunde als desinformiert darzustellen.

Viele Unterzeichner würden „die Debatte um die Stiftung von Erika Steinbach gar nicht" kennen. Schwall-Düren unterstützt damit die Positionen des SPD-Abgeordneten Markus Meckels, der als deutscher Politiker durch Warnungen in Warschau die polnischen Antipathien gegen das Zentrum erst losgetreten hatte.

Markus Meckel ist heute Ausschußvorsitzender der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe.

Die von der SPD mitgetragene Bundesregierung hat inzwischen für das „sichtbare Zeichen zur Erinnerung an Flucht und Vertreibung in Berlin", wie es im Koalitionsvertrag formuliert worden war, einen Haushaltstitel eingerichtet und zunächst mit einer Million Euro ausgestattet.

Es gilt als gesichert, daß das Geld zu einem Drittel in den Umbau der Ausstellung „Erzwungene Wege" – ein Basisprojekt der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" – in eine Wanderausstellung investiert werden soll.

MELDUNGEN

Wie Trotzki, Lenin und Marx

Caracas – „Wir bewegen uns auf den Sozialismus zu, und nichts und niemand kann dies verhindern", kündigte der venezolanische Präsident Hugo Chavez kurz vor seiner Vereidigung für eine dritte Amtszeit an. Chavez hat sein Parlament um größere Vollmachten für sein Amt gebeten. Neben der Verstaatlichung der Stromversorgung und der Telekommunikation plant der Venezolaner zudem, die Zentralbank um ihre Autonomie zu bringen. Besonders die beabsichtigte Verstaatlichung der Stromversorgung trifft den Feind USA, denn hier sind US-amerikanische Firmen maßgeblich beteiligt. Chavez berief sich bei seiner Ansprache auf die kommunistischen Ideale von Marx, Lenin und Trotzki.

UMP uneinig über Kandidaten

Paris – In Frankreich hat der Streit, wen die bürgerlich-konservative Regierungspartei UMP ins Rennen um die Präsidentschaft gegen die linke Segolene Royal schickt, begonnen. Alain Juppé, der erste Vorsitzende der 2002 gegründeten Mehrheitspartei UMP, der wegen einer Parteienfinanzaffäre zurücktreten mußte, hat sich offen für eine Kandidatur von Innenminister und Parteichef Nicolas Sarkozy ausgesprochen. Damit übergeht er Jacques Chirac, der noch nicht angekündigt hat, ob er abermals kandidieren möchte. Chiracs engster Vertrauter, der Premierminister Dominique de Villepin, und der Präsident der Nationalversammlung, Jean-Louis Debré, haben daraufhin bekanntgegeben, auf der Parteitagung am Sonntag nicht für Sarkozy zu stimmen. Juppé, dem aufgrund der Finanzaffäre als Strafe vom Gericht sein passives Wahlrecht für zehn Jahre entzogen worden ist, wirbt für Sarkozy. „Die Wahl eines Kandidaten ist Wahl eines Programms."

Gezielte Wadenbisse

Die Fürther Landrätin Pauli schadet Stoiber – und ihrer eigenen Karriere

Von Sverre Gutschmidt

Für ihren „Alleingang im Bewußtsein, für viele gehandelt zu haben" bekam die Fürther Landrätin Gabriele Pauli (CSU) den öffentlich-rechtlichen Ritterschlag, die maximale Ehrung, die einem politischen Menschen zuteil werden kann. Sie wurde in die ARD-Talkshow Sabine Christiansen eingeladen. Die Menschen hätten kein Vertrauen mehr in Edmund Stoiber. Er solle zurücktreten, sagt die CSU-untypische Dame mit den roten Haaren aus Bayerns kleinstem Landkreis seit Monaten. Pauli sei nicht wichtig, blaffte Stoiber im Herbst noch. Inzwischen hat die in ihrer fränkischen Heimat in CSU wie Bevölkerung beliebte Frau und gelernte Öffentlichkeitsarbeiterin den Gipfel medialer Aufmerksamkeit erklommen. Von jetzt an kann es für sie nur noch abwärts gehen.

Stoiber verstehe halt nicht, wie der Vertrauensverlust der Bayern zustande gekommen sei, und überhaupt sei es traurig mit anzusehen, wie er sich selbst demontiere, legte Pauli nach. Bei Christiansen bot sie sich als Frau im besten Alter für eine Stoiber-Nachfolge dar – Bescheidenheit sieht anders aus. Im Auftrag des nicht gerade CSU-nahen „Stern" erstellten Meinungsforscher eine passende Umfrage: Die Mehrheit der Bayern wolle demnach Stoiber nicht mehr. Schon am 13. Oktober hatte die Landrätin Stoiber auf dem CSU-Parteitag aufgefordert, 2008 nicht mehr zur Landtagswahl anzutreten. Seit der bayerische Zauderer ins Kabinett Merkel zu wechseln vorgab, dann aber doch in Bayern blieb, zeigt Pauli Skepsis, was die Führungsrolle Stoibers angeht. Das Problem der CSU: Pauli ist damit nicht allein und erinnert Stoiber fortwährend an dessen bisher größte Krise.

Am 2. November rief Pauli in ihrem Internet-Forum dazu auf, über die politische Zukunft Edmund Stoibers zu diskutieren. Antworten gab es reichlich. Ob Stoiber ja oder nein sei sekundär, schrieb ein Bürger – es gehe darum, daß die CSU endlich wieder Profil zeigen müsse. Andere Teilnehmer am Forum ließen sich zu Stoiber und BSE aus. Ein Kummerkasten war entstanden. Sein Zweck: Gabriele Pauli konnte sich bestätigt fühlen.



Gefällt sich in den Medien: Landrätin Gabriele Pauli Foto: ddp

Wer die Münchener eigentlich auf den virtuellen Kummerkasten in der Provinz aufmerksam machte, bleibt unklar. Das elektronische Störrauschen von Paulis kleiner Anti-Stoiber-Zone rief Stoibers Büroleiter Michael Höhenberger auf den Plan. Pauli warf ihm am 19. Dezember öffentlich Bespitzelung vor. Er habe versucht, bei Parteimitgliedern in der Region auszukundschaften, ob man ihr „etwas anhängen" könne. Dummerweise hätten die solch plumpe Versuche der Landrätin gemeldet, sagt diese. Drei Tage später gab Michael Höhenberger sein Amt ab.

Jetzt, nach direktem verbalen Schlagabtausch mit Pauli und einer fruchtlosen Parteidiskussion um ihren Ausschluß will Stoiber doch mit seiner Widersacherin reden. Pauli sagt vorab, sie erwarte sich wenig davon. Eine kluge Idee, gaben dagegen die Delegierten der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth Journalisten zu Protokoll. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Berlin, Peter Ramsauer, müht sich, Stoiber aus der Schußlinie zu manövrieren, auch wenn er selbst noch Tage zuvor Journalisten erklärt hatte, Stoiber könne vielleicht früher aufhören – ein Mißverständnis, so Ramsauer über Ramsauer.

Längst geht es nicht mehr um Pauli, auch wenn sie als moralische Gewinnerin aus der Krise hervorgehen sollte. Es geht um die Geschlossenheit der Partei. „Wenn heute Landratswahlen währen, bekäme sie 80 Prozent", so schätzen Journalisten der „Fürther Nachrichten" Paulis Chancen nach dem Kräftemessen mit Stoiber. Immer habe sie Landrätin sein wollen. Es sei das schönste Amt der Welt. Die Hoffnung auf einen Aufstieg in die CSU-Führung kann Pauli jedenfalls begraben. Als Unruhestifterin kann sie nichts gewinnen. Käme das Münchner Posten-Karussell in Fahrt, gäbe es keinen Platz, auf den sie aufspringen könnte. Und doch hat sie nicht nur die Medien und Sympathien vieler Bayern auf ihrer Seite. Zweimal geschieden, ist sie Exotin im Familienbild ihrer Partei. Doch ist sie kein neuer weiblicher Typ, vor dem die CSU Angst haben müßte – so sieht sie sich gern. Lange hatte Pauli keine Veranlassung, ihren fränkisches Sprengel zu verlassen. Von ihren Ehen dort ist besonders die mit dem CSU-Politiker und Erlanger Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis hervorzuheben. Mit ihm war sie in erster Ehe liiert. Inzwischen hat sie sich auch von ihrem zweiten Mann getrennt – neue Aufgaben rufen, zumal weiß-blaue Parteikarrieren erst ab 50 Jahren statistisch Aussicht auf Erfolg haben.

Viel hatte die Partei für Pauli getan, hatte die Motorradfahrerin auf der Überholspur starten lassen: Die Direktwahl zur jüngsten Landrätin Deutschlands 1990 gewann sie, weil sie damals im Gegensatz zu SPD-Amtsinhaber Dietrich Sommerschuh jung, charismatisch und unbelastet zur Wahl antrat und nicht im örtlichen Gemauschel „Schmarrn gemacht" hatte, wie sich Zeitgenossen erinnern. Dann mußte sie sich sehr lange in ihr Amt einarbeiten.

Naiv wäre es zu glauben, Pauli habe quasi als ihre persönliche Handschrift mit der Kritik an Stoiber eine besonders ehrliche Debattenkultur in der CSU begründen wollen. Forderungen wie: „Edmund Stoiber sollte 2008 nicht mehr als Ministerpräsident antreten" sind für so etwas jedenfalls denkbar ungeeignet. Wenn sie viel Glück hat, kann sie selbst noch einmal antreten – als Landrätin.



Kommentar:

Was ist eigentlich ein Experte?

Von Richard G. Kerschhofer

Über Ex-Könige weiß man zwei Dinge sicher, nämlich daß sie früher Könige waren und daß sie heute keine mehr sind. Über Ex-Kommunisten weiß man immerhin, was sie vor der Wende waren. Und über Ex-Nazis weiß man, daß es sie gar nicht geben kann, denn mit dem „richtigen" Parteibuch gab's keine Vergangenheit und ohne dieses gibt's kein „Ex-". Was aber weiß man über Experten? Hier gilt es zunächst, einen weitverbreiteten Irrtum aufzuklären: Beeidete Sachverständige sind nämlich keine Experten – und umgekehrt. Denn Sachverständige haben eine Ausbildung zu durchlaufen, müssen Prüfungen ablegen und haften für allfällige Mängel ihrer Gutachten. Daher müssen sie in den meisten Ländern sogar eine Haftpflichtversicherung vorweisen. Einem Experten ist Ausbildung zwar nicht untersagt, doch er haftet für nichts und er ist oft auch nicht Gutachter, sondern Bösachter, der Projekte eher zu verhindern als zu verwirklichen hat. Zwar darf er auch befürworten, doch ist solche Befürwortung meist nur erwünscht, um Alternativen zu verunmöglichen. Und was nicht gebaut wird, kann schließlich keinem auf den Kopf fallen.

Lesen und Schreiben muß ein Experte jedenfalls können. Auch ganze Sätze sollte er zustandebringen – oder zumindest so lange Sätze, daß das Publikum am Ende schon den Anfang vergessen hat. Und er ist gut beraten, mit Fremdwörtern um sich zu werfen und Autoren zu zitieren, die hierzulande keiner kennt. Doch da heute bereits ziemlich viele Leute solche Techniken beherrschen, ist damit noch nicht erklärt, wie einer wirklich zum Experten wird. Nun, das Entscheidende ist ein seltsames gruppendynamisches

Sie gehören häufig einem Institut an

Phänomen, das in allen größeren Organisationen und Betrieben beobachtet werden kann – staatlichen wie privaten – und natürlich auch im öffentlichen Leben. Es ist jenes fatale Zusammenspiel von Hörigkeit und Bequemlichkeit, das ein „Entstehen" von Experten überhaupt erst ermöglicht. Und das spielt sich etwa folgendermaßen ab:

Da paßt es einem Mächtigen in den Kram, eine jüngere und ehrgeizige Person oder einen Parteifreund oder einen Sportkameraden zum „Mann für ..." zu erklären. Das stärkt die Hausmacht, schafft Loyalitäten, zumindest in den Jahren des Erfolges, und der Rest der Mannschaft wagt keinen Widerspruch. Erstens überhaupt und zweitens, weil man ja auch keine Glühbirne mehr selber auswechselt, sobald es einen Hauselektriker gibt. Und siehe da: Falls der solcherart aus dem Hut Gezogene sich nicht sofort als extreme Niete entpuppt, wird er in kürzester Zeit „der Experte für ..." sein. Dank seiner Nominierung erhält er ja automatisch alle einschlägigen Informationen und erwirbt also sehr bald einen tatsächlichen Wissensvorsprung, mit dem er seinen Experten-Status jederzeit rechtfertigen könnte, falls irgendwer Zweifel anmelden wollte. Und ob „interne" oder „externe" Experten, das Muster ist stets das gleiche.

Externe Experten – für die Öffentlichkeit die „eigentlichen" Experten – haben in der Regel ein Nest, ein sogenanntes „Institut", welches auch „Zentrum" oder sonstwie heißen kann. Gattungsname dafür ist heute der Ausdruck „Think Tank". Solche Institute haben nichts mit Universitäts-Instituten gemein. Außer vielleicht, daß sie staatlich besoldeten Akademikern erlauben, nebenher das große Geld zu machen. Risikolos, denn man braucht ja nur allgemein genug zu bleiben – Interpretationen sind schließlich Sache der Auftraggeber. Kurzum, ein Experte ist ein Experte, weil er einem Institut angehört, und ein Institut ist ein Institut, weil ihm Experten angehören.

Auf einigen Spezialgebieten geht es auch ohne „Institut": Denn wer sich als Antifaschist deklariert, ist damit automatisch ein Faschismus-Experte, und wer auch immer im Namen von Greenpeace, WWF, Global 2000 etc. den Mund aufmacht, gilt als Experte für jedes Fachgebiet eigener Wahl, solange er nur Wirtschaft und Technik attackiert.

Über der Masse gewöhnlicher Experten stehen einzelne auserwählte Super-Experten, die Bindestrich-Päpste: Sie brauchen kein Konklave und keinen weißen Rauch, sondern laufen frei herum und produzieren heißen Dampf. Denken wir etwa an einen „Literatur-Papst", der offenbar an einem einzigen Tag so viele Bücher lesen

Ein Literatur-Papst kennt alles und jeden

kann wie normale Sterbliche in ihrem ganzen Leben. Er kennt alles und jeden, sogar die geheimsten Vorder- und Hintergedanken von Leuten, die noch nicht einmal ahnen, daß sie irgendwann ein Buch schreiben werden. Oder wäre etwa alles nur Organisation? Beschäftigt er vielleicht Heerscharen von Zuträgern? Könnte er ja gelernt haben – damals beim Geheimdienst der polnischen KP.

Wollen wir aber weiter nur dasitzen und warten, bis endlich irgendeinem Kind das erlösende Wort entschlüpft? Nein, wir müssen aufstehen und selber rufen: Die sind ja nackt – nackt alle miteinander! Nackt diese Möchtegern-Kaiser, nackt diese Scharlatane und nackt all diese Handlanger einer globalen Verdummungsmaschinerie.

Wir brauchen keine aufgeblasenen Staatsmänner, die bei Schönwetter Lorbeeren ernten und bei Schlechtwetter außer Obligo sind. Wir brauchen keine altorientalische Priesterkaste als Mittler zwischen Himmel und Erde. Wir brauchen keine Weiß-, Grün- oder Sonst-Was-Bücher, deren einziger Zweck darin besteht, die Leute vom Lesen und Denken abzuhalten. Wir brauchen vielmehr die Wiedererweckung des gesunden Menschenverstandes. Oder meinetwegen des Hausverstandes, falls „gesund" zu sehr ans „gesunde Volksempfinden" erinnern sollte. Wir müssen die Dinge wieder beim wahren Namen nennen. Wir müssen wieder lernen, direkte Fragen zu stellen. Wir müssen uns wieder trauen, selbständig nach Antworten zu suchen. Wir müssen überhaupt wieder viel mehr Eigenverantwortung übernehmen.

Vor allem aber müssen wir endlich echte Verantwortung bei jenen einfordern, die sich so gern hinter anderen verschanzen: Die „culpa in eligendo", die Schuld an der Wahl falscher Ratgeber und Mitarbeiter, trifft sie nämlich in jedem Fall.

Von HANS HECKEL

Geplatzer Frieden

Trotz vieler Zugeständnisse bombt die Eta in Spanien wieder

José Luis Rodríguez Zapatero ist gestern durch die Trümmer seiner eigenen Anti-Terror-Politik spaziert", resümierte die Madrider Zeitung „ABC" bitter nach dem Besuch des spanischen Ministerpräsidenten in den Ruinen des Parkhauses hinter dem Terminal 4 des Hauptstadtflughafens Barajas. Peinlicher hätte es für den sozialistischen Regierungschef in der Tat nicht kommen können. Nur einen Tag vor dem Anschlag der baskischen Terrorgruppe Eta vom 30. Dezember, bei dem zwei Ekuadorianer im Alter von 19 und 35 Jahren ihr Leben ließen und 26 weitere Personen verletzt wurden, hatte sich Rodríguez Zapatero noch euphorisch über den Fortgang des von ihm initiierten „Friedensprozesses" mit der Eta geäußert – eine Blamage sondergleichen.

Die oppositionelle konservative „Volkspartei" (PP) hatte Verhandlungen mit den baskischen Terroristen stets abgelehnt und statt dessen eine harte Linie verfolgt. Nachdem es Rodríguez Zapateros konservativem Amtsvorgänger José Maria Aznar gelungen war, die in den Jahren zuvor eher schleppend funktionierende Zusammenarbeit mit dem Nachbarn Frankreich deutlich zu verbessern, konnten bis zum Machtwechsel in Madrid nach den Märzwahlen 2004 reihenweise wichtige Eta-Terroristen verhaftet werden – oft auf dem Territorium des nördlichen Nachbarn, das die Bande zuvor als regelrechten Rückzugsraum genutzt hatte.

Die linke Nachfolgeregierung warf das Ruder jedoch herum und setzte auf Gespräche. Als die Eta Anfang 2006 einen „unbefristeten Waffenstillstand" verkündete, schien der Erfolg der weichen Linie unbestreitbar. Ebenso deutlich aber, wie Rodríguez Zapatero diesen „Waffenstillstand" als seinen persönlichen politischen Sieg in Szene setzte, ist der blutige Anschlag von Barajas jetzt seine tiefe persönliche Niederlage.

Kritiker werfen dem Sozialisten denn auch vor, sich angesichts des Desasters mehr um sein eigenes politisches Schicksal zu sorgen als um die politische Antwort auf den Ausbruch terroristischer Gewalt. Mit Verwunderung nahm die spanische Öffentlichkeit zur Kenntnis, daß sich der Regierungschef erst am 4. Januar, mehrere Tage nach der Bombenanschlag, am Tatort blicken ließ, nachdem sein Innenminister, die Präsidentin der Region Madrid, der Bürgermeister der Hauptstadt sowie der konservative Oppositionsführer Mariano Rajoy längst dort gewesen waren.

Vor der versammelten Presse vermied es Rodríguez Zapatero strikt, Wörter wie „Terrorismus" oder „Niederlage" (seiner Verständigungspolitik) in den Mund zu nehmen. Statt dessen sprach er unverdrossen von seiner „Entschlossenheit", den Prozeß zum „Frieden" fortzusetzen. Fragen von Journalisten beantwortete er nicht, was den Eindruck von Verstocktheit nur noch verstärkte. Für die Ratlosigkeit der sozialistischen Regierung spricht zudem, daß Innenminister Alfredo Pérez Rubalcaba den Friedensprozeß bereits für „liquidiert" erklärte, während sein Ministerpräsident Rodríguez Zapatero die Verhandlungen lediglich „aussetzen" möchte.

Wie zum endgültigen Beweis, daß der Regierungschef mit seinem „Friedensprozeß" einen toten Gaul reitet, entdeckten Ermittler des baskischen Innenministeriums in einem Höhlenversteck auf dem Gebiet der baskischen Provinz Viscaya just an jenem 4. Januar ein Sprengstoffdepot der Eta. Von 100 Kilogramm Sprengmaterial in Kanistern ist die Rede; nur der Zünder habe noch gefehlt, und man hätte mit den Bomben ein Blutbad anrichten können, verlautet aus Sicherheitskreisen.



Vor den Trümmern seiner Friedenspolitik mit der Eta: Der spanische Ministerpräsident Rodríguez Zapatero Foto: Getty / AFP

Nervös versuchen prominente Sozialisten ihrem Ministerpräsidenten Brücken zu bauen, über die er sich aus der verfahrenen Lage befreien kann. José Bono, Verteidigungsminister von 2004 bis 2006, versucht der aufgewühlten Volksmeinung mit harten Worten entgegenzukommen: „Der Eta müßte man ernst und demokratisch die Zähne zeigen, damit sie wissen, daß sie mit erhobenen Händen kommen müssen, wenn sie verhandeln wollen, und daß, wenn sie das nicht tun, sie auch die Konsequenzen zu tragen haben", zitiert ihn die Zeitung „El Mundo".

Indes keimt die Frage auf, wer „sie" überhaupt sind. Berichte über eine tiefgreifende Führungskrise innerhalb der Terrorgruppe machen die Runde. Der „offizielle" Eta-Boß Josu Ternera sei von dem Attentat womöglich gar nicht informiert gewesen, heißt es. Er sei auf Betreiben des „militärischen Führers" Garikoitz Aspiazu Rubina, genannt „Txeroki", im „Exekutivkomitee" überstimmt worden. Hardliner Aspiazu habe von Ternera „greifbare Ergebnisse" der geheimen Gespräche mit Madrid gefordert, die der Eta-Chef nicht habe liefern können, so ein Bericht der Zeitung „El País". Terneras Macht zerfalle seitdem. Ebenso in Auflösung scheint das Bündnis zwischen der Eta und ihrem „politischen Arm", der als verbotenen Partei Batasuna. Batasuna gab sich von dem Anschlag überrascht und forderte von der Eta eine Begründung für ihr Vorgehen. Was auf den ersten Blick wie ein billiges Manöver erscheinen mag, um seinen Ruf zu retten, deutet Sicherheitskreisen zufolge tatsächlich darauf hin, daß der Kontakt zwischen Batasuna und Eta schwer gestört, wenn nicht gar gänzlich unterbrochen ist. Welchen Wert aber hätten Abkommen mit der Batasuna oder Ternera, wenn deren Einfluß auf die Terroristen dahin ist?

Damit nicht genug: Fraglich ist nämlich nicht bloß, mit wem Ministerpräsident Rodríguez Zapatero seine „Friedensgespräche" fortsetzen will, sondern auch, worüber eigentlich verhandelt werden soll. Als Aspiazu Rubina von Ternera „Greifbares" forderte, wird er mit hoher Sicherheit Madrider Zugeständnisse in Richtung einer vollständigen Abspaltung des Baskenlandes von Spanien im Sinn gehabt haben. Darunter machen es die fanatischen Separatisten nicht. Mit derlei Konzessionen aber kann die Regierung von König Juan Carlos schon aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht dienen – ganz zu schweigen davon, daß schon der Hauch von einem Entgegenkommen dieser Art das politische Ende jeder spanischen Regierung nach sich zöge.

Mit Bangen blicken die Sozialisten von José Luis Rodríguez Zapatero nun auf die anstehenden Kommunalwahlen im Mai.

MELDUNGEN

Endlich geeinigt

Wien – Nach Monaten der Uneinigkeit haben sich die SPÖ und die ÖVP in Wien zu einer Großen Koalition geeinigt. Bei den Parlamentswahlen vor drei Monaten hatte die SPÖ unter der Führung ihres Partei-Chefs Alfred Gusenbauer knapp vor den regierenden Konservativen der ÖVP gesiegt. Gusenbauer löst nun Wolfgang Schüssel (ÖVP), der inzwischen auch seinen Parteivorsitz abgab, als Bundeskanzler ab. Jeder der beiden großen Volksparteien stellt sieben Minister und drei Staatssekretäre. Der Streit über den Kauf des Kampfjets „Eurofighter" ist allerdings nicht beigelegt, sondern wurde bei den Koalitionsverhandlungen nur ausgeklammert. Da die SPÖ das Verteidigungsministerium übernimmt, liegen weitere Verhandlungen aber jetzt in ihrem Einflußbereich.

Aufstand der Armen droht

Peking – Die „Chinesische Akademie der Wissenschaften" warnt ihre Regierung davor, die Kluft zwischen Arm und Reich in China immer größer werden zu lassen, da sonst Unruhen drohen. Derzeit besäßen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung 40 Prozent des Privatbesitzes, während die ärmsten zehn Prozent gerade einmal über zwei Prozent verfügen würden. Vor allem der Unterschied zwischen Stadt und Land würde immer offensichtlicher, so daß lateinamerikanische Verhältnisse schon erreicht seien. So verdiene ein Bauer umgerechnet 213 Euro im Jahr, ein Bewohner der Hauptstadt Peking hingegen 1736 Euro, was trotz unterschiedlicher Lebenshaltungskosten doch gravierend sei.

Nur wer sich selbst versorgt, ist willkommen

Dänemark steuert seine Einwanderung gezielt und hat auch keine Angst vor harten Worten

Von H.-J. VON LEESEN

Obgleich die Anzahl der nach Deutschland einwandernden Ausländer sinkt, wird die Bundesrepublik mit den Schwierigkeiten der Immigration nicht fertig. Erst kürzlich hat die Öffentlichkeit Kenntnis davon genommen, daß es wachsende Problemgebiete gibt, in denen der Anteil der Ausländer so hoch ist, daß Parallelgesellschaften entstanden sind. Das geht so weit, daß man, wie etwa in Berlin-Neukölln, von rechtsfreien Räumen sprechen kann, in denen es nur mit Mühe gelingt, die deutschen Gesetze durchzusetzen.

Da lohnt es sich, erfolgreiche Ausländerpolitik bei unseren Nachbarn zur Kenntnis zu nehmen. Dänemark erregte international Aufsehen, als im Jahre 2001 vor allem aufgrund der verfehlten Ausländerpolitik der vorherigen linken Regierung die Bürger nun die Rechtsparteien – Konservative und Nationalliberale (Venstre) – in die Regierung wählten, die unter Tolerierung der rechtsaußen agierenden Dänischen Volkspartei das Steuer der Ausländerpolitik herumwarfen. Bei den linken Gutmenschen im übrigen Europa stieß die Kursänderung auf Kritik, doch ist seit einiger Zeit Ruhe eingekehrt – wohl auch, weil die Dänen in ihrer großen Mehrheit damit hoch zufrieden sind, und auch die Einwanderer erkannt haben, daß ihnen mit der Integration in die dänische Gesellschaft endlich in Würde eine neue Heimat ermöglicht wird.

Die dänische Botschaft in Berlin (Rauchstraße 1, 10787 Berlin, Tel. 030-50 50 22 03) hat soeben in ihrer in Deutsch erschienenen Schriftenreihe „Kennzeichen DK – Mitteilungen aus und über Dänemark" ein Heft über die dänische Integrationspolitik herausgegeben, dessen Lektüre den deutschen Politikern ans Herz gelegt sei.

Schon die klare Tonart unterscheidet sich von dem deutschen wabbeligen Gerede. Nix da von „ausländischen Mitbürgern" und von dem verlogenen Wort „Migranten". In Dänemark spricht man klipp und klar von „Ausländern", „Einwanderern" und, wenn die Integration gelungen ist, von „Neudänen". Da weiß man, woran man ist.

Die Integrationsministerin Rikke Hvilshöj faßt in ihrem Vorwort zusammen: Die dänische Regierung will die Anzahl von Einwanderern aus Nicht-EU-Staaten, die sich nicht selbst versorgen können, sondern den Sozialsystemen zur Last fallen, reduzieren. Dadurch sollen Mittel für die Integration freigesetzt werden. Wenn man Ausländern Ausbildung und Beschäftigung anbietet, dann stehen dem Angebot klare Forderungen gegenüber. Die Einwanderer müssen in einer festgelegten Frist die dänische Sprache erlernen, wofür der Staat Kurse einrichtet. Familienzusammenführung wird nur dann geduldet, wenn beide Ehepartner über 24 Jahre alt sind, so daß Kinderehen ausgeschlossen werden. Der in Dänemark lebende Ehepartner muß darüber hinaus die Versorgung des Paares gewährleisten sowie einen Betrag von 55 000 Dänenkronen (7200 Euro) zur Sicherheit hinterlegen.

Da Arbeit der Schlüssel zur Integration ist, tut der Staat viel, die Ausländer zur Arbeit zu motivieren. Jeder Einwanderer hat ein bis zu drei Jahren dauerndes kostenloses „Einführungsprogramm" zu absolvieren. Dazu gehören Dänischkurse, Unterricht über die dänischen Traditionen und die Eigenarten der dänischen Gesellschaft. Außerdem wird Weiterbeziehungsweise Ausbildung angeboten und Einstellung in Firmen, die vom Staat einen Lohnzuschuß bekommen. Dafür fordert der Staat von den Unternehmen, daß sie je nach Größe einen oder mehrere Mitarbeiter freistellen, die als Mentoren ausgebildet und den zur Probe eingestellten Ausländern zur Seite gestellt werden. Nach einem Jahr entscheidet sich, ob der Einwanderer ins feste Arbeitsverhältnis übernommen wird.

Um dem Ausländer deutlich zu machen, daß es Dänemark ernst ist, muß er nach Absolvierung des „Einführungsprogramms" einen „Integrationsvertrag" über seine persönlichen Beschäftigungs- und Ausbildungsziele mit dem Staat abschließen. Erst wenn der Vertrag erfüllt wird, erhält der Einwanderer eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung, die voraussetzt, daß er aktiv am Leben der dänischen Gesellschaft teilnimmt.

In der ungeregelten Einwanderungspolitik der sozialdemokratischen Vorgängerregierung entstanden in dänischen Großstädten Ausländerghettos, welche die neue Rechtsregierung zu öffnen sich bemüht. In solchen Stadtteilen werden „Job Shops" und „Lerncafés" eingerichtet, in denen Sozialarbeiter Ausländer, die keiner Arbeit nachgehen, und davon gibt es immer noch eine erkleckliche Anzahl, zu motivieren versuchen und ihnen Arbeitsplätze vermitteln. Häufig wissen Einwanderer nicht, wie das dänische Arbeitsleben funktioniert, uns sie sind es auch nicht gewohnt, im Berufsleben Eigeninitiative zu entwickeln. Hier helfen dann die Sozialarbeiter, die häufig erfolgreich integrierte „Neudänen" sind, wobei es nicht beim guten Zureden bleibt. Wer sich den Bemühungen verschließt, dem werden fühlbar die Sozialleistungen gekürzt. „Mit solchen Maßnahmen macht man sich nicht bei allen beliebt, aber sie wirken", wird in dem Heft ein neudänischer Leiter der Arbeitsvermittlung zitiert. So finden Menschen wieder zu ihrem Selbstwertgefühl zurück.

Hochqualifizierte Ausländer wie Ärzte oder Ingenieure können mit Hilfe einer Art Greencard-System unbeschränkt einwandern.

Schon in wenigen Jahren hat sich die gezielte Ausländerpolitik bewährt. 2005 kamen mehr Ausländer nach Dänemark als 2001, doch hat sich die Struktur zugunsten Studierender und Facharbeiter verändert.

„Immer mehr Einwanderer finden Arbeit oder einen Ausbildungsplatz, und der tägliche Kontakt zwischen den Neudänen und den ‚Altdänen' scheint sich generell verbessert zu haben", so die dänische Ministerin.

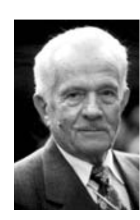
Auch in Dänemark muß man die Erfahrung machen, daß das Hauptproblem die Integration der Jugendlichen und Kinder ist, die in Ausländerghettos aufwachsen. Von ihnen scheitern doppelt so viele bei der Ausbildung, sei es in der Schule, sei es im Beruf, wie von den jungen Dänen. Darum wird besondere Energie auf deren Integration gelegt.

Erfolgsmodell Radmansgade-Schule

In der Broschüre liest man einen optimistischen Bericht über die Radmansgade-Schule in Kopenhagen mit 80 Prozent ausländischen Schülern. Demnach liegt, nachdem man neue Richtlinien erlassen hat, die Lesefähigkeit bis zur vierten Klasse über dem Landesdurchschnitt. Das ist bereits das Ergebnis davon, daß alle Einwanderer, die eine Daueraufenthaltsgenehmigung haben wollen, intensive dänische Sprachkurse absolvieren müssen. Der Schule sind zwölf zusätzliche Lehrkräfte zugeteilt; in manchen Fächern unterrichten zeitgleich zwei Lehrer, um sich den Kindern besser widmen zu können.

Die Eltern werden angehalten, sich an den vier Elternabenden pro Jahr zu beteiligen. Wenn Eltern wiederholt nicht erscheinen, bekommen sie von der Schulleiterin einen deutlichen Brief, in dem sie anbietet, bei der Suche nach einer anderen Schule für das Kind behilflich zu sein, das heißt, es wird der Rausschmiß des Kindes angedroht. Den Kindern wird klar gemacht, daß Frauen in der dänischen Gesellschaft die selben Rechte haben wie Männer. Sie haben die dänischen Werte anzuerkennen. Vergißt das ein Schüler, etwa indem er „seine Lehrerin als ‚fucking Schlampe' bezeichnet", so ruft die Schulleiterin zu Hause an und läßt den Vater unverzüglich in ihr Büro kommen. Auf keinen Fall soll die Schule eine muslimische Schule werden. „Wir sind und bleiben eine dänische Schule." Dazu gehört auch, „daß nicht ein einziger der muslimischen Schüler vom christlichen Religionsunterricht befreit wird".

»Moment mal!«



Teures Vormachtstreben – »Gender Mainstreaming«

Von Klaus Rainer Röhl

Was ist „Gender Mainstreaming"? Ein ziemlich gefährliches Menschenexperiment, von dem niemand im breiten Publikum etwas weiß. Noch unter der rot-grünen Regierung im Familienministerium entwickelt, wird es jetzt, wie der „Spiegel" in seiner letzten Ausgabe beschreibt, auch unter der neuen Ministerin Ursula von der Leyen, weiter vorangetrieben. Mit enormen Steuergeldern. Inzwischen dämmert es einigen in der CDU/CSU, darunter dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Bosbach, daß das Projekt „Gender Mainstreaming" wohl kaum mit dem Programm der christlich-konservativen Partei zu vereinbaren ist. Was verbirgt sich unter diesem seltsamen englischen Begriff? Das hat eine lange Vorgeschichte. Ende der 60er Jahre gründete Alice Schwarzer nach dem Vorbild der USA die erste deutsche Frauenbewegung der Nachkriegszeit und bekämpfte fortan nicht so sehr die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, sondern die Ausbeutung der Frau durch den Mann. Feministinnen nannten sich die ersten Kämpferinnen seitdem oder Bewegungsfrauen, und ihre Bewegung erwies sich als zählebiger und erfolgreicher als selbst der „Marsch durch die Institutionen". Die Studentin, die einst mit schriller Stimme und wilden Aktionen die Männer erschrecken und abschrecken wollte, ist heute wie früher Inge Meysel als Muttchen der Nation in verschiedensten Gremien und Fernsehsendungen unverzichtbar. Sie sitzt in der Jury von Schlagerfestivals oder sucht zusammen mit Dieter Bohlen den Superstar oder die größten Deutschen, macht mal bei Ratespielen mit und mal beim Aufstand der Anständigen.

Die ehemals radikale Kritikerin der männerbeherrschten Gesellschaft Alice Schwarzer, die mit ihrer Zeitschrift „Emma" nie große Auflagen erreichte, dafür aber die Millionen-Auflage des „Stern" für ihre Aktion „Ich habe abgetrieben" nutzte und den deutschen Frauen endgültig etwa noch bestehende Bedenken bei der Tötung ungeborener Kinder ein für allemal austrieb, ist nicht nur die milde Mathilde, als die sie sich den Fernseh-Zuschauern von heute darstellt. Sie ist auch das, was die Amerikaner „tough" nennen, hart im Nehmen.

Schwarzer hat die Gleichberechtigung der Frau in Deutschland erkämpft und durchgesetzt und etwa 40000 vollzeitangestellte oder teilzeitbeschäftigte Frauenbeauftragte in Lohn und Brot gesetzt.

Amazonenland ist neues Land. Alice Schwarzer betrat das neue, unbekannte Land der Frauenvormacht selber übrigens nie. Ihr Ziel blieb die Gleichstellung der Frau. Sie weiß die Gleichberechtigung, für die sie ein Leben lang gekämpft hat, in trockenen Tüchern. Amazonenmacht aber, das heißt nicht Gleichberechtigung, das heißt Vormacht, Übermacht. Und die treiben andere voran. Sie wirken lieber im Stillen und drohen auch nicht mit dem lächerlichen männerfeindlichen Hackebeilchen, das als skythische oder eben amazonische Doppelaxt durch die frühen feministischen Kastrations-Phantasien geisterte und auch als Silberschmuck um den Hals getragen wurde, alternierend zu der ebenfalls anzüglichen silbernen Rasierklinge. Vorbei, verweht, vergessen. Die Anhängerinnen der Frauen-Vormacht gingen auch auf den Langen Marsch, überall auf der Welt. Erst einmal tauchten sie unter. Bis 1985.

Nairobi. 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen. Auf dieser Konferenz wird erstmals eine neue Strategie vorgestellt mit dem Namen Gender Mainstreaming. Der Begriff kam so sang- und klanglos und selbst für Engländer oder Amerikaner unverständlich daher, daß niemand davon Notiz nahm, obwohl jeder Mann und jede Frau gemeint war.



Pfiffige Plakatidee: Wien macht spielerisch auf das Thema aufmerksam. Foto: Stadt Wien

Gender ist der englische Begriff für „Geschlecht". Er meint das grammatische Geschlecht eines Wortes, aber auch das biologische Geschlecht eines Menschen. Seit Nairobi ist dieser Begriff jedoch mit einem neuen Inhalt besetzt. Gender bedeutet jetzt, nach einer Broschüre des deutschen Familienministeriums vom Sommer 2002, „die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechtsrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar."(!) Aha. Ändere die Welt, sie braucht es. Sogar die 68er nannten das schon selbstkritisch Herumfummeln am Sozialisationsprozeß. Wollen wir das? Wer das nicht will, dem geht's mit dem nächsten Wort an den Kragen:

Mainstreaming, also Hauptströmung, bezeichnet eigentlich einen bestimmenden Trend, in diesem Fall kann es aber auch einen Zwang bedeuten. In der wunderschön einfachen Sprache des Frauenministeriums ist Gender Mainstreaming, „daß eine inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird". Basta. Wußten Sie das? Sind Sie gendermäßig schon richtig eingestellt, oder müssen Sie noch nachbessern? Da hilft Ihnen eine Broschüre – und allmählich werden wir mit dem Wort vertraut und hören alle Nachtigallen unüberhörbar trapsen:

„Gender Mainstreaming ist damit ein **Auftrag** (Fettdruck vom Familienministerium) an die Spitze einer Verwaltung, einer Organisation, eines Unternehmens und an alle Beschäftigten, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern in der Struktur, in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen, in den Ergebnissen und Produkten, in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, in der Steuerung (Controlling) von vorne herein zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern effektiv verwirklichen zu können".

Also Gleichstellung durch Kontrolle. Wer aber erteilte da einen „Auftrag" – von wem wurde er abgesegnet? Und wie kam es zu dem Auftrag? Wie kam er ins Familienministerium? Das ist auch eine lange Geschichte. Grob verkürzt, gingen unsere energischen Mädels so vor: Internationale Konferenzen (nach Nairobi 1985 kam Peking 1995) von Frauenrechtlerinnen. Verabschiedung von Papieren – Annahme der Papiere in internationalen Gremien und schließlich Einbringung in die Gesetzgebung der Länder. Die Konferenz in Peking beschloß „die Verpflichtung, ein Konzept zur Implementierung (!) von Gender Mainstreaming zu entwickeln". Schon 1994 war das Gender Mainstreaming-Konzept im Europarat „implementiert". Durch Einsetzung eines Lenkungsausschusses, der bis heute direkt beim Ministerkomitee angesiedelt ist. Man verliert keine Zeit. Schon beginnt die Arbeit in den einzelnen Ländern. Schweden macht den Anfang. Dort wird Gender Mainstreaming „auf nationaler, regionaler und kommunaler Politikebene" umgesetzt. 1995 Resolution der Generalversammlung der UN Nr. 52/100. Die Europäische Union verpflichtet sich 1996 auf Gender Mainstreaming, und im selben Jahr werden in Norwegen die Staatssekretäre der Ministerien zuständig für die Durchführung von Gender Mainstreaming. Das Tempo ist atemberaubend. 1997 das Europäische Parlament. 1998 die Europäische Kommission. Im gleichen Jahr Umsetzung in den Niederlanden und Finnland.

1998 sind wir auch in Deutschland angelangt: Die ÖTV beschließt, Gender Mainstreaming in die Tarifarbeit umzusetzen und stellt eine „Genderbeauftragte" im Tarifsekretariat ein. Besoldung nach Tarif. Die Landesregierung Niedersachsen beschließt unter der grün-roten Koalition: „Das gesamte Kabinett wird umfassend zu Gender Mainstreaming geschult."

Gender Mainstreaming im Amsterdamer Vertrag 1999, im Bundeskabinett. Die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien vom 26. Juli 2000 schreibt Gender Mainstreaming als Leitprinzip fest. Es folgen zahlreiche Landesregierungen.

Vorläufiger Höhepunkt: Als erste Gewerkschaft verankert ver.di Gender Mainstreaming 2001 als Aufgabe in der Satzung (§ 5) und setzt ein Mann/Frau-Team als Genderbeauftragte beim Bundesvorstand ein. 2001 Einweihung des Gender-Instituts GISA in Sachsen-Anhalt. Dann wurde die SPD-PDS-Regierung abgewählt. Wie die Regierungen in Niedersachsen und Hamburg. Die Genderbeauftragten blieben.

Gender Mainstreaming, wird immer wieder betont, soll die bestehenden Diskriminierungen von Frauen aufheben, aber auch die von Männern! Was in der Praxis bedeutet, daß Männer endlich (!) auch Frisösen werden können oder Krankenschwestern und Hebammen. Während Frauen da, wo es wirklich um die Wurst geht, um Hunderttausende Arbeitsplätze bei Behörden, Universitäten, Bibliotheken und Schulen, auf lange Zeit noch bei Beförderungen und Einstellungen bevorzugt werden sollen, soweit es irgend machbar, das heißt vertretbar, ist. Da fliegen die Fetzen, da ist Willkür nicht auszuschließen. Die Genderwelt ist eine kleine, finanziell gut ausgestattete Welt für sich, jenseits der Realität, die heute vom Bundesfamilienministerium und den Ländern bis zu den Landkreisen reicht und in die Bezirksämter und schließlich in die Rathäuser Einzug gehalten hat, in aller Stille. Gender Mainstreaming ist auf lange Sicht angelegt. Als die Regierung Schröder schon längst den Langen Marsch in den wohlverdienten Ruhestand angetreten hat, brauste der Amazonen-Mainstream erst richtig los. Im Bundesfamilienministerium wird, wie der „Spiegel" in seiner ersten Januar-Ausgabe berichtete, auch in der Großen Koalition das Gender-Netzwerk weiter ausgebaut. Erst langsam erkennt die Union, was da mit viel Steuergeldern betrieben wird.

Von Berlin bezaubert

»Berlinische Galerie« zeigt verschollen geglaubte Fotos der deutschen Hauptstadt aus den 30er Jahren

Von Rebecca Bellano

Es ist fast ein kleines Wunder, an das keiner geglaubt hat, als sich 2004 bei einem Vortrag über Stadtfotografie im Rahmen des „Europäischen Monats der Fotografie“ in Wien herausstellte, daß ein österreichisches Sammlerehepaar ganz besondere Fotografien von Berlin besaß.

Diese 78 Fotos, die von der deutschen Hauptstadt in den 30er Jahren gemacht wurden, hatte das Paar 1990 bei einem kleinen Antiquitätenhändler entdeckt, ohne sich damals über deren Wert bewußt zu sein. Die „Berlinische Galerie“, Landesmuseum für moderne Kunst, Fotografie und Architektur, zeigte schnell Interesse an den Fotos des Avantgardekünstlers Sasha Stone, die er für das Buch „Berlin in Bildern“ gemacht hatte.

Den Künstler, der 1895 unter dem Namen Aleksander Serge Steinsapir in St. Petersburg geboren wurde, zog es in den 20er Jahren erst nach New York, dann nach Paris und von dort in das aufstrebende Berlin. Berlin faszinierte den Fotografen, der mit dem Slogan „Sasha Stone sieht mehr“ berühmt geworden war. Den Nachnamen Stone hatte er von seiner belgischen Ehefrau übernommen, mit der er in der deutschen Metropole bis 1932 auch ein Fotoatelier betrieben hatte.

Das Buch „Berlin in Bildern“, das 1929 bei dem Wiener Verlag Dr. Hans Epstein erschien, entstand nach einem gemeinsamen Konzept mit dem Kunst- und Architekturkritiker Adolf Behne. Es sollte ein aktuelles Bild der sich rasant verändernden Stadt im Herzen Europas vermitteln. Damals galt Berlin als Hauptstadt des „Neuen Bauens“.

Stone richtete sein Augenmerk bei den Fotos allerdings keineswegs nur auf die im Werden befindliche Moderne, seine noch bis zum 11. März in der Berlinischen Galerie als Leihgabe zu bewundernden Aufnahmen zeigen auch eine traditionelle Stadt.

Das besondere an Sasha Stones Arbeit sind jedoch die Menschen, die auf vielen Fotos zu sehen sind, denn Stone wollte nicht nur seelenlose Gebäude dokumentieren, sondern eine pulsierende europäische Großstadt mitten im Alltag zeigen.

Und so fotografierte er Passanten, Marktfrauen, die U-Bahn, das Heizkraftwerk und den Funkturm. Zwar zeigen einige der Aufnahmen auch den modernen Siedlungsbau, doch im großen und ganzen konzentrierte sich der Künstler auf die historische Mitte der Stadt.

Herausgekommen sind viele eindrucksvolle Fotografien, aber eben auch einige, deren Bedeutung sich auf den ersten Blick nicht sofort erschließen, da sie eben „nur“ normale Dinge des täglichen Lebens abbilden. Doch nur dank Aufnahmen wie jenen von Sasha Stone, wissen die Menschen der Gegenwart überhaupt, wie damals das tägliche Leben aussah, denn schließlich haben zwei Weltkriege, die deutsche Teilung und die Wiedervereinigung das Gesicht der deutschen Hauptstadt während der letzten 80 Jahre mehr verändert als es im Laufe der Zeit sowieso schon üblich ist.



Altes Museum Berlin um 1927/28: Eine der wiederentdeckten 78 Fotografien Foto: Serge Stone

Die nun in der „Berlinischen Galerie“ zu bewundernden Aufnahmen sind jedoch bedauerlicherweise sehr kleinformatig, da es sich um die originalen Druckvorlagen handelt. Auch der hohe, weiß gestrichene, sich in einem 1965 erbauten Lagerhaus befindliche Ausstellungsraum verkleinert die Fotos zusätzlich und beraubt sie so ihrer Wirkung.

Zudem ist es schade, daß der Ausstellungsbesucher nur etwas über den Künstler erfährt, wenn er das in der Mitte des Raumes präsentierte, gut 80jährige Buch über den Künstler anschaut und darin nachliest. Da nirgendwo darauf hingewiesen wird, daß in dem aufgeschlagenen Buch noch Informationen über den Künstler zu finden sind, werden viele Besucher vermutlich nur auf die nebenstehende Fotografie achten.

Schön wäre es auch gewesen, wenn eine Wand des großen Raumes dazu verwandt worden wäre, den Aufnahmen der Vergangenheit Fotos von der Gegenwart gegenüberzustellen. Wie sieht beispielsweise der Platz heute aus, den der 1940 auf der Flucht vor den Nationalsozialisten an Lungentuberkulose erkrankte und verstorbene Sasha Stone 1927 fotografiert hat? Und wo befindet er sich? Da sich viele Straßen und Plätze so sehr verändert haben, wäre es eine Hilfe und eine weitere Information für den Ausstellungsbesucher, denn so könnte er die ausgestellten Aufnahmen besser einordnen.

Derzeit hofft die „Berlinische Galerie“, die historischen Bilder von Berlin erwerben zu können. Um diesen Ankauf zu finanzieren, wurde ein Kalender (19,80 Euro) produziert, in dem die publikationsgeschichtlichen und biografischen Hintergründe dieser abenteuerlichen Geschichte zusammen mit den Fotos abgedruckt sind.

Die Ausstellung „Sasha Stone – Berlin in Bildern“ ist in der „Berlinischen Galerie“, Landesmuseum für Moderne Kunst, Fotografie und Architektur, Alte Jakobstraße 124-128, 10969 Berlin, bis 11. März zu sehen, Telefon (030) 789 02 - 600, www.berlinischegalerie.de

Briefmarken als Visitenkarten deutscher Kultur

Das neue Jahr ist gerade mal eben zwei Wochen alt, da gilt es für einige Zeitgenossen, bereits weit voraus zu blicken. Zumindest Philatelisten werden dies tun, denn die neuen Sonderbriefmarken für das Jahr 2008 wurden schon jetzt vorgestellt.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt in der Würdigung ehrenamtlicher Helfer, wie man an der Herausgabe einer Marke „100 Jahre Christoffel-Blindenmission“ oder „50 Jahre Bundesvereinigung Lebenshilfe in Deutschland“ unschwer erkennen kann. Aber auch Persönlichkeiten wie der Hamburger Johann Hinrich Wichern, der Gründer des „Rauhen Hauses“, werden geehrt. 2008 sind es insgesamt 51 Sonderpostwertzeichen, die neu herauskommen.

Briefmarken dienen nicht nur der Freimachung von Postsendungen – sie sind schließlich auch kleine Visitenkarten Deutschlands und spiegeln Geschichte und Kultur des Landes wider. Als Vermittler von Kommunikation verbinden sie Menschen im In- und Ausland und machen durch anspruchsvolle Grafik auf manch interessante Botschaft aufmerksam. Sie sind fester Bestandteil der Alltagsästhetik und bleiben nicht zuletzt auch beliebte Sammelobjekte.

Jährlich erreichen den Bundesminister der Finanzen etwa 800 Themenvorschläge aus allen Teilen der Gesellschaft. Da muß denn schon eine strenge Auswahl getroffen werden, eine Auswahl, die nicht immer jedem gefällt.

Im Jahr 2008 werden jedoch alle, die sich mit Wissenschaft, Kunst und Literatur beschäftigen, zufrieden sein können, werden doch auch wieder herausragende Persönlichkeiten gewürdigt, die Wesentliches für Deutschland geleistet haben. Max Planck etwa wird zum 150. Geburtstag geehrt, die Maler Carl Spitzweg aus München zum 200. Geburtstag und Lovis Corinth aus dem ostpreußischen Tapiau zum 150., der Regisseur Helmut Käutner zum 100. sowie die Schriftsteller Selma Lagerlöf zum 150. und Franz Kafka wie auch Joachim Ringelnatz zum 125. Geburtstag. Sogar Heinrich Zille, der Ur-Berliner, Maler, Zeichner und Fotograf, wird 2008 mit einem Sonderpostwertzeichen geehrt. *o-n*

»Und dann und wann ein weißer Elefant«

Durs Grünbein interpretierte eine berühmt gewordene Verszeile von Rainer Maria Rilke

Von Rosemarie Fiedler-Winter

Seit langem rätsele ich, woher der Widerwille gegen Rilke rührt, dies Gemisch aus blasierter Brutalität und einer merkwürdig sexistischen Gehässigkeit, das regelmäßig aufschäumt, sobald sein Name fällt.“ Mit dieser bemerkenswert mutigen Formulierung, die ihn in Gegensatz zu hochrangigen Namen wie Benn oder Brecht stellt, führt Durs Grünbein die Leser zu seiner Interpretation von Rilkes Gedicht „Das Karussell“.

Das wurde berühmt, ja sogar volkstümlich, durch die wiederholte Zeile „Und dann und wann ein weißer Elefant“. Es läßt den historischen Luftzug aus dem Jardin du Luxembourg spüren, wo „der aparte Prager Poet“, wie ihn Grünbein auch nennt, zu den weltberühmt gewordenen Zeilen angeregt wurde, die sich später in seinen „Neuen Gedichten I“ wiederfinden.

Im Marburger Literaturarchiv hatte man den Dresdner mit dem markanten Namen Grünbein, der, wie er selber sagt, „kein artistischer Einfall ist“, um eine Interpretation gerade dieser Verszeilen gebeten, und der Mann von der Elbe hat einen Text hingelegt, der unter der Heerschar der Rilke-Interpretationen seinesgleichen sucht.

„Dann kommt ein Gedicht heraus wie das Karussell“, schreibt Grünbein, „das den Eindruck erweckt, als sei es im Schlaf geschrieben, als Direktübertragung von einer Spielwalze aus Kindertagen, einem Leierkasten im Hinterhof.“ Und er riskiert es, von der atmosphärischen Nähe zu Picasso zu sprechen und dessen „lyrischer Malerei“, „als er Seiltänzer und Jongleure in zarte Linien einfror“. Dabei hatte es dem Dichter aus Sachsen, der, farbneutral, fast überall vertreten ist, wo echt Literarisches die Szene beherrscht, Rilkes weißer Elefant schon lange angetan. Denn in einem Bühnen-Dialog „zweier Männer in Betrachtung des Müll“ läßt er schon zu Beginn unseres Jahrtausends den einen sagen: „Mir reicht schon dieser Spielzeugelefant. Für meinen Enkel. Beste Nachkriegsware. Eine wie Rilke hätte seine Freude dran gehabt.“

Grünbein hebt in seiner Interpretation hervor, daß es dem Dichter des Karussell nach dessen eigener Aussage um „Skulpturen aus Worten“ ging, und daß „sein Markenzeichen eine größtmögliche Ökonomie der Ausdrucksmittel sei“. Das Gedicht vom Karussell gibt ihm Recht. Aber was ist überhaupt ein Gedicht? Dazu hat Grünbein in einer Rede, die er im April vor sechs Jahren in Salzburg gehalten hat, die klassisch philosophischen Worte gefunden: „Betrachtet man Zeit und Raum als geschlossenes System, ist das Gedicht der Kassiber, der wie durch ein Wunder aus der universellen Zwangsanstalt herausgeschmuggelt wurde.“

Das Wunder, dem Geheimnis verwandt, scheint aber selbst „bei klarsten Linien“ ganz wesentlich dazu beizutragen, daß Dichtung überhaupt „ankommt“. Dafür sind Grünbeins eigene Texte, denen neben anderen Preisen auch der Peter-Huchel- und der Büchner-Preis verliehen wurden, Beweis genug. Iso Camartin meinte bei der Huchel-Preisverleihung: „Die sprachartistischen Volten des Durs Grünbein durchschaut einer gelegentlich leichter, wenn er versucht, sie in einer anderen Sprache auszuhorchen“, sprich sie zu übersetzen.

Der aufmerksame Leser entdeckt jedoch vielleicht sogar im Banalen, das Grünbein so gern mit überhöhter Betrachtung konfrontiert, das geheimnisvoll Unausgesprochene wie es auch Rilke auf sein Karussell „aufgeschnallt“ hat. Finden sich doch in Durs Grünbeins oft zitiertem Dresden-Buch „Porzellan“, das ein einziges Gedicht ist, die Zeilen: „Überhaupt. Erinnerung. Das kommt aus Hirnregionen und kehrt zurück dahin. Und Herkunft, Heimat sind ein Häuflein Sand in einer Wanderdüne aus Neuronen.“

Rainer Maria Rilke wurde als Sohn eines Militärbeamten und Beamten bei der Eisenbahn am 4. Dezember 1875 in Prag geboren. Er besuchte von 1886 bis 1891 die Militärschule St. Pölten und danach die Militär-Oberrealschule in Mährisch-Weißkirchen. Der sensible Knabe wich der Offizierslaufbahn aus, bereitete sich privat auf das Abitur vor und studierte Kunst- und Literaturgeschichte in Prag, München und Berlin. 1897 begegnete er Lou Andreas-Salomé, mit der er 1899 / 1900 nach Rußland reiste. Das Land, die Menschen, vor allem die „russische Seele“ beeindruckten ihn sehr. Begegnung mit Tolstoi. 1900 ließ er sich in der Malerkolonie Worpswede nieder und heiratete die Bildhauerin Clara Westhoff, von der er sich 1902 wieder trennte. 1905 wurde er für acht Monate der Privatsekretär von Rodin in Paris. Er unternahm Reisen nach Nordafrika, Ägypten, Spanien. 1911 / 12 lebte er auf Schloß Duino an der Adria bei der Fürstin Marie v. Thurn u. Taxis. Während des Ersten Weltkriegs wohnte er in München. Kurze Zeit war er beim österreichischen Landsturm eingezogen, wurde aber aus Gesundheitsgründen wieder entlassen. Nach Kriegsende lebte Rilke in der Schweiz: 1920 in Berg am Irschel, ab 1921 auf Schloß Muzot im Kanton Wallis, das ihm sein Mäzen Werner Reinhart zur Verfügung gestellt hatte. Rainer Maria Rilke starb vor 80 Jahren, am 29. Dezember 1926 im Sanatorium Val-Mont bei Montreux an Leukämie. *eb*

Essen für einen guten Zweck

Die »Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft« (DMSG) bittet zur »MS Global Dinner Party«

Von Silke Osman

Die zunehmende Globalisierung aller Lebensbereiche ruft immer wieder Kritiker auf den Plan, zu Recht oder zu Unrecht mag hier dahingestellt bleiben. In einem Fall jedoch ist der Vorteil kaum von der Hand zu weisen, immer dann, wenn sich weltweit Menschen zusammentun, um Gutes zu leisten. Ein solcher Fall ist die sogenannte „MS Global Dinner Party“, die am 24. Februar organisiert wird. In Kanada, den

Weltweit treffen sich Menschen zu einer gemütlichen Runde

USA, Australien, der Schweiz, Großbritannien und zum dritten Mal auch in Deutschland treffen Menschen zusammen, die anderen mit einer ungewöhnlichen Idee helfen wollen. Sie laden Freunde, Bekannte und Verwandte an diesem Tag zum Brunch, zum Mittag- oder Abendessen, zum Kaffeeklatsch oder zum gemütlichen Miteinander ein. Die Gäste werden gebeten, anstatt des üblichen Blumenstraußes, einer Flasche Wein oder einer Packung Pralinen eine kleine Spende mitzubringen. Diese kommt dann Wissenschaftlern zugute, welche die Ursachen der Multiplen Sklerose (MS) erforschen und nach einem Heilmittel suchen.

Weltweit leiden 2,5 Millionen Menschen (in Deutschland etwa 120 000) unter dieser entzündlichen Erkrankung des zentralen Nervensystems (siehe Kasten). Mit der „MS Global Dinner Party“ wollen die Organisatoren auch Menschen erreichen, die nicht betroffen sind, und sie so über die bisher unheilbare Krankheit informieren. In der „Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft“ (DMSG) engagieren sich derzeit etwa 5570 ehrenamtliche und 359 hauptamtliche Mitarbeiter. Sie wollen die Menschen in Deutschland aufklären und das öffentliche Bewußtsein für diese Krankheit schärfen. Wenn auch die Wissenschaft bisher kein Heilmittel finden konnte, wurde die Lebensqualität der Betroffenen in den vergangenen Jahren durchaus verbessert. Effiziente Forschungsprojekte aber sind teuer und bedürfen finanzieller Zuwendung. Wenn sich nun am 24. Februar in möglichst vielen Ländern der Erde Menschen zu einer solchen „Dinner Party“ treffen, dann getreu dem Motto: „Im kleinen Kreis Großes bewirken – lokal handeln für eine globale Idee.“



In fröhlicher Runde: Freunde bewirten macht Spaß. Foto: DMSG

Multiple Sklerose (MS) oder auch Encephalomyelitis disseminata (ED) ist eine chronisch-entzündliche Erkrankung des zentralen Nervensystems, bei der durch den Verlust der schützenden Nervenfaserumhüllungen die Übertragung von Nervensignalen verhindert wird. Die Ursache der Erkrankung, die meist in der Mitte des dritten Lebensjahrzehnts auftritt und bisher als unheilbar gilt, ist noch nicht sicher geklärt. Sie ist keine Geisteskrankheit, weder ansteckend noch erblich. Die MS kann jeden Teil des Nervensystems befallen und ist deshalb auch sehr vielgestaltig (multipel). Sie äußert sich in Symptomen wie Sehstörungen, Störungen der Empfindung, Sprech- und Gangstörungen, Lähmungen, bleierne Müdigkeit und Störungen der Blasen- und Darmfunktion. Über die „Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Bundesverband e. V.“, Küsterstraße 8, 30519 Hannover, sind weitere Informationen erhältlich. *os*

Wie wichtig der Einsatz der DMSG ist, das zeigt auch die Geschichte von Christian Wulff, Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und Schirmherr der DMSG: „Kennen Sie das gute Gefühl, zu wissen, daß es einen Menschen gibt, der immer für Sie da ist, der durch dick und dünn mit Ihnen geht und allzeit hilfreich zur Seite steht?“ fragt Wulff auf der Internetseite der DMSG (www.dmsg.de). „Diese Gewißheit zu haben, ist ein großes Glück. Vor allem dann, wenn ein Familienmitglied an Multiple Sklerose erkrankt ist.

Ich war 14 Jahre alt, als bei meiner Mutter die Erkrankung vermutet und später diagnostiziert wurde. Von einem Tag auf den anderen veränderte die Multiple Sklerose unser Leben. Daran nicht zu verzweifeln, neuen Mut zu fassen und angesichts der vielen widersprüchlichen Informationen den Überblick zu behalten, dazu hat die ‚Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft‘ beigetragen. Sie bewahrte uns mit ihrem umfangreichen medizinischen, sozialen und psychologischen Beratungsangebot vor so mancher schweren Enttäuschung. Hier fanden wir immer ein offenes Ohr für die alltäglichen Sorgen und vor allem unkomplizierte Hilfe im Alltag, so daß wir über Jahre hinweg ein fast normales Familienleben führen konnten.“

Wer am 24. Februar an dieser Aktion teilnehmen möchte, der kann die notwendigen Unterlagen

»Ein Rezept, das hilft und Spaß macht«

per Fax (05 11) 9 68 34 50 oder telefonisch (05 11) 96 83 40 beim Bundesverband der DMSG anfordern. Wie in den Vorjahren wird die Aktion auch vom „Bundesverband der Deutschen Apothekerverbände“ unterstützt, so daß Unterlagen in vielen Apotheken ebenfalls ausgelegt sein dürften.

Im vergangenen Jahr waren es in Deutschland 56 Gastgeber, die insgesamt immerhin rund 18 600 Euro Spendengelder an die DMSG übergeben konnten. Dabei haben sie nicht nur zum Essen eingeladen. Es fanden auch Spielturniere statt, es wurde gebastelt oder gesungen. Man traf sich sogar zum Wandern und sogar zu winterlichen Grillfeten im Garten. Der Termin wurde „nicht so eng gesehen“, hört man von der DMSG. „Eine ‚MS Dinner Party‘ kann man durchaus auch an einem anderen Tag veranstalten, es bleibt immer ein Rezept, das hilft und Spaß macht.“

Quasthoffs Leiden

Thalidomid ist der Wirkstoff des Schlaf- und Beruhigungsmittels ‚Contergan‘, das in den Jahren 1958 bis 1963 zu zahlreichen schweren Schädigungen an ungeborenem Leben führte“, liest man im Lexikon. „Durch die Einnahme des Mittels innerhalb der ersten drei Schwangerschaftsmonate kam es zu der Fruchtschädigung. Besonders auffallend sind Fehlbildungen der Arme, Hände, Beine und Ohrmuscheln. Eine geistige Behinderung liegt meist nicht vor. Obwohl der Herstellerfirma 1961 bereits 1600 Warnungen über beobachtete Fehlbildungen an Neugeborenen vorlagen, wurde ‚Contergan‘ nach wie vor vertrieben. Zu jenem Zeitpunkt hatte es 46 Prozent des barbituratfreien Schlafmittelmarktes erobert. Etwa 5000 contergangeschädigte Kinder wurden laut ‚Bundesverband Contergangeschädigter‘ in den darauffolgenden Jahren geboren. Andere Quellen sprechen von 10 000 Fällen weltweit, von denen 4000 auf Deutschland entfielen. Die Hälfte der Behinderten ist bereits verstorben. Hinzu kommt eine unbekannte Zahl von während der Schwangerschaft gestorbenen Kindern.

In Deutschland wird geschädigten Menschen unter anderem mit Leistungen durch die ‚Conterganstiftung für behinderte Menschen‘ geholfen. Ebenso wurde die ‚Aktion Sorgenkind‘ (heute: ‚Aktion Mensch‘) aufgrund dieses Vorfalls gegründet.“

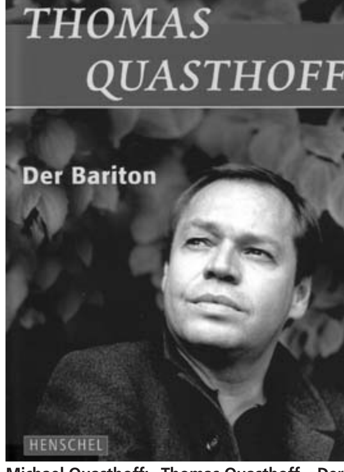
Kleiner Bruder ganz groß

Michael Quasthoff schreibt über seinen Bruder Thomas, der als Bariton die Welt erobert

Von Helga Steinberg

Betrachte, meine Seel“ ist der Titel einer neuen CD mit den schönsten geistlichen Arien von Bach bis Mendelssohn-Bartholdy (Deutsche Grammophon DGG 477 6230), die der Bariton Thomas Quasthoff mit der Staatskapelle Dresden unter Dirigent Sebastian Weigle aufgenommen hat. Diese Einspielung hat jetzt die Nominierung für den „Grammy“, den „Oscar“ der Musikbranche, in der Kategorie „Best Classical Vocal Performance“ erhalten. Die endgültige Entscheidung fällt am 11. Februar. Dann werden in der 49. Grammy-Award-Verleihung in Los Angeles die begehrten Schallplattenpreise vergeben.

Quasthoff ist mittlerweile ein „alter Hase“ in Bezug auf Preisverleihungen. Den ersten erhielt er, sozusagen als Grundstein für seine Karriere, 1988 beim Internationalen Musikwettbewerb der ARD in München. 1996 sind es gleich zwei: der „Schostakowitsch-Preis“ und der „Hamada Trust / Scotsman Festival Prize des Edinburgh International Festival“. Im Jahr 2000 wird er mit seinem ersten „Grammy“ geehrt, 2001 mit dem „Echo“-Preis und dem „Cannes Classical Award“. 2004 erhält er den Ehrenring der Stadt Hildesheim, den „Echo“-Preis und wieder einen „Grammy“ ... Das Bundesverdienstkreuz und der Große Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland waren ebenfalls unter den Auszeichnungen. Die Reihe ließe sich fortführen. Lang ist auch die Reihe der großen



Michael Quasthoff: „Thomas Quasthoff – Der Bariton“, Henschel Verlag Berlin 2006, 176 Seiten, geb. mit Schutzumschlag, 24,90 Euro

Dirigenten, unter denen Thomas Quasthoff gesungen hat: Sir Simon Rattle, Claudio Abbado, Kent Nagano, Christian Thielemann, Pierre Boulez, Daniel Barenboim.

Der Bariton mit der ausdrucksstarken Stimme ruht sich nicht auf seinen Lorbeeren aus. In diesen Tagen ist er in den USA, um in Philadelphia und New York Mahlers „Kindertotenlieder“ zu singen. Im Februar sind Auftritte in Berlin in Haydns „Schöpfung“ und in Dresden in Mozarts „Requiem“ geplant. Im März gibt er in New York, Wien, Köln und Berlin Jazz-Konzerte (seine zweite große Leidenschaft neben der klassischen Musik) mit dem Trompeter Til Brönner.

Eine beispiellose Karriere. Dabei hatte es gar nicht so rosig ausgesehen, als Thomas Quasthoff am 9. November 1959 als Sohn des Amtsinspektors beim Landgericht Hans Quasthoff und Frau Brigitte in Hildesheim das Licht der Welt erblickte. Mutter Brigitte hatte wie so viele andere Frauen auch auf die Versprechungen des Pharmakonzerns gebaut, der Schlaf und Ruhe in Tablettenform verkaufte und Schwangeren versicherte, Mutter und Kind würden nicht geschädigt werden. Der Name des Medikaments: Contergan. Thomas kam ohne Arme, Oberschenkel und Knie zur Welt, aus seinen Schultern waren flossenähnliche Hände mit drei und vier Fingern gewachsen. Bruder Michael, drei Jahre älter als Thomas, erinnert sich, seine Mutter nachts oft weinen gehört zu haben, während Vater „versuchte, das Elend nach außen mit stoischer Gelassenheit zu nehmen“. Schon als kleines Kind habe Thomas ein „nicht zu überhörendes, alles durchdringendes Organ“ gehabt. „... er vermochte, sofern er wollte, die nervtötende Sirene von einem Augenblick zum anderen in eine wunderschöne, vorerst nur Verwandte, Freunde und Bekannte verblüffende Singstimme zu verwandeln.“ Thomas trällerte alles mit, was es damals zu hören gab: von Rudi Schurickes „Capri-Fischer“ bis zu Freddy Quinns „Junge, komm bald wieder“. Vor dem Einschlafen „summte und tirilierte, lallte und brummte“ er die Schlagerparade des NDR, „bis ihm endlich mal die Augen zufielen“.

Die Erinnerungen von Michael Quasthoff an die Kindheit, aber auch an den Aufstieg des Bruders zu einem der profiliertesten Klassikinterpreten weltweit lesen sich spannend und amüsant zugleich, geben sie doch auch Einblick in das sehr persönliche Leben des großen Künstlers. Illustriert ist das Buch mit 150 ausdrucksvollen Fotos, die größtenteils aus den privaten Fotoalben stammen und hier erstmals veröffentlicht werden, eine ideale Ergänzung zu der 2004 bei Ullstein erschienen Autobiographie „Die Stimme“. Michael Quasthoff schreibt einfühlsam und voller Humor über den kleinen Bruder, der so groß geworden ist, über seine Wahrhaftigkeit, seine unvergleichliche Ausstrahlung, sein Charisma, das ihn zu einem besonders liebenswürdigen Menschen macht. Entstanden ist eine Liebeserklärung der besonderen Art.

Pilgerfahrt zu einem Tempel

Von Christel Bethke

Nun freut sie sich doch, daß sie sich aufgerafft hat. Sonntags ist nicht gerade ihr Tag. Wie viele alte Leute ist Hilde immer froh, wenn er vorüber ist. Woran das wohl liegen mag? Heute aber ist alles anders. Das Wetter ist wunderbar mild, kaum ein Windchen weht. Kein Wunder, daß so viel Volk unterwegs ist. Alle pilgern in die gleiche Richtung, nachdem das Auto am Straßenrand abgestellt ist. Wohin die wohl gehen?

Da fällt ihr ein, es ist ja Sonntag! Natürlich, die Menschen gehen alle zur Kirche. Das ist doch nochmal was, denkt sie. Wie schön, daß auf dem Lande noch der sonntägliche Kirchgang gepflegt wird. Beruhigend. Aber wo ist denn die Kirche, der Glockenturm? Nichts zu sehen, nichts zu hören.

Als sie mit ihrem Rad um die Kurve steuert, sieht sie schließlich den angestrebten „Tempel“, der seine Pforten geöffnet hat. Der Parkplatz ist brechend voll. Limousine steht an Limousine, deshalb die an der Straße abgestellten Autos. Hier wird kein Gottesdienst zelebriert werden, sieht sie. Auf einem Aushang ist zu lesen, daß man in diesem Gourmet-Tempel frühstücken kann. Das heißt heute

Der Dichter Seume mußte vor dem Frühstück wandern

„Brunchen“. „Pro Person 18,50 Euro. Kinder bis zehn die Hälfte, all inclusive.“ Sicherlich ist damit Kaffee oder Tee gemeint, überlegt Hilde.

In rascher Fahrt überholt sie ein Taxi, das seine XXL-Gäste vor der Tür entläßt. Eine gewichtige Familie wird da mit fünf Personen frühstücken. Das sind ... umgerechnet ... Hilde! Laß das! Und sie hatte sich gestern noch überlegt, ob sie sich den „Spaziergang nach Syrakus“ leisten sollte. Schon zu Beginn – der Dichter ist in Triest angekommen – berichtet Seume seinem Freund, daß er vor dem Frühstück erstmal ein großes Stück wandern muß. Mit vollem Magen wäre er wohl nicht weit gekommen. Immerhin schaffte er es von Leipzig bis nach Sizilien. Syrakus eben.

Während sie weiterfährt, bringt ihr das Langzeitgedächtnis das Frühstück zu Hause in den Sinn: das vor die Brust gehaltene Brot, von dem Mutter die Kluften schnitt. Bloß nicht solche Fitzelchen. Dann mit dem Messer in den Steintopf mit Schmalz und aufgeschmiert. Bei Metachen kam der Topf gar nicht erst vom Tisch, und bei sechs Geschwistern fiel es gar nicht auf, wenn für die Freundin mitgeschmiert wurde. „All inclusive!“ Ob den „Brunchern“ das Brot auch so gut schmecken wird?

Wir haben uns doch sehr verändert, denkt Hilde, während sie weiterfährt.

Wie kommt das nur, daß dem Essen heute solch eine Bedeutung beigemessen wird? Damals gab es Regeln: Man sprach nicht von Geld und auch nicht vom Essen, schon gar nicht bei Tisch.

Vielleicht weil es kein Geld gab? Und was sollte man schon über die Hausmannskost sagen, die Mutter „kreierte“?

Probleme mit der Figur hatte keiner. Wenn man von dem kleinen Kartoffelbauch absah, waren alle rank und schlank, XXL unbekannt.

Heute muß man gewaltig aufpassen, damit einem kein X für ein U vorgemacht wird.

Na, Hildchen, gib Ruhe, fahr nach Hause und lies, wie Seume in Italien vor 200 Jahren bewirtet wurde.



Grausames Schicksal: Auch Kinder wurden von der unbarmherzigen Kriegsfurie und ihren Folgen nicht verschont. Foto: Archiv

Von Hildegard Eisold

Innerhalb weniger Stunden mußten wir gehen

Ein neunjähriges Mädchen erlebt Flucht und Vertreibung aus der Heimat Ostpreußen

Am 20. Januar 1945 klopfte es an der Fensterscheibe. Es wurde uns eine traurige Nachricht überbracht. Wir sollten am 21. Januar 1945 unsere geliebte Heimat, unser Dorf Siegersfeld, Kreis Lyck, verlassen. Selbst wir Kinder waren so aufgeregt, daß wir keinen Schlaf finden konnten. Es war eine unruhige Nacht. Hühner und Enten wurden geschlachtet und dann wurde gepackt. Zwei Leiterwagen wurden fertig gemacht. Auf den einen Wagen kam der große Teppich aus dem Wohnzimmer als Plane. Auf den Leiterwagen wurden dann die Sachen, die wir mitnehmen wollten, verstaut. Obenauf die Federbetten, in denen wir schliefen.

Der Treck fuhr über Mostolten auf der Straße, die von Lyck nach Arys führt. Unterwegs mußten wir oft anhalten, um die Soldaten, die auf dem Rückzug waren, vorbeizulassen. Wir Kinder lagen die meiste Zeit unter den Federbetten, denn es war bitterkalt. Viele Erwachsene sind neben den Wagen gegangen, um sich etwas warm zu laufen. Es war eine zermürbende Fahrt. Als der Russe unseren Treck schließlich doch einholte, hatten wir uns gerade in einem Haus einquartiert, um dort die Nacht zu verbringen. Wir haben mit der Familie G. im Schlafzimmer auf das Erscheinen der Russen gewartet, um uns mit erhobenen Händen zu ergeben. Durch das Schlafzimmerfenster konnte man sehen, wie die Russen die Treckwagen durchwühlten.

Die Polen, die lange auf unserem Hof gearbeitet hatten und die wir zum Lenken der Wagen mitgenommen hatten, freuten sich riesig, daß der Krieg zu Ende war. Sie nahmen unsere zwei Wagen, spannten die Pferde an und wollten wieder in ihre Heimat zurückfahren. Frau G. rief ihnen noch zu, sie sollten uns mitnehmen. Doch die Polen hörten nicht darauf. Dies war unser Glück, denn auf dem Heimweg sahen wir sie erschossen im Straßengraben liegen. Unsere ganzen Sachen lagen auf der Straße verstreut.

Als die Russen in das Schlafzimmer kamen, brachten sie uns mit vorgehaltenem Maschinengewehr in den Pferdestall. Dort verbrachten wir unter großer Angst die Nacht. Am nächsten Morgen kamen einige Russen in den Pferdestall und wollten uns erschießen. Zu unserem Glück erschien ein russischer Offizier, der die Soldaten zurechtwies und aus dem Stall warf. Dieser Offizier schrieb uns einen Zettel, auf dem stand, daß wir Polen wären und man uns ziehen lassen möge.

> Mit erhobenen Händen auf die Soldaten gewartet

Wir machten uns gleich auf den Heimweg. Die Strecke, die wir mit Pferd und Wagen zurückgelegt hatten, mußten wir jetzt zu Fuß gehen. Unterwegs fanden wir einen kleinen Schlitten, auf den wurde die fünfjährige Ilse gesetzt. Da wir alles verloren hatten, besaßen wir natürlich auch kaum warme Sachen. Mutti zog ihre warme Jacke aus und hängte sie Ilse um.

Als wir auf die Hauptstraße kamen, sahen wir das fürchterliche Elend. Viele Menschen waren erschossen und durch die Kälte ganz schwarz. Die Straßen waren übersät mit toten Menschen, Kleidung und Federn. Wir waren die ersten Deutschen, die der Russe eingeholt hatte, dementsprechend hatte er gewütet.

Unserer Mutter ging es von Tag zu Tag schlechter. Sie konnte sich kaum noch auf den Beinen halten. Ich bin mit ihr zurück geblieben. Mutti blieb oft stehen und wollte sich am liebsten in den Schnee legen. Ich habe sie immer weiter gezerrt und gebettelt, sie möge doch weitergehen, die anderen wären schon so weit voraus, daß man sie nicht mehr sehen konnte. Als wir von der Straße auf unseren Hof abbogen, sahen wir unser Wohnhaus in Schutt und Asche liegen. Wir sind dann weiter über unseren Hof und die Koppel zu unseren Nachbarn G. gegangen. Dort hat sich Mutti gleich hingelegt. Die Hände und Füße waren erfroren. Ich nehme auch an, daß sie an einer Lungenentzündung erkrankt war. Am 6. Februar gegen 0.30 Uhr ist sie dann von uns gegangen. Am nächsten Tag haben die Erwachsenen unsere Mutter in unseren Obstgarten gebracht. Alle Landwirte hatten einen Schützengraben ausheben müssen, in diesen Schützengraben wurde Mutters Leichnam gelegt.

Frau G. war nicht sehr erfreut, daß wir jetzt bei ihr waren. Edeltraut, damals elfeinhalb Jahre alt, hatte sich den linken Fuß erfroren. Die blau-schwarzen Zehen taten ihr sehr weh. Sie konnte nicht auftreten und lag die meiste Zeit im Bett. Eines Tages fing der Fuß an, fürchterlich zu stinken. Die erfrorenen Zehen waren in Verwesung übergegangen. Badewasser für Edeltrauts Fuß war aufgetauter Schnee. Eines Tages habe ich die abgefaulten Zehen mit dem Badewasser auf den Hof geschüttet ...

In Neuendorf wurde eine Kolchose eingerichtet. Die Deutschen mußten aus den leerstehenden Häusern und Stallungen Möbel, Getreide, Heu und was sonst noch zu finden war, zusammentragen und in Kisten verpacken. Diese Kisten wurden nach Rußland geschickt. Frau G. erzählte uns, Kinder dürften nicht nach Neuendorf. So waren wir drei Kinder von elfeinhalb, fast neun und fünfeinhalb Jahren allein in dem Haus auf dem Abbau. Mit meinen fast neun Jahren habe ich meine beiden Schwestern versorgt. Wir quartierten uns in der Küche ein. Über Nacht konnte ich einigermaßen das Feuer im Herd halten. Am Tag taute ich Schnee auf und kochte Klunkersuppe aus Mehl.

Nach kurzer Zeit wurden wir von einigen Russen doch noch nach Neuendorf gebracht. Dort waren natürlich viele Mütter mit ihren Kindern. Wir kamen zu einer Frau mit einem Kleinkind. Diese Frau hatte ein Verhältnis mit einem Russen, der sie mit Verpflegung versorgte. So hatten wir auch mehr zu essen. Im Frühjahr, als der Boden aufgetaut war, sind Frieda G. und ich nach Siegersfeld gegangen. Wir haben Muttis Grab zugeschaufelt. Der Hof lag so trostlos da, das abgebrannte Wohnhaus, die Stallungen leer, kein Mensch weit und breit.

Im Sommer hieß es: „Alle Frauen mit drei Kindern dürfen auf ihre Höfe zurück.“ Einer älteren Frau aus Kotten fiel ein, daß sie mit uns verwandt sei. Um wieder auf ihren Hof zu kommen, nahm sie uns zu sich.

Der Sommer verging. Dann hieß es, ein Transport nach Westen würde aufgestellt. Wir wurden in Güterwagen gepfercht. Häufig standen wir so dicht zusammen, daß ein Umfallen nicht möglich war. Es wurde eine lange Fahrt. Oft mußte die Fahrt unterbrochen werden, da die Gleise durch Bombenangriffe defekt waren. Tagsüber stand der Zug still, nachts fuhr er ganz langsam. So konnten die Russen und Polen aufspringen und unsere letzte Habe plündern. Manche Tage und Nächte stand der Zug auf offener Strecke. Die Frauen haben dann auf den Feldern geerntet, was zu ernten war. Sie haben Ziegelsteine zusammengestellt und Feuer gemacht.

> Alle Kinder hatten wegen der Läuse Haare lassen müssen

Mitte November sind wir in Ueckermünde in der sowjetischen Besatzungszone angekommen. Wir wurden in einem Kinderheim abgegeben. Dort wurde Ilse gleich isoliert. Es hieß, sie habe Typhus. Wir wußten drei Monate nicht, wo sie war und ob sie noch lebte. Wenn ich mal nachfragte, kannte sie keiner. Edeltraut kam wegen ihres Fußes in ein Krankenhaus. So waren wir drei dann doch getrennt. Edeltraut konnte ich besuchen. Ich wußte, wo sie war. Bloß die Ungewißheit über Ilses Verbleiben machte uns zu schaffen.

Im Kinderheim war es mit der Ernährung am schlimmsten. Weihnachten rückte immer näher. Es wurden Weihnachtslieder gesungen. Uns allen liefen bei den feierlichen Melodien die Tränen. Heiligabend gab es dann eine große „Bescherung“. Jedes Kind bekam ein halbes Brot. Das war für uns ein großes Geschenk. Wir hüteten die Kostbarkeit, teilten uns das Brot in kleine Portionen, um noch lange etwas davon zu haben. Wer nicht aufpaßte, mußte feststellen, daß sein Brot weg war. Von anderen Kindern gegessen.

Inzwischen hatten alle Kinder keine Haare mehr: Läuse. Jungen und Mädchen konnte man nur noch an den Kleidern voneinander unterscheiden. Zu den Läusen kam noch die Krätze. Wir haben uns alle gegenseitig angesteckt.

Eines Tages kam ein Kind zu mir und sagte: „Deine Schwester ist dort hinten im Zimmer.“ Ich lief gleich hin. Sie war, wie wir alle, sehr schmal und blaß geworden, auch sie hatte ihre Haare lassen müssen.

Um Ostern 1946 kamen zu unserer großen Freude meine Tante und mein Onkel, denen zu Ohren gekommen war, daß unsere Mutter in Siegersfeld verstorben war und wir auf uns allein gestellt waren. Sie haben uns durch das Rote Kreuz suchen lassen. Unser Vater hatte sich inzwischen aus englischer Gefangenschaft gemeldet. Langsam, ganz langsam, ging es wieder aufwärts.



Alles nur Illusion

Was ist Vermögen?

Er ist ein Geschichtenerzähler, ein Illusionist und ein Aufklärer – der 1963 geborene Autor Florian Felix Weyh. In „Vermögen – Was wir haben, was wir können, was wir sind" zeigt er seinen Lesern auf, was in unserer Welt von Wert ist und was es zu unserer eigenen Verwirrung nicht ist. Anhand lebensnaher Fallbeispiele führt er nachvollziehbar in seine nach Themen gegliederten Kapitel ein. Ob Geld, Wohneigentum, persönliche Fähigkeiten, Familie und soziale Netzwerke, der Autor führt auf interessante Weise Vermögenswerte vor, die wir bisher nicht immer als solche betrachtet haben.

„Eine Waschmaschine, ein Kühlschrank, ein Bügeleisen, ein Mixer, ein Haartrockner, ein Tauchsieder, ein Entsafter, ein Staubsauger, eine Wäscheschleuder, ein Herd – jedes Gerät verkörpert ein Privileg! Zumindest in der Vorstellung des Fürther Versandhauses ‚Quelle', das aus dem Bewußtsein der Zeit heraus 1965 dieses Wort zum Warenzeichen anmeldete und fürderhin auf jedes Haushaltsgerät pappte. Frauen, die bei ‚Quelle' einkauften, konnten sich privilegiert fühlen. Vorbei die Zeiten, in denen ihnen Knochenarbeit in Küche, Haus und Garten zugemutet wurde, die Freizeitgesellschaft stand vor der Tür." So ist also Freizeit ein Vermögenswert, den viele heute gar nicht mehr zu schätzen wissen, da sie aufgrund des Mangels an Wissen über die Vergangenheit Freizeit als selbstverständlich ansehen.

Anhand von drei jungen Leuten, die auf dem Flohmarkt die für sie uninteressanten Gegenstände aus der Wohnung und dem Leben ihrer verstorbenen Eltern verkaufen, macht der Autor deutlich. Was für den einen Ramsch ist, ist so für den anderen hochgradig von Interesse.

Hingegen bei Grundstücken und Häusern denken die meisten, daß deren Wert viel eindeutiger sei, doch dies sei Illusion, wie der Berliner Journalist anhand zahlreicher Beispiele spielerisch erklärt. Und während viele bei Vermögen hauptsächlich an Geld, Grundstücke und Aktien denken, geht Weyh deutlich weiter, und so ist auch ein religiöser Glaube bei ihm von Wert, denn wem dieser Glück und Sicherheit vermittelt, so sei der Gläubige reicher als der unzufriedene Ungläubige.

Florian Felix Weyh entlarvt auch das menschliche Denken. „Es muß eine Altbauwohnung sein! Diese vier Meter hohen Decken mit Stuckrosetten in der Mitte ... Vor allem für Akademiker verkörpert der Altbau – original Kaiserreich, also nicht jünger als 1918 – den Traum gediegener Bürgerlichkeit bei gleichzeitigem Bruch mit derselben. Man kann darin quasi ironisch wohnen, indem man das weitläufige Parkett, die Erhabenheit der hohen Zimmerdecken ... genießt wie weiland Kommerzienrat Treibel, doch viel lässigere ... Umgangsformen darin praktiziert."

Selten haben Vermögensfragen so viel Spaß bereitet! *Bel*

***Florian Felix Weyh: „Vermögen – Was wir haben, was wir können, was wir sind"**, Eichborn, Frankfurt / M. 2006, geb., 19,90 Euro, Best.-Nr. 6006*



Gewalt zur Kommunikation

Lexikon definiert Terrorismus und zeigt seine Varianten auf

Auch wenn in letzter Zeit keine größeren Selbstmordanschläge den Westen erschüttert haben und die Täter sich derzeit darauf konzentrieren, in ihren Heimatländern für Unruhe zu sorgen, so dürfte es sich doch nur um eine Ruhe vor dem Sturm handeln, bevor die Terroristen ihr Augenmerk wieder dem Westen zuwenden. Für jene, für die „Aus dem Auge – aus dem Sinn" nicht gilt, ist „Das Terrorismuslexikon – Täter, Opfer, Hintergründe" zu empfehlen. Wilhelm Dietl, Kai Hirschmann und Rolf Tophoven informieren hier umfassend über eine gewaltsame Konfrontation, die bisher auch im Westen Leben gekostet hat. Doch von Krieg könne man nicht reden. Die „klassische sicherheitspolitische Konstellation ‚Staat gegen Staat'" spiele heute nur noch eine geringe Rolle. So stellten im Irak zwar noch die USA den größten Truppenanteil, gleich danach kämen aber Söldner, die bei privaten Sicherheitsagenturen für die westlichen Geldgeber arbeiteten. Diese aus vielen Nationen stammenden Angestellten versuchten, die Attentate von religiös motivierten Terroristen zu verhindern, die wiederum nirgendwo gemeinschaftlich staatlich zu verorten seien. Bei Terroristen handle es sich also keineswegs um Freiheitskämpfer. „Der Guerillakampf ist eine militärische Strategie, die auf räumliche Einkreisung und Beseitigung des Gegners abzielt. Hierbei geht es darum, mehr und mehr Städte und Regionen zu erobern, bis schließlich der Gegner kein Machtgebiet mehr beherrscht. Im Gegensatz dazu stellt Terrorismus eine Kommunikationsstrategie dar, die Gewalt verwendet, um eine psychologische Öffentlichkeitswirkung zu erzielen." Während die einen also den Raum besetzten, hätten es die anderen auf das Denken abgesehen.

Detailliert geht das Autoren-Trio daran, die Veränderungen im Terrorismus von den Zeiten der Französischen Revolution bis heute zu kennzeichnen. Vom ethno-nationalen, über den ideologisch-weltanschaulichen, den sozial-revolutionären hin zum ideologisch-religiösen, heute islamisch motivierten Terrorismus erläutern die Terrorismusexperten Dietl, Hirschmann und Tophoven die verschiedenen Abstufungen. Schon in den 70er Jahren hätten die ersten Terroristen erkannt, wie man sich die Medien zunutze machen könne. Heute habe sich die Frequenz der Medien stark erhöht, jeder Sender sei froh über Nachrichten, mit denen er seine Sendungen konkurrenzfähig füllen könne und so erhielten Führerfiguren wie Osama bin Laden eine Art Popstar-Status.

Da in dem umfangreichen Werk keineswegs nur islamischer Terroristen betrachtet werden, sondern auch IRA, ETA, RAF, Hamas und viele andere in ihrem Tun, Aufbau und Personal vorgestellt werden, ist „Das Terrorismuslexikon – Täter, Opfer, Hintergründe" sehr aufschlußreich. *R. Bellano*

***Wilhelm Dietl, Kai Hirschmann, Rolf Tophoven: „Das Terrorismuslexikon – Täter, Opfer, Hintergründe"**, Eichborn, Frankfurt / M. 2006, geb., 455 Seiten, 24,90 Euro, Best.-Nr. 6007*



Nach-Wende-Zeit in Fotos

Bildband dokumentiert Menschen an ihren Arbeitsplätzen

Die Fotografin Angelika Kampfer hatte 1990 eine sehr gute Idee, für deren Umsetzung sie Zeit brauchte. Herausgekommen ist ein Fotodokument, das zahlreiche Bewohner der neuen Bundesländer zeigt. Das besondere hieran ist, daß die Fotografin ein und die selben Personen dreimal besucht und abgelichtet hat: Die ersten Besuche waren direkt nach der Wende 1989 und 1990. Hier machte sie Aufnahmen von den Personen an ihren damaligen Arbeitsplätzen und befragte sie nach ihrer Meinung zur Wende. Das gleiche wiederholte die 1960 Geborene 1992 und 2005.

Herausgekommen ist ein ungewöhnlicher Bildband, der dokumentiert, was aus den Menschen, die absolut willkürlich ausgewählt wurden, geworden ist. Wer von ihnen hat noch einen Job, wer bewertet die Wiedervereinigung positiv, wer negativ?

„Früher hieß es ‚Beschäftigung', jetzt macht man ‚Projekte'", so die 1956 geborene Kindergärtnerin Ingrid Piesker, die noch heute in ihrem Beruf tätig ist, und die keine allzu markanten Einschnitte erlebt hat. Allerdings würde es jetzt deutlich weniger Kinder geben, so die Reichwalderin. Einige der Fotografierten sind inzwischen in Rente, einer verstorben, andere arbeitslos im beziehungsweise nur geringbeschäftigt. Trotzdem ist man überrascht, daß die Mehrheit einen Job hat, mit dem sie teils zufriedener ist, als vorher. Dieses Fazit überrascht, glaubt man doch im Westen, daß die Bewohner der neuen Länder fast alle arbeitslos und unzufrieden seien. Angelika Kampfer dokumentiert also nicht nur, sondern informiert auch. *R. B.*

***Angelika Kampfer: „Übergänge"**, Böhlau, Weimar 2006, 110 Seiten, 19,90 Euro, Best.-Nr. 6008*

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, zu beziehen.



Gott kehrt zurück

»Cicero«-Chef sieht die Religion wieder weltweit an Wertschätzung gewinnen

Dieses Buch beginnt mit einem Paukenschlag: „Das 21. Jahrhundert wird ein Zeitalter der Religion. Gott kehrt zurück, und zwar mit Macht – im doppelten Sinne des Wortes." Daß das Pendel wieder zurück schlägt und die Religion selbst im agnostischen Europa wieder zu neuer Blüte kommt, davon legt Wolfram Weimer Zeugnis ab in seinem Buch „Credo – Warum die Rückkehr der Religion gut ist". Weimer ist der Kopf der Zeitschrift „Cicero" und war zuvor unter anderem Chefredakteur der „Welt". Sein neues Werk nennt er selbst ein „Traktat". Sicher, den Weg zum Glauben wird man bei der Lektüre nicht finden. Weimer liefert keine Begründung dafür, warum es Gott oder ein Leben nach dem Tode gibt. Er argumentiert pragmatisch und untersucht, welche Bedeutung es für uns alle haben kann, wenn die Religion sich im politischen Raum zurückmeldet.

Die Rückkehr der Religion in den islamischen Ländern ist mit Vorsicht zu genießen, da sie oft gepaart ist mit Antisemitismus, Feindschaft gegenüber Israel, Intoleranz gegenüber anderen Religionen und politischer, wirtschaftlicher und technologischer Rückständigkeit. Es ist wohltuend, daß Weimer nicht für den fragwürdigen „Dialog der Kulturen" oder Religionen eintritt, wie ihn die Islamisten und die westlichen Friedensfreunde verstehen. Oft läuft das nämlich nach dem Motto: Die Christen tolerieren alles, während die Muslime sich mit Vorliebe in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlen.

Das Europa des 20. Jahrhunderts hat die Welt gelehrt, daß „ohne Gott die politischen Katastrophen noch teuflischer geworden" sind. Weimer spielt hier auf die großen Gegenreligionen des Faschismus / Nationalsozialismus und des Kommunismus an. Deutlich wird die politische Wiederkehr der Religion vor allem in Amerika. Vielleicht hätte der „Cicero"-Chef etwas deutlicher darlegen können, daß die „christliche Rechte" in den USA zwar nicht mit Islamisten in einen Topf geworfen werden darf. Es gehört jedoch auch zur Wahrheit, daß man das Glaubensbekenntnis dieser Gruppierung häufig mit den Worten Bigotterie, Arroganz und Provinzialismus umschreiben kann, ohne gleich in den Chor des Antiamerikanismus einzustimmen. Auch den Siegeszug evangelikaler Sekten in Südamerika sollte man durchaus mit einer gewissen Distanz betrachten und nicht sogleich als Mehrwert abbuchen. Ob der deutsche Katholizismus der Weisheit letzter Schluß ist, darf hinterfragt werden.

Weimer formuliert sehr plastisch, daß die Religion „den politischen Raum durch die Tür Amerikas wieder betrat". Schon für Tocqueville sei Amerika „ein Ort der Welt" gewesen, „wo die christliche Religion am meisten wirkliche Macht über die Seelen bewahrt hat ... hier verschmilzt die Religion mit allen nationalen Gewohnheiten und vaterländischen Gefühlen; das verleiht ihr eine besondere Kraft". Selbst im „alten" säkularisierten Europa tut sich was, und zwar nicht nur in Mittel- und Osteuropa. Das Verhältnis der religionsoffenen Europäer – das sind natürlich nicht durchweg fleißige Kirchgänger – zu den Ablehnenden ist heute bei 80 zu 20. Ohne die christlichen Impulse würden unsere „großen Ethos-Debatten der Medizin und der Naturwissenschaften" verarmen. Ob menschliches Klonen oder „Euthanasie": Gott sei dank wird unser Umgang mit diesen Fragen nicht nur von häufig engstirnigen Forschern bestimmt, die in Bezug auf die Religion völlig unmusikalisch sind. Würden sich die Kirchen in Deutschland nicht mit Vehemenz für die sogenannten „Schwachen" in der Gesellschaft einsetzen, sähe es um die Rechte der Behinderten und alten Menschen anders, und zwar schlechter aus. Dazu Weimer: „Die Deutungsmacht der Naturwissenschaften und die zivilisatorische Gewalt des Materialismus werden auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Grundfragen unserer Identität nicht wissenschaftlicher oder ökonomischer Natur sind, sondern aus Religion, Ethik, Tradition und Kultur gebildet werden."

Die christliche Religion verträgt sich gut mit der westlichen Lebensform und der Demokratie. Nietzsches Schmähung „Die Demokratie ist das vernatürlichte Christentum" sollten wir also als unfreiwilliges Kompliment verstehen. Außerdem gewähre sie, so argumentiert der Verfasser, einen sichern Halt in Zeiten stürmischer Veränderungen. Religion im Zeitalter der Globalisierung bietet Heimat und Schutz. Unsere irdischen Sorgen sind nicht alles, so die beruhigende Erkenntnis. So ist es längst erwiesen, daß „gute" Christen in der Regel auch die „besseren" und gesetzestreueren Bürger und die gesünderen und fröhlicheren Menschen sind. Wer das für banal oder lächerlich hält, kann sich ja weiter in seiner religionslosen Miesepetrigkeit ergehen. Die Vorgänge hinter dem Eisernen Vorhang haben außerdem gezeigt: „Religion läßt Angst überwinden und kann Diktaturen zu Fall bringen."

Den Dialog der Kulturen entlarvt Weimer denn auch als ein „Alles-wird-gut" für die Weltpolitik, als einen Fetisch der Selbstberuhigung. Dem Dialog der Kulturen müsse folgerichtig eine Mobilisierung der eigenen Kultur vorausgehen.

Weimers Streitschrift liest man mit Gewinn, ob man nun an Gott glaubt oder nicht. Kritik im einzelnen ist angebracht. So ist der Satz, wonach die Islamisten allen anderen ihre Gottheiten zurückbomben, doch sehr mißverständlich. Wer nur glaubt, um gegen die neuen Feinde der Freiheit bestehen zu können, sollte es besser bleiben lassen. Religion sollte das eigene Leben bereichern und die Menschen glücklicher machen. Wenn es sie auch noch politisch vernünftiger und demokratisch wehrhafter macht: Wer kann etwas dagegen haben? *Ansgar Lange*

***Wolfram Weimer: „Credo – Warum die Rückkehr der Religion gut ist"**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2006, 80 Seiten, 9,90 Euro, Best.-Nr. 6009*



Buntes Potpourri

Menschen in Indien

Bombay, eine großartige facettenreiche Stadt, das indische Hollywood, besser bekannt unter dem Namen Bollywood, welches auch häufig als Mumbai betitelt wird.

Altaf Tyrewala gewährt dem Leser in seinem Debütroman „Kein Gott in Sicht" einen Einblick in das Leben einiger (fiktiver) Einwohner dieser kontrastreichen Großstadt.

Der Roman beginnt in der Praxis eines Abtreibungsarztes und endet auch dort. „Ich mache Abtreibungen. Ich habe eine Privatpraxis in einer schäbigen Seitengasse von Colaba. Im stählernen Innenleben von Zügen, die im Schneckentempo auf der Harbour Line dahinkriechen, liegen Handzettel, die in fehlerhafter Rechtschreibung meine Dienste anpreisen. Jeden Tag habe ich ein bis zwei Patientinnen. Traurige Fälle, zornige Gesichter, beschämte Frauen, gleichgültige Männer, schwellende Bäuche, ein Schnitt, Tränen, und alle gehen zufrieden nach Hause."

Von der von ihrem Freund Kasim schwangeren Minaz, über die Mutter des Abtreibungsarztes, die, um für ihren Sohn Buße zu tun, nach Mekka reiste und dort in der Menge zertrampelt wurde, über deren Mann, der seine Arbeit verlor, da sein Arbeitgeber in die USA emigrierte und viele viele andere einander völlig unähnliche Menschen handeln Tyrewalas Erzählungen.

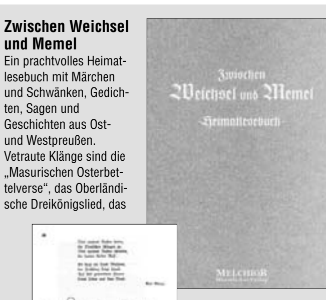
Da wären zum Beispiel noch die verfressene, aber begehrte Heiratsvermittlerin Jeyna-bi, der Geschäftsmann Rahul Adhikari, der in seiner sterilen Managerwelt mit Aufzügen aus Glas und Klimaanlagen lebt und krampfhaft versucht die Augen vor dem wirklichen Bombay, der Armut und dem Schmutz, zu verschließen, sowie Badru Nawaz, der unbelehrbare Betelblatthändler, der immer den Weg des geringsten Widerstandes wählt.

„Eines Tages werde ich ganz rot sein. Nicht wie die Roten in Bengalen. Nein, buchstäblich! Eines Tages wird die rote Farbe von Khatta sich ausbreiten, von meinen Fingernägeln zu den Handflächen, alles bedecken ... Geschieht mir recht, denn ich verkaufe Betelblätter. Macht doch süchtig, das Zeug. Es scheint, als würden die Frauen im Viertel extra Söhne gebären, damit die, wenn sie erwachsen sind, den ganzen Tag wie Jammerlappen an meiner Bude herumhängen ... Nur ganze zwei Scheinchen für so einen Kick, wer würde da nicht jeden tristen Tag immer mehr wollen?"

Alles in allem beinhaltet das Buch ein buntes Potpourri an unterschiedlichsten Charakteren und verschiedensten Lebenssituationen. „Kein Gott in Sicht", ein sehr interessanter Roman, der durch Altaf Tyrewalas unkonventionelle Erzählweise einfach erfrischend anders ist. *A. Ney*

***Altaf Tyrewala: „Kein Gott in Sicht"**, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2006, 184 Seiten, 19,80 Euro, Best.-Nr. 6010*

Zwischen Weichsel und Memel
Ein prachtvolles Heimatlesebuch mit Märchen und Schwänken, Gedichten, Sagen und Geschichten aus Ost- und Westpreußen. Vetraute Klänge sind die „Masurischen Osterbetelverse", das Oberländische Dreikönigslied, das das ein oder andere Gedicht oder Vers, auch selbst in Mundart, noch aufsagen.

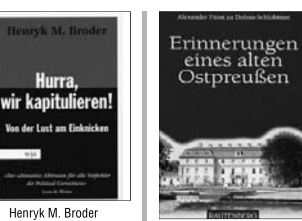


Gedicht „De Fos on de Hahn" und die Sage von den Riesen am Frischen Haff.
Teilweise im Volksmund erzählt, ist dieses hübsche Büchlein eine zauberhafte Rückschau in die Schulzeit in Natangen, Masuren, dem Samland oder dem Memelgebiet. Hier werden alte Erinnerungen auf besondere Weise lebendig und so mancher Leser kann

Geb., 52 Seiten, Format: 14 x 21 cm, Reprint der sOriginalausgabe von 1925, 42 Zeichnungen
Best.-Nr.: 4813, € 9,95



Hans-Joachim Selenz
Schwarzbuch VW
Wie Manager, Politiker und Gewerkschafter den Konzern ausplündern
Kart., 224 Seiten
Best.-Nr.: 4822, € 14,90



Henryk M. Broder
Hurra, wir kapitulieren!
Der ultimative Albtraum für alle Verfechter der Political Correctness
Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 5846, € 16,00



Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten
Erinnerungen eines alten Ostpreußen
Geb., 384 Seiten, 66 Abbildungen
Best.-Nr.: 1211, € 14,95




Marita Vollborn, Vlad D. Georgescu
Die Joghurt-Lüge
Die unappetitlichen Geschäfte der Lebensmittelindustrie
Kart., 336 Seiten
Best.-Nr.: 5974, € 19,90

Reise in ein fremdgewordenes Land
Ostpreußen
Ermland und Masuren

2 Dokumentarfilme des SFB (rbb media) aus 2001/2002
„Ostpreußen – Reise in ein fremdgewordenes Land"
Eine Reise in das nördliche Ostpreußen ist heute eine Reise nach Russland und Litauen. Noch vor zehn Jahren war der Weg nach Königsberg nur mit besonderer Genehmigung möglich.
Spieldauer: ca. 45 Minuten, Produktionsjahr: 2001 (RBB Media GmbH)
„Ostpreußen – Ermland und Masuren"
Der Film zeigt die wichtigsten Orte mit ihren schönsten Sehenswürdigkeiten. Die Reise führt über Allenstein, das „Gut Gartenpungel", über Nikolaiken, Mohrungen, Sorquitten, das Kloster „Heilige Linde", Hohenstein, Elbing, Marienburg, Frauenburg und zur ehemaligen Bunkeranlage „Wolfschanze" in Rastenburg.

Spieldauer: ca. 45 Minuten, Produktionsjahr: 2002 (RBB Media GmbH)
Bonusfilm: „Ostpreußen – Reise in die Vergangenheit"
Der Film zeigt in wunderschönen historischen Aufnahmen aus den 30er und 40er Jahren Ostpreußen wie es einmal war: das Torfmoor bei Tawellingken, Felder und Siedlungen bei Trapphöhnen, der Hafen von Memel, die Ostmesse in Königsberg, der Oberländische Kanal, der verlandende Drausen-See, Flößer bei der Arbeit u.v.m.
Spieldauer: ca. 20 Minuten, Produktionsjahr: 2006



Gesamtlaufzeit: 90 Minuten
Farbe + 20 Minuten Bonusfilm Schwarzweiß
Best.-Nr.: 5995, € 12,95



Peter Scholl-Latour
Russland im Zangengriff
Putins Imperium zwischen Nato, China und Islam
Geb., 432 Seiten, m. 16 S. Farbabbildungen u. Karten
Best.-Nr.: 5929, € 24,90

Günther H. Ruddies
Hochzeit auf ostpreußisch
und andere Geschichten aus dem Bernsteinland
Geb., 221 Seiten
Best.-Nr.: 5755, € 9,90

Hans Deichelmann
Ich sah Königsberg sterben
Das Leiden und Sterben der zurückgebliebenen deutschen Bevölkerung, Kart., 288 Seiten
Best.-Nr.: 1040, € 15,50

Georg Meck
Das Geld kriegen immer die anderen
Wofür arbeiten wir eigentlich? Eine Abrechnung
Kart., 168 Seiten
Best.-Nr.: 5983, € 14,90

Buch der Woche



Heinz Küster
Die Hölle zwischen Elbe und Oder 1945
Kriegserinnerungen

Heinz Küster, Jahrgang 1927, meldete sich mit 16 Jahren freiwillig zur Luftwaffe. Nach bestandener Pilotentauglichkeitsprüfung wurde er Anfang Dezember 1944 zur Luftwaffe eingezogen und Ende Dezember zu den Fallschirmjägern abkommandiert. Anschaulich schildert Küster das Inferno, in das die tapferen, jedoch kampfunerfahrenen jungen Soldaten im westlichen Westerwald geschickt wurden. Gemeinsam mit einem Kameraden gelang es ihm immer wieder, der Gefangennahme zu entgehen und sich überwiegend zu Fuß bis nach Brandenburg / Havel durchzuschlagen, wo sie Anfang April 1945 eintrafen und sich in einer Fallschirmjäger- Garnision meldeten. Am 24. April 1945 kam Küsters Bataillon zum Kampfeinsatz. In härtesten und verlustreichen Straßenkämpfen leisteten sie den Sowjets erbitterten Widerstand. Erst am 3. Mai zogen sich die erschöpften Wehrmachtssoldaten zurück. Am 9. Mai gerieten sie in amerikanische Gefangenschaft. Bereits am 10. Mai schickten die Amerikaner mehr als 300.000 Wehrmachtsangehörige, darunter auch Küsters Einheit über die Elbe zurück zu den Sowjets. Nun begann für Küster und seine Kameraden das Martyrium der russischen Gefangenschaft in Frankfurt/ Oder. Ab Anfang August wurde der Siebzehnjährige einem Minensuchkommando im Oderbruch zugeteilt. Eindrucksvoll beschreibt er diese Leidenszeit, in der fast täglich Gefangene, die mit primitivsten Mitteln Minen räumen mußten, in den Minenfeldern getötet oder grausam verstümmelt wurden. Körperlich ausgemergelt und seelisch zerrüttet wurde Küster schließlich in ein russisches Lazarett eingeliefert und Ende Dezember 1945 entlassen.
Geb., 268 Seiten
Best.-Nr.: 5107, € 16,80



Kinderland am Pregelstrand
Königsberger Heimatfibel – Erstes Lesebuch für die Kinder Königsbergs
Nachdruck der Originalausgabe von 1927
Kart., Kart., 80 Seiten
Best.-Nr.: 5378, € 9,95



Jürgen Roth
Deutschland-Clan
Deutschland im Griff einer korrupten Elite.
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 5505, € 19,90

Roswitha Gruber
Großmütter erzählen
Geschichten aus der alten Zeit
Geb., 240 Seiten
Best.-Nr.: 5933, € 9,95

Sonderangebot!



Fried von Bartocki / Klaus von der Groeben
Adolf von Bartocki
Das Lebensbild des ostpreuß. Oberpräsidenten, Kart., 201 Seiten
Best.-Nr.: 5892, Nur noch € 2,95



Klaus von der Groeben
Das Land Ostpreußen
Selbsterhaltung, Selbstgestaltung, Selbstverwaltung 1750–1945, Kart., 334 Seiten
Best.-Nr.: 5893, Nur noch € 4,95

Super-Sonder-Angebot: jedes Buch

Mängelexemplare



Hildegard Ratanski
Getränkte Erde – Lebenerinnerungen einer Ostpreußin
Kart., 175 Seiten
Best.-Nr.: 5679
statt € 8,90 - Ersparnis 66 %



Waltraud Hansen
Die Erde liegt unter den Füßen der Mutter
Lebensbericht einer Mutter von 13 Kindern
Kart., 142 Seiten
Best.-Nr.: 5680
statt € 8,40 - Ersparnis 64 %



Johanna Tuliszka
Und weidet mich auf einer grünen Aue
Erinnerungen einer Berlinerin, aus dem Jahrgang 1923
Kart., 620 Seiten
Best.-Nr.: 5712
statt € 24,00 - Ersparnis 87 %

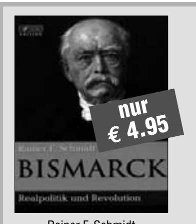
Herbert Finck
Geopferte Jugendjahre
Als Kriegsgefangener in Italien, Nordafrika, den USA und England
Geb., 172 Seiten
Best.-Nr.: 5716
statt € 9,90 - Ersparnis 70 %



Helmut Luther
Friedrich Karl von Preußen
Das Leben des roten Prinzen
Kart., 320 Seiten
Best.-Nr.: 5168
statt € 9,90 - Ersparnis 30 %



Joachim Fest
Ich nicht
Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend
Geb., 366 Seiten
Best.-Nr.: 5797, € 19,90



Rainer F. Schmidt
Bismarck
Realpolitik und Revolution
Geb., 335 Seiten
Best.-Nr.: 5809, nur € 4,95



Erich Valentin
Mozart
Eine Biographie
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 5833, nur € 4,95



Max Kerner
Karl der Große
Leben und Mythos
Geb., 303 Seiten
Best.-Nr.: 5882, nur € 4,95



Dietrich Gronau
Luther
Revolutionär des Glaubens
Geb., 202 Seiten
Best.-Nr.: 5881, nur € 4,95



Michael A. Hartenstein
Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie
„Westverschiebung" und „Umsiedlung" – Kriegsziele der Alliierten oder Postulat polnischer Politik?
Best.-Nr.: 5996, € 24,90





George P. Gooch
Friedrich der Große
Preußens legendärer König
Geb., 443 Seiten
Best.-Nr.: 5832, nur € 4,95



Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Fax: 040 / 41 40 08 58 · Tel: 040 / 41 40 08 27
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4.00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.
02/07

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

Von Bernhard Knapstein

Heißen wie bei den Preußen

Alte deutsche Vornamen sind wieder im Kommen

Preußen ist bei deutschen Eltern wieder aller Ehren wert. Zumindest, wenn man die Wahl der Vornamen der 2006 geborenen Kinder heranzieht: Friedrich, Louis, Ferdinand und Luise – das sind beliebte Kindernamen. Doch auch sonst tauchen doch tatsächlich unsere Groß- und Urgroßmütter und -väter wieder auf: Emma, Elisabeth, Viktoria, Franz, Justus, Ludwig, Siegfried, Waldemar, Karl, Veronika, Henriette und Magdalena heißen viele der im Vorjahr registrierten Kinder, oder ihre Vornamen sind von ähnlicher „Reife". Die Namen rangieren in der oberen Hälfte von 400 vergebenen Plätzen der Statistiker. Das gilt freilich nicht für alle Namen. Die meisten Nibelungen etwa, darunter Brunhilde, Fredegunde, Kriemhild und Giselher, bleiben weiterhin unter der Wahrnehmungsgrenze.

Dennoch, junge Eltern haben 2006 offensichtlich mehr Mut zu Vornamen, die hierzulande vor 100 Jahren gebräuchlich waren. So demonstriert zum Beispiel unser Nationaltorhüter Jens Lehmann Sinn für Tradiertes, indem er seine Tochter Lieselotte nannte. Und überhaupt, wer im letzten Jahr zur Fußball-WM das Fähnchen heraushängen ließ, der hat auch keine Angst vor Adolf mehr. Jedenfalls vergaben Eltern diesen seit 1953 aus naheliegenden Gründen fast überhaupt nicht mehr gewählten Namen wieder häufiger als zweiten Vornamen. Die Vergabe eines zweiten Vornamen ist generell wieder salonfähig geworden – jedes dritte Kind hat mehrere Vornamen.

Der Kelkheimer Zukunftsforscher Eike Wenzel erklärt sich den Aufschwung traditioneller Vornamen mit der unverdient unter Kanzler Schröder eingekehrten neuen Bürgerlichkeit. „Es hat mit der Renaissance der Werte und der Rückkehr zur Normalität zu tun", so Wenzel gegenüber dem österreichischen „Kurier".

Das Phänomen geht von Akademikern aus, die das Ungewöhnliche und Individuelle schätzen, ohne das Traditionelle abzulehnen, so die Vermutung der Leipziger Namensforscherin Gabriele Rodriguez. Auch die Welle der angloamerikanischen Namen – Tim, Kevin, Mandy und Nancy sind vor allem in Mitteldeutschland noch immer beliebt – hat wohl zu der neuen Gegenentwicklung geführt.

Einen wichtigen Anteil an dem Aufschwung alter Namen haben vor allem auch die oft kinderreichen rußlanddeutschen Familien, deren Bodenständigkeit sich in der Namenswahl widerspiegelt. Waldemar, Herbert, Emma und Helene tauchen hier häufiger auf. Doch manche Kinder werden auch heute noch mit Namen ungewollt gestraft: Cheyenne hat es bei den Mädchen auf Platz 140 und Sydney auf Platz 164 gebracht. Doch auch bei den Jungs gibt es viele, die auf die Namen Ben (Platz 22), Marvin (33), Kevin (34), Nick (49), Tyler (88), Connor (119) oder Lennox (148) hören sollen. Natürlich ist die Namenswahl Geschmackssache und zudem oft auch auf persönliche Erfahrungen mit Trägern der gewählten beziehungsweise der nicht gewählten Namen zurückzuführen. Doch nicht alles ist erlaubt. So darf man seinen Sohn nicht mit dem ersten Vornamen Pumuckl nennen. Der Name Pepsi-Cola ist – das ist amtlich – ganz verboten. Die Standesämter lehnen Namenseinträge ab, wenn das Wohl des Kindes durch den Namen beeinträchtigt wird. Nur gut gemeint hat es ein Berliner Familienvater, der dem Standesbeamten einen lebenden Träger mit einem besonderen Vornamen vorweisen konnte. Sein Sohn hört nun auf den Namen „Björn-Noah et omnes sancti" (und alle Heiligen).

Vornamen mit „L" sind, waren und bleiben der Renner schlechthin. Davon zeugen allein unter den jeweils zehn beliebtesten Vornamen bei Jungen und Mädchen die vielen Träger der Namen Lukas, Leon, Luca, Luis, Leonie, Lea, Lena, Laura, Lara und Lilli.

Doch auch die anderen der bei Buben und Mädchen zehn häufigsten Vornamen, Tim, Paul, Jonas, Finn, Niklas, Anna, Hanna und Sara, zeigen eine Modeerscheinung: Vor allem kurze Namen mit nicht mehr als zwei Silben sind beliebt. Lediglich Emily, der achtbeliebteste Mädchenname, wagt sich bis zur dritten Silbe vor.

Biblische Namen wie Lea, Sara, Maria, Eva, Magdalena, Elisabeth, Rebekka, Judith und Salome oder bei den Buben Lukas, Paul, Jonas, Elias, Noah, Simon, David, Johannes und Jakob sind im Schnitt um rund zehn Plätze aufgerutscht.

Und zuletzt: Fast unbemerkt mit aufgerutscht – und daran erkennt man den Anteil türkischstämmiger Geburten – sind die Vornamen Ali (188) und Mustafa (187).



Die Söhne von Kronprinz Wilhelm (1882–1951): Friedrich, Hubertus, Louis Ferdinand und Wilhelm Foto: BpK

Das Ostpreußenblatt

Nr. 2 – 13. Januar 2007

MELDUNGEN

Protestjahr 2007

Königsberg – Die Kommunistische Partei in Königsberg hat für das neue Jahr eine Reihe von Protestaktionen angekündigt. Gerade in der Gebietshauptstadt hofft sie auf Unterstützung seitens der Bevölkerung. Vor allem gegen den Wegfall der Privilegien für Rentner und gegen soziale Einschnitte will man vorgehen. Je näher die Wahlen der Staatsduma rücken, desto häufiger sollen entsprechende Aktionen durchgeführt werden.

EU-Gelder für Magistrale?

Allenstein – Es besteht eine große Chance, daß Geld für den Ausbau der Staatsstraße Nr. 16, die West-Ost-Magistrale im südlichen Ostpreußen, zusammenzubekommen. Eine solche Information überbrachte der Vizeminister für Regionalentwicklung, Wladyslaw Ortyl, dem ermländisch-masurischen Woiwoden Adam Supel. Die Straße, die Deutsch Eylau, Osterode, Allenstein, Wartenburg, Bischofsburg, Sensburg, Nikolaiken, Arys und Lyck miteinander verbindet, wurde in die Liste des Reserve-Programms für Infrastruktur und Umwelt aufgenommen, was bedeutet, daß aus den EU-Geldern, die Polen in den Jahren 2007 bis 2013 erreichen werden, eine Finanzierung dieser Straße möglich sein wird. Da das Geld aus diesem Programm allerdings hauptsächlich für den Bau von Autobahnen verwendet wird, haben diese Vorrang.

Stürmisch ins neue Jahr

In Königsberg wurde die Neujahrstanne durch die Luft gewirbelt – Versorgungsprobleme

Von M. Rosenthal-Kappi

Während die Bewohner des nördlichen Ostpreußens noch wegen des Gaskonflikts zwischen Rußland und Weißrußland um ihre Strom- und Wärmeversorgung bangen mußten, kündigte sich schon neues Unheil in Form eines heftigen Unwetters an. In der Neujahrsnacht zog ein Hurrikan über das Königsberger Gebiet hinweg und richtete beträchtlichen Schaden an. Mit Windstößen von 25 Metern pro Sekunde riß der Sturm 53 Strommasten aus ihrer Verankerung und beschädigte einige Hochspannungsleitungen im gesamten Gebiet. In der Folge mußten die Bewohner einiger Dutzend Dörfer im Dunkeln sitzen. Auch in Königsberg hatten einige Häuser keinen Strom mehr.

Auf dem Hansaplatz in Königsberg, dem heutigen Siegesplatz, warfen Windböen die 18 Meter hohe Neujahrstanne um. Die Energieversorger bemühten sich, die Stromversorgung bis zum Abend

Hurrikan kappte Stromleitungen

wieder herzustellen und die Tanne neu aufzurichten, da sich am 1. Januar nach russischer Tradition die Menschen um die Neujahrstanne versammeln, wo dann der russische Weihnachtsmann „Ded moros“ mit seiner Begleiterin „Snegurotschka“ Geschenke an die Kinder verteilt. Das russische Weihnachtsfest wird am 6. Januar begangen.



Nicht immer nur stürmisch: Friedlicher Wintertag in Königsberg bei der Luisenkirche Foto: H. Lange

Trotz aller Bemühungen der Verantwortlichen blieben auch am 2. Januar einzelne Bereiche ohne Strom. Seit Jahren schon gibt es in jedem Winter Probleme mit der Energieversorgung im Königsberger Gebiet. Waren es zunächst veraltete Leitungen, Heizkessel und Umspannwerke, die dazu führten, daß Menschen in der Kälte ausharren mußten, liegen die Probleme heute eher im Bereich der Rohstoffversorgung. In Rußland wird Strom überwiegend aus Gas hergestellt. Zum Jahresende erklärte ein Vertreter von „Gasprom“, daß das Königsberger Gebiet ab dem 1. Januar möglicherweise nur noch die Hälfte der bisher gelieferten Gasmenge erhalten werde. Gründe dafür wurden nicht genannt, vermutlich sind aber Engpässe bei „Gasprom“ wegen erhöhter Exportverpflichtungen dafür verantwortlich. Der Krisenstab des örtlichen Energieversorgers „Jantarenergo“ traf zusammen und entschied, auf Ölreserven für die Wärmeversorgung zurückgreifen zu wollen. Es gebe keinen Grund zur Beunruhigung, da die Reserven ausreichend seien, niemand müsse frieren, hieß es.

»Gasprom« hatte Verteilungsprobleme

Insgesamt zeigt sich in diesen Hiobsbotschaften wieder einmal die prekäre Lage des nördlichen Ostpreußens, das – eingebettet zwischen seinen EU-Nachbarn – deren Abhängigkeit von der Zuverlässigkeit russischer Energieerzeuger und ihrer Partner teilt.

Vom Reich abgerissen und isoliert

Königsbergs Hafen zwischen den Weltkriegen: ein Spiegel der ostdeutschen Wirtschaft unter den Bedingungen des Versailler Vertrages

Von Stefan Kiekel

Als Hauptstadt der Provinz Ostpreußen war Königsberg traditionell eine Stadt des Handels und des internationalen Warenaustausches. Schon das erhalten gebliebene Rechnungsbuch aus den Jahren um 1391 des späteren Königs von England, Heinrich IV., der mehrere Monate in Königsberg weilte, berichtet vom Kauf von kostbarem Geschirr aus Zinn und Silber, spanischem Wein, niederländischen Spitzen und Pariser Spiegeln. Wie Danzig und Elbing war auch Königsberg als Hansestadt eingebunden in ein dichtes Geflecht von europäischen Wirtschafts- und Kommunikationsverbindungen, die sich durch den Bernsteinhandel bis in den Orient erstreckten. Vom Deutschen Orden von vornherein als Handelsstadt angelegt, vollzog sich die Entwicklung Königsbergs nicht nur als Bildungs-, Verwaltungs- und Militärmetropole im deutschen Osten, sondern vor allem auch als dessen zentraler Handelsort. Aus- und Einfalltor der Warenströme war seit jeher der Königsberger Hafen am Pregel, ein klassischer binnenstädtischer Hafen, wie er im Mittelalter das Zentrum so vieler Kaufmannsstädte der deutschen Hanse in Nordeuropa war.

Gelegen am tiefsten Punkt, den die Ostsee in das europäische Festland einschneidet, stellte der Königsberger Hafen die kürzeste Verbindung zu den Hauptgetreideausfuhrgebieten Rußlands sowie der Ostsee dar. So verdankte der Hafen seine Aufwärtsentwicklung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg vor allem seiner Funktion als Transithafen für russische Produkte. Damit lag das eigentliche Hinterland des Hafens weniger im deutschen Ostpreußen als im riesigen russischen Wirtschaftsgebiet bis zum Schwarzen Meer. Königsbergs ganzjährige Eisfreiheit und die bequemen Eisenbahnverbindungen in die Getreideanbaugebiete der Ukraine in Verbindung mit deutsch-russischen



Buntes Treiben: Hafenarbeiter laden Felle ab. Foto: Archiv

Handelsverträgen, die Königsberg tariflich russischen Häfen gleichstellten, trugen dazu bei, daß vor dem Ersten Weltkrieg ein beachtlicher Teil der Ausfuhren des Königsberger Hafens von insgesamt eine Million Tonnen russischer Herkunft war. Die wichtigsten Güter waren Getreide, Holz, Flachs und Hanf. Im Gegenzug war Königsberg der „Haushafen“ der west- und südrussischen Provinzen, die sich über den nach Westeuropa günstig liegenden Hafen mit Industrieprodukten, Kolonialwaren und auch Heringen versorgten.

Daneben war Königsberg Welthandelsplatz für russische Linsen, wobei sich die Königsberger Kaufmannschaft gerade auf diesem Gebiet durch Verbesserung der Sorten, durch Optimierung der Reinigung und Sortierung eine führende Stellung im Welthandel erarbeitete und Linsen geradezu zu einer Königsberger Spezialität machte.

Von großer Bedeutung für den Hafen war eine gut ausgebaute Binnenschiffahrt als Zubringer und Verteiler für den Seehandel von und nach Königsberg. Über Flüsse und Kanäle war der Pregel mit der Memel und damit mit dem russischen Binnenschiffahrtsnetz bis zum Schwarzen Meer verbunden. Der Anschluß an das Kanalsystem des Deutschen Reiches wurde durch das Frische Haff und die Elbinger Weichsel hergestellt.

Das Aufstreben des Königsberger Hafens, das 1913 in der beschlossenen Erweiterung des Hafens seinen Niederschlag fand, wurde vom Beginn und vor allem Ausgang des Ersten Weltkrieges jäh unterbrochen. Durch Federstrich verlor das Deutsche Reich in den Pariser Vorortverträgen von 1919 als Resultat der deutschen Niederlage die Provinzen Westpreußen und Posen, die an das neuentstehende Polen abgetreten werden mußten. Danzig wurde „Freie Stadt“, gehörte aber zollpolitisch zu Polen. Damit verlor Ostpreußen im Westen durch den „polnischen

Fortsetzung auf Seite 16

Vom Reich abgerissen und isoliert

Fortsetzung von Seite 15

Korridor" den direkten Landanschluß an das Reich. Als Litauen das Memelland in seinen Machtbereich eingliederte, ging Ostpreußen außerdem seiner ökonomisch so bedeutsamen Nachbarschaft zu Rußland verlustig, das als Verlierernation des Weltkrieges und in den Wirren des Bürgerkrieges steckend dem Auftauchen Polens und der baltischen Randstaaten auf der Landkarte tatenlos zuschauen mußte. Von einen Tag auf den anderen lag Ostpreußen als „Insel" inmitten polnisch und litauisch gewordenen Staatsgebietes, das sich zudem durch hohe Zollmauern von der Provinz abschottete. Die alten Handelsverbindungen nach Rußland, das nun keine direkte Grenze zum Deutschen Reich mehr hatte, waren zerrissen. Posen und Westpreußen als traditionelle Hauptabsatzgebiete ostpreußischer landwirtschaftlicher Produkte lagen nahezu unerreichbar hinter Grenzanlagen und Zollschranken. Kurzum: Der Versailler Vertrag hatte nicht nur ein riesiges Wirtschaftsgebiet mit eingespielten internationalen Handelsbeziehungen zerrissen, sondern auch das Gesicht Ostmitteleuropas komplett verändert. Das Hinterland des Königsberger Hafens, das vor dem Krieg bis zum Schwarzen Meer gereicht hatte, endete nun an der deutsch-polnisch-litauischen Demarkationslinie. Ergebnis der Versailler Grenzziehung war ein beispielloser wirtschaftlicher Niedergang Ostpreußens, der vor dem Hafen Königsbergs keinen halt machte. Die Zahlen verdeutlichen dies: Liefen 1913 noch rund 2250 Dampfer Königsberg an, so schrumpfte die Zahl 1924 auf 1200. Von den rund 500 000 Tonnen Getreide und Hülsenfrüchten, die vor dem Krieg umgeschlagen wurden, blieb nach Wegfall des russischen Hinterlandes nur knapp ein Zehntel, der Handel mit Flachs und Hanf kam nahezu völlig zum Erliegen. Die malerischen, in Holzfachwerk errichteten Speicherbauten am Pregelufer, die genauso altertümliche wie liebevolle Namen wie „Storch", „Pelikan", „Palmbaum" oder „Till Eulenspiegel" trugen, standen leer.

Das zweite Standbein des Hafens neben dem Getreidehandel, die Holzindustrie, stand zwangsweise still, als Litauen schon bald die Memel sperrte. Wurden vor dem Krieg noch 500 000 Tonnen Rundholz aus Rußland die Memel abwärts über den Pregel nach Königsberg geflößt und von dort nach Westdeutschland und England verschifft, kam der Strom nach 1919 schnell zum Erliegen.

Königsberg wurde zum passiven Empfänger von Waren

War das Mengenverhältnis von Einfuhr und Ausfuhr über See vor dem Krieg nahezu ausgeglichen, überrundete der Empfang von Gütern die Ausfuhr nach dem Krieg um mehr als das Doppelte: Der Hafen rückte als passiver Empfänger von Waren ins Abseits, ohne aktiv selber zu den Warenströmen beitragen zu können. Schiffe liefen den Hafen voll an und verließen ihn ohne Rückladung – eine Katastrophe für kühl rechnende Reeder und Schiffsmakler.

Auch die Struktur des Güterverkehrs hatte sich grundlegend durch den Wegfall der russischen Transitgüter geändert. Geringwertige Massengüter wie Kohle, Zelluloseholz und Schwefelkies ersetzten die ehemaligen, hochwertigeren Transitgüter Rundholz, Getreide, Hülsenfrüchte und Flachs, die vor dem Krieg in Königsberg veredelt wurden und damit der Königsberger Kaufmannschaft gute Gewinnmöglichkeiten boten.

Als Nebeneffekt der neuen Grenzziehung im Ostseeraum waren dem Königsberger Hafen zudem kraftvolle Konkurrenten erwachsen: Memel stand unter litauischer Herrschaft, Danzig wurde „polnischer" Haupthafen. Beide jungen Nationen lenkten ihren gesamten seewärtigen Warenverkehr unter planvoller Umgehung Königsbergs nun über die ehemaligen deutschen Häfen, die in ihrem Machtbereich lagen. Eine nationale, auf Autarkie ausgerichtete protektionistische Wirtschaftspolitik beider Länder tat das übrige, die binationalen Güterströme nahezu zum versiegen zu bringen.

Zudem entstand seit 1923 in ehrgeiziger Arbeit und unter großen finanziellen Opfern direkt vor der Haustür Danzigs, in Gdingen, ein neuer polnischer Handelshafen. Tatsächlich sollte dieser Hafen vom Reißbrett bereits im Jahr 1932 den Güterumschlag aller anderen Ostseehäfen einschließlich Stettin überrunden. Die Festen, auf denen der Königsberger Handel vor dem Krieg geruht hatte, waren nicht nur angeschlagen, sie waren weggebrochen. Wenngleich auch das gesamte Deutsche Reich nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg in eine wirtschaftliche Rezession schlitterte und auch die internationale Schiffahrt durch Abnahme des Welthandelsvolumens in der Friedenszeit in eine allgemeine Schiffahrtskrise geriet, so trafen doch die Ausläufer der Krise Ostpreußen besonders hart. Auch die Landwirtschaft der Provinz hatte unter der Abtrennung vom Reich zu leiden, sie verlor ihre traditionellen nahen Märkte in Posen und Westpreußen. Der umständliche Eisenbahntransport ostpreußischer Waren über polnische Strecken und auf polnischen Zügen durch den Korridor ins Reich verteuerte die Waren bis zur Konkurrenzunfähigkeit. Die nur schwach ausgeprägte Industrie konnte im deutschen Osten mit seiner agrarischen Schlagseite die Masse der entstehenden Arbeitslosen nicht absorbieren. Zudem trug die deutsch-polnische politische Dauerspannung in Wirtschafts- und Finanzkreisen dazu bei, in Ostpreußen weniger ein Land des ungestörten Handels als vielmehr eine potentielle Konfliktregion zu sehen.

Die deutsche Reichsregierung sah sich gezwungen, der notleidenden Provinz unter die Arme zu greifen, um aus der wirtschaftlichen Krise keine politische erwachsen zu lassen. Umfangreiche Förder- und Unterstützungsmaßnahmen aus Berlin wie die sogenannte „Osthilfe" sollten die wirtschaftlichen Notlage der Exklave mindern. Ostpreußen als „schwächstem Punkt im deutschen Reiche" galt fortan das besondere Augenmerk der Reichspolitik auf wirtschaftlichem, politischen und kulturellem Gebiet. Ostpreußen, das in seiner langen Geschichte so viele zukunftsweisende Impulse für die Entwicklung des Reiches gegeben hat, wurde zum Nehmerland, das um sein wirtschaftliches Überleben kämpfen mußte.

Für den Königsberger Hafen äußerte sich die Reichshilfe in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs und der Schiffahrtskrise erstaunlicherweise – in einem Ausbau des Königsberger Hafens. Vor den Toren Königsberg, und damit befreit vom engen Korsett der Innenstadt, entstanden bis 1923 auf einem rund 220 Hekatr großen Gelände drei große neue Hafenbecken mit modernen Lager- und Umschlagseinrichtungen inklusive Gleisanschluß. Der dabei errichtete Getreidespeicher war mit 60 000 Tonnen Fassungsvermögen eines der größten Lagerhäuser Europas. Als ergänzende Maßnahme wurde der Königsberger Seekanal ausgebaggert, der Königsberg mit Pillau und damit mit der Ostsee verband. Fortan war Königsberg damit auch für größere Seeschiffe erreichbar. Stolz wurde im Jahr 1932 die Ankunft eines 4700 Nettoregistertonnen großen Tankdampfers in Königsberg verkündet, ein Hoffnungsschimmer für die Königsberger Hafenwirtschaft. In den Jahren der relativen wirtschaftlichen Stabilität der Weimarer Republik in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre versuchte auch Königsberg, wieder an seine alte glanzvolle Handelstradition der Vorkriegszeit anzuknüpfen. Es gelang zu einem guten Teil, die ausbleibenden Lieferungen aus Rußland durch Holz und landwirtschaftliche Produkte aus dem eigenen ostpreußischen Hinterland zu substituieren und zur Verschiffung ins Reich zu bringen. Doch auch diesem zarten Wiedererwachen konnte die anhaltende Weltwirtschaftskrise in den Jahren nach 1930 mit ihrem Preisverfall für agrarische Produkte ein jähes Ende. Erst in den Jahren ab Mitte der 1930er Jahre nach Abflauen der Weltwirtschaftskrise läßt sich eine gewisse wirtschaftliche Stabilisierung auch des Königsberger Hafens ausmachen. Trotz aller offiziellen Unterstützung konnte Königsberg in der Zwischenkriegszeit nicht an seine Vorkriegsrolle des zentralen Handelsplatzes in der östlichen Ostsee anknüpfen. Zu groß war die Hypothek der Grenzziehung des Versailler Vertrages, zu tiefgehend die spezifischen Problemlagen der abgetrennten Provinz, als daß es zu einer „normalen" Entwicklung des Hafens hätte kommen können. Die Geschichte des Königsberger Hafens ist ein Lehrstück des Einflusses politischer Regelungen auf ökonomische Vorgänge. Sie zeigt die fatalen Auswirkungen von ideologisch motivierten Entscheidungen am „Grünen Tisch" auf jahrhundertealte festgefügte Handelstraditionen und auf ganze Landstriche und Völkerschaften. Mit dem Untergang Königsbergs 1945 endete die stolze Tradition der alten deutschen Hansestadt am Pregel, der Schiffe auf Haff und Strom und der Männer, die sie befuhren.

Polen schufen mit dem Hafen in Gdingen mächtige Konkurrenz

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

ich liebe Geschichten und schreibe gerne selber welche. Aber was sind sie gegen die wahren, die keiner Phantasie entsprungen sind, die das Leben schreibt. Und die schönsten sind die unserer Ostpreußischen Familie. Ich könnte wohl jede Wochenkolumne mit einer solchen Geschichte beginnen, die vom Suchen und Finden, von unerwarteten Begegnungen, von überraschend Entdecktem erzählen, aber dann geriete unsere eigentliche Aufgabe ins Hintertreffen, und das wollen wir ja nicht. Aber heute muß ich doch mit einer wahren Geschichte anfangen, denn sie greift ein Thema auf, das vor allem die älteren Landsleute betrifft und das der eigentliche Grund für unsere Leserin **Edelgard Hesse** war, das Erlebte aufzuschreiben und an mich zu senden. Die Riesenburgerin hatte an einem Heimattreffen teilgenommen, obgleich sie bei der Flucht noch ein Kleinkind gewesen war. Aber auch nach dem Tod ihrer Mutter **Hedwig Bendig**, geb. **Freitag**, vor zwei Jahren war sie weiter auf Spurensuche, und so auch im letzten Sommer in Jeddingen – nichtsahnend, daß ein Fluchterlebnis, das ihre Mutter ein Leben lang beschäftigt hat, hier eine unerwartete Wendung finden sollte.

Jenes Erlebnis fand im Januar 1945 statt, als die Witwe **Anna Freitag** aus Riesenburg – Frau Hesses Großmutter – mit ihren Töchtern Hedwig und **Helene** und deren drei kleinen Kindern auf einem Berliner Bahnhof aus einem Flüchtlingszug steigt. Sofort werden sie von den auf dem Bahnsteig wartenden Menschen umringt, die nach ihren Angehörigen suchen oder über deren Schicksal etwas wissen wollen. Auf Hedwig stürmt eine junge Frau zu, der die Verzweiflung im Gesicht steht: „Hast du meine Mutti gesehen?" Es ist Thea, eine Schulfreundin von der Haushaltsschule in Deutsch Eylau, die sich alleine durchgeschlagen hat. Hedwig, von der Flucht noch traumatisiert, schüttelt den Kopf. Am liebsten hätte sie gesagt: „Komm mit uns!" Aber sie meint dann doch: „Schlag dich allein durch. Du findest eher eine Unterkunft als sechs oder sieben Personen." Was sich dann auch als richtig erwies, denn die erhoffte Bleibe in Berlin wurde den Freitags nicht gewährt, und es blieb der Weiterzug ins Ungewisse. Aber auch als sie längst einen Wohnort gefunden hatten, machte sich Hedwig Vorwürfe: „Hätte ich Thea nicht helfen müssen?" Sie konnte die Verzweiflung der Schulfreundin nicht vergessen. „Es war eine Begegnung, die auch mich, damals noch ein Kleinkind, durch die Erzählungen meiner Mutter sehr beschäftigte."



Ruth Geede Foto: privat

Und dann kam das Treffen im letzten Juni in Jeddingen. Frau Hesse wird von einer älteren Teilnehmerin gefragt, ob sie auch aus Riesenburg sei. „Ich bin die Enkeltochter von Anna Freitag", sagt sie. „Anna Freitag? Meine Mutter betreute sie wie alle Kriegerwitwen!" Frau Hesse sah die Dame an, schätzte sie auf höchstens 70 Jahre! Ehe sie antworten konnte, sagte die Ältere: „Anna Freitag hatte eine Tochter, die Hedwig! Ich habe sie zum letzten Mal in Berlin gesehen, damals 1945!" Frau Hesse konnte nur sagen: „Das war meine Mutter!" Vor ihr stand Thea! Was sie kaum glauben konnte, denn sie mußte gleichaltrig mit ihrer verstorbenen Mutter sein. Es stimmte: **Thea Laue**, geb. **Plottka**, ist 91! „Nach über 60 Jahren traf ich nun jene junge Frau, von der mir meine Mutter immer erzählt, um die sie sich Sorgen gemacht hatte. Wenn sie das noch erlebt hätte, ich glaube, ein Stein wäre ihr von der Seele gefallen. Ich, das Kleinkind von damals, war nun froh, stellvertretend für meine Mutter das Ende der Geschichte zu hören, ihr sagen zu können, welche Empfindungen meine Mutter gehabt, wie unsagbar leid ihr alles getan hatte." Es stellte sich heraus, daß Thea ihre Mutter bald gefunden hatte. Sie konnte Frau Hesse viel aus der Jugendzeit ihrer Mutter Hedwig erzählen, vor allem aus der gemeinsamen Schulzeit. Thea Laue, geb. Plottka, hat ihr Leben gemeistert.

Ja, das ist die Geschichte einer unerwarteten Begegnung, die Frau Hesse zum Anlaß nimmt, ein Thema anzusprechen, das ihr gerade in letzter Zeit bewußt geworden ist: die Resignation und den damit verbundenen Entschluß einiger älterer Vertriebener, nicht mehr an Heimattreffen teilzunehmen: „Sie sagen: wenn ich keinen mehr kenne, gehe ich auch nicht hin. Aber gerade die älteren Teilnehmer sind für die jüngere Generation die Gefragtesten, haben sie doch das meiste Wissen über die Geschehnisse. An uns Jüngeren liegt es, dieses Wissen auszuschöpfen, damit es nicht verloren geht, damit möglichst wenig Fragen offen bleiben. Diese Treffen sind gerade für die jüngeren Teilnehmer eine Fundgrube, wenn sie richtig erschlossen wird." Sie selber erhofft sich, daß sich aufgrund dieser Veröffentlichung noch Vertriebene aus Riesenburg und Deutsch Eylau melden, die in dem Flüchtlingszug waren. (Edelgard Hesse, Weinbergstr. 38 in 19089 Criwitz, Telefon 0 38 65 / 22 25 77.)

Ähnliches kann auch für unsere Zeitung und besonders für die Ostpreußische Familie gelten, denn gerade die jüngeren Leserinnen und Leser interessieren sich für alles, was hier dokumentiert wird. Es ist auch gut, wenn sie herumgereicht und dadurch ein großer Interessentenkreis erschlossen wird, aber natürlich müssen wir zuerst an unsere treuen Stammleser denken, die ja unsere Zeitung tragen. Wer sie wöchentlich liest, ist also gut dran, manchen Gelegenheitsleserinnen und -lesern kann so manches Wissenswerte entgehen, vor allem, wenn es um die eigenen Wünsche und Fragen geht, die wir veröffentlicht haben. Ich war sehr überrascht, als ich von einer Dame, deren sehr schwierigen Suchwunsch wir vor gar nicht so langer Zeit erfüllen konnten, einen Weihnachtsgruß erhielt, in dem sie ihr Erstaunen zum Ausdruck gab, daß ich „noch schreibe". Immerhin gab es auch in der Weihnachtspost viel Erfreuliches zu lesen. So bedankte sich **Horst Doerfer** für die zweimalige Veröffentlichung seiner Suchfrage nach seinem Vater **Kurt Doerfer**, dessen letzte Nachricht Anfang März 1945 aus dem „Krankenhaus Schröder" aus Heiligenbeil kam. Er erhielt einen Anruf von Herrn **Heinz Wandelt**, der ihm mitteilte, daß sich dieses „Krankenhaus" in der ehemaligen Haushaltsschule befand und zum Feldlazarett umgebaut wurde. Frau Wandelt, gebürtig aus Heiligenbeil, konnte hierzu präzise Angaben machen. Nun konnte Herr Doerfer ein erneutes Schreiben an die Deutsche Dienststelle (WAST) richten. Vielleicht erinnern sich aber auch ehemalige Heiligenbeiler oder Wehrmachtsangehörige, die im Feldlazarett tätig waren oder als Verwundete dort gelegen haben, wohin das Lazarett beziehungsweise die Verwundeten verlegt wurden oder ob es dazu nicht mehr kam. (Horst Doerfer, Allensteiner Straße 11 in 74 226 Nordheim, Telefon 071 33 / 71 67)

Unsere Ostpreußische Familie ist wieder gefragt, diesmal von und für **Evelin Lehmann** aus Ratingen. Ihre Großeltern sprachen immer von „tohuus", und damit meinten sie Nemmersdorf, das die in Berlin geborene Enkelin noch kannte, denn sie war als Kind in jedem Sommer in dem Geburtsort ihrer Mutter **Hilda Dölle**, geb. **Lange**. So auch 1944 – und einen Tag, bevor die Russen kamen und das furchtbarste Massaker anrichteten, konnte das Kind mit Mutter und Großmutter fliehen. Nun möchte Frau Lehmann die Geschichte der mütterlichen Linie für Kinder und Enkel aufschreiben, weiß jedoch viel zu wenig über die Familie. Aber sicher können alte Nemmersdorfer helfen, denn ihr Großvater war der Sattler und Brandmeister **Fritz Lange**. Er war mit **Berta**, geb. **Wiese**, verheiratet, die aus Sodinehlen stammen müßte – der Name ist so unleserlich geschrieben, daß ich meine ganzen altpreußischen Ortskenntnisse einsetzen mußte, um herauszubekommen, welcher Ort gemeint sein könnte. Frau Lehmann schreibt, daß sie von diesem Ort nie etwas in unserer Zeitung gelesen habe. Kann stimmen, denn Sodinehlen wurde 1938 in Jägersfreude umbenannt. Ihre Großmutter Berta Wiese war das jüngste von acht Kindern und kam früh in eine Pflegefamilie, weil die Eltern früh verstarben. Frau Lehmann hofft nun, daß sich Nachkommen der Geschwister ihrer Großmutter melden, ebenso möchte sie mehr über die Familie Lange wissen. Großvater Fritz behauptete, daß er Salzburger Abstammung sei. Da ihre Mutter schon 1981 verstarb, besitzt sie kaum konkrete Angaben, deshalb diese Bitte an unsere Ostpreußische Familie. (Evelin Lehmann, Herderstr. 10 in 40 882 Ratingen.)

Das wäre es wieder einmal. Und wie immer: Suchen und Finden in einem Sack. So könnte man sagen, in Abwandlung unseres alten ostpreußischen Sprichwortes, das so treffend unsere Mentalität bezeichnet: Lache on Jriene en eenem Sack! Wobei für Nichtostpreußen zu erklären wäre, daß mit „Jriene" nicht etwa „Grinsen" sondern „Greinen" gemeint ist, ein weinerliches Jammern. „Nu jjrien bloß nich, Marjell!" Wer von uns älteren Leserinnen hat die mütterliche Mahnung nicht noch in den Ohren. Jungens, die waren dann eher gransiig oder booßig! Stimmt's?

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 104. GEBURTSTAG

Jülich, Johanna, geb. Vallet, aus Hainau, Kreis Ebenrode, jetzt Grüner Weg 19, 49536 Lienen, am 9. Januar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Bartsch, Christel, geb. Hoffmann, aus Kahlau, Kreis Mohrungen, am 13. Januar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Franz, Edith, geb. Scheffr, aus Beriningen, Kreis Ebenrode, jetzt Schulweg 3, 39615 Seehausen, am 1. Januar

Martens, Emmy, geb. Dziobaka, aus Gr. Gablick, Kreis Lötzen, jetzt Büdinger Straße 9, 66118 Bad Vilbel, am 18. Januar

Mietz, Margarete, aus Horn, Kreis Mohrungen, jetzt Ulmenweg 7, 25335 Elmshorn, am 8. Januar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kaminski, Emmy, geb. Korpjuhn, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Kurfürstenstraße 65, 56068 Koblenz, am 31. Dezember

Kriszun, Gertrud, geb. Pommerenke, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schulstraße 28, 98669 Veilsdorf, am 21. Januar

Lemmel, Gertrud, geb. Schwabe, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Uelzener Straße 73 b, 21335 Lüneburg, am 16. Januar

Witt, Frieda, geb. Matthee, aus Lengfried, Kreis Ebenrode, jetzt Keplerstraße 1, 63454 Hanau, am 20. Januar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kohtz, Georg, aus Pobethen / Samland, jetzt Fürstenwalder Straße 25, 26133 Oldenburg, am 17. Januar

Magunski, Helene, geb. Müller, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Kirchstraße 8, 40789 Monheim, am 17. Januar

Mast, Otti, geb. Klenzan, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Mölleneystraße 28, 45289 Essen, am 21. Januar

Matzkewitz, Herbert, aus Wehlau, Kleine Vorstadt, jetzt Neidenburger Straße 24, 31141 Hildesheim, am 16. Januar

Mohr, Gertrud, geb. Stein, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Hesekielstraße 7a, 39112 Magdeburg, am 18. Januar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Fauth, Irmgard, geb. Lasarzik, aus Treuburg, Treuburger Mühlenstraße 3, jetzt Am Berg 15, 66849 Landstuhl, am 15. Januar

Hoppe, Fritz, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Krummessener Mühlenweg 8, 23628 Krummesse, am 16. Januar

Janowki, Erika, geb. Bahr, aus Lyck, jetzt Holtenauer Straße 291, 24106 Kiel, am 20. Januar

Lubba, Gertrud, geb. Konietzko, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Meller Straße 15, 33613 Bielefeld, am 19. Januar

Schachtschneider, Edeltraut, aus Masuren, jetzt Weststraße 19, Seniorenzentrum, 58509 Lüdenscheid, am 18. Januar

Westphal, Hildegard, geb. Dolenga, aus Kleschen, Kreis Treuburg, jetzt Milanstraße 102, 30627 Hannover, am 16. Januar

Zink, Marie, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Siebenbürgenweg 51, 40591 Düsseldorf, am 20. Januar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Kannowski, Edith, geb. Kornatz, aus Treuburg, jetzt Sanders Weg 15/40, 21680 Stade, am 15. Januar

Lenz, Hilde, geb. Krumm, aus Leegen, Kreis Ebenrode, jetzt Am Norderfeld 18, 18347 Ostseebad Wustrow am 9. Januar

Krafzik, Erna, geb. Mitros, aus Lyck, Bismarckstraße 52, jetzt Walnußweg 21, 48531 Nordhorn, am 18. Januar

Marx, Lina, geb. Böhnke, aus Tapiau, Uferstraße, Kreis Wehlau, jetzt Fritz-Remy-Straße 11, 63071 Offenbach, am 21. Januar

Müller, Gustav, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Schanzer Weg 215, 26180 Rastede, am 1. Januar

Schmidt, Hildegard, geb. Milbrecht, aus Kreis Elchniederung, jetzt Ostpreußenweg 18, 29549 Bad Bevensen, am 17. Januar

Sohn, Inge, geb. Grade, aus Königsberg, jetzt Rathausstraße 6, 49497 Mettingen, am 19. Januar

Tregel, Herta, geb. Joswig, aus Königswalde, Kreis Lyck, jetzt a. d. Schwärtz 12, 97447 Gerolzhofen, am 21. Januar

Winkler, Edith, geb. Wedel, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Dr.-Krauß-Straße 28 A, 92318 Neumarkt / Oberpfalz, am 15. Januar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bendrick, Kurt, aus Lötzen, jetzt Mühle 110, 42369 Wuppertal, am 15. Januar

Erbskorn, Hildegard, geb. Arlart, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Martin-Luther-Anlage 8, 63450 Hanau, am 21. Januar

Erhart, Elfriede, geb. Duddek, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt Achenseestraße 18, A-6200 Jenbach / Tirol, Österreich, am 20. Januar

Radek, Friedrich, aus Hartigswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Herztorstraße 20, 37359 Großbartloff, am 15. Januar

Steinert, Karl, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Ludwig-Keller Straße 33, 91522 Ansbach, am 18. Januar

Symanek, Helene, geb. Szierbowski, aus Spirgsten, Kreis Lötzen, jetzt Ketteler Straße 9, 63179 Obertshausen, am 16. Januar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Burk, Martha, geb. Kellermann, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 67, 25842 Langenhorn, am 20. Januar

Dzingel, Elfriede, geb. Karaschewski, aus Seedranken, Kreis Treuburg, jetzt Alfred-Thiele-Straße 40 B, 01159 Dresden, am 20. Januar

Friederitz, Gerda, geb. Grade, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Radauanger 1, 38667 Bad Harzburg, am 19. Januar

Graw, Frieda, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Straße des Friedens 12, 15848 Görsdorf, am 16. Januar

Hammer, Ursula, aus Wiekenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Stellbrinkstraße 22, 23566 Lübeck, am 8. Januar

Klimaschweski, Hildegard, geb. Woydak, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Oststeinbeker Weg 122, 22117 Hamburg, am 17. Januar

Konopka, Gustav, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Wichernstraße 11, 63452 Hanau, am 17. Januar

Lerche, Charlotte, geb. Althoff, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Benniger Straße 4, 32547 Bad Oeynhausen, am 19. Januar

Mutschke, Wilhelm, aus Neidenburg, jetzt Bochumer Straße 1 A, 10555 Berlin, am 15. Januar

Piwek, Martha, geb. Jeroch, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Wies'-Krokocie, PL-19-325 Straduny, Polen, am 15. Januar

Reuter, Emma, geb. Salecker, aus Hainau, Kreis Ebenrode, jetzt Libellenpfad 5, 56072 Koblenz, am 1. Januar

Roßbach, Erna, geb. Schneidereit, aus Elbings Kolonie, Kreis Elchniederung, jetzt Eckenheimer Landstraße 280, 60435 Frankfurt, am 18. Januar

Schlüter, Irmgard, geb. Schmidt, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Baselerstraße 19, 12205 Berlin, am 12. Januar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bembennek, Thea, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt Königstraße 9, 23769 Westfehmarn, am 15. Januar

Brätz, Ingeborg, geb. Felchner, aus Getmau, jetzt Kastanien Straße 2, 29313 Hambühren, am 16. Januar

Burmeister, Anita, geb. Alexy, aus Rodental, Kreis Lötzen, jetzt Gehrdenweg 17, 22043 Hamburg, am 21. Januar

Gerhardt, Lieselotte, geb. Hübner, aus Treuburg, Treuburger Bergstraße 14, jetzt Matthiashofstraße 37, 52064 Aachen, am 20. Januar

Giese, Kurt, aus Treuburg, jetzt Mörikestraße 23 A, 26386 Wilhelmshaven, am 15. Januar

Glashagel, Margarete, geb. Reinbacher, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Am Flugsand 4, 24987 Boostedt, am 15. Januar

Gluch, Anneliese, geb. Becker, aus Königsberg, Berlinerstraße (Kaserne) jetzt Aschaffenburgerstraße 88, 63073 Offenbach / Main, am 14. Januar

Grubert, Walter, aus Großwingen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Husarenstraße 34, 30163 Hannover, am 16. Januar

Hartmann, Elisabeth, geb. Wißemborski, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Steinmetzstraße 25-27, H. Bungeroth, 41061 Mönchengladbach, am 16. Januar

Helbing, Gertrud, geb. Niedziolka, aus Fronicken, Kreis Treuburg, jetzt Hauptstraße 2, 99994 Hohenbergen, am 15. Januar

Hornauer, Christel, geb. Skrimmer, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrich-Harkort-Straße 28, 59302 Oelde, am 18. Januar

Jung, Ursula, geb. Hirth, aus Königsberg, Nasser Garten 10, jetzt Mittelburgstraße 15, 37213 Witzenhausen, am 13. Januar

Krause, Hildegard, geb. Pukrop, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Berliner Ring 9, 24211 Preetz, am 21. Januar

Liedke, Edith, geb. Woywodt, aus dem Kreis Elchniederung, jetzt Goerdelerstraße 7, 72336 Balingen, am 19. Januar

Maroski, Marie, geb. Wagner, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Sportplatz 5, 25541 Brunsbüttel, am 17. Januar

Matzkeit, Gerda, aus Plagbuden, Kreis Gerdauen, jetzt Paul-Gerhardt-Straße 3, 23879 Mölln, am 6. Januar

Mosolf, Anna, geb. Schuckel, aus Schönrohr, Kreis Elchniederung, jetzt Dortmunder Straße 1, 38108 Braunschweig, am 15. Januar

Müller, Käte, geb. Arndt, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Wolburgstraße 37 A, 23669 Timmendorfer Strand, am 15. Januar.

Peter, Elfriede, geb. Kokoska, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt John-Schehr-Straße 16, 17033 Neubrandenburg, am 21. Januar

Richert, Grete, geb. Müller, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Max-Eyth-Straße 153, 72760 Reutlingen, am 21. Januar

Roethig, Rudi, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, jetzt Marktplatz 52, 84149 Velden, am 18. Januar

Ruhstein, Elli, geb. Wippich, aus Saberau, Kreis Neidenburg, jetzt Schwimmbadstraße 5, 37520 Osterode, am 16. Januar

Ruschinzik, Eva, geb. Meinke, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Landsberger Straße 98, 53119 Bonn, am 19. Januar

Scholz, Hedwig, aus Wargienen, Kreis Wehlau, jetzt Obere Kaplaneigasse 6, 98617 Meiningen, am 15. Januar

Stankewitz, Ernst, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, jetzt Sachsenhausen 3, 64750 Lützelbach, am 15. Januar

Steinert, Else, geb. Brosowski, aus Treuburg, Treuburger Bergstraße 9, jetzt Lüchower Weg 8, 29597 Stoetze, am 15. Januar

Stralla, Reinhold, aus Lyck, General-Busse-Straße 32, jetzt Reiherstieg 258, 21244 Buchholz, am 15. Januar

Treuberg, Grete, geb. Kuschmierz, aus Abbau, Kreis Ortelsburg, jetzt Liliencronstraße 10, 30177 Hannover, am 12. Januar

Trusch, Arno, aus Leipnicken, Kreis Pr. Eylau, jetzt Ringstraße 67, 47218 Duisburg, am 21. Januar

Uszpelkat, Max, aus Klein Marienwalde, Kreis Elchniederung, jetzt Sprützwiese 51, 22547 Hamburg, am 15. Januar

Zetsche, Elsbeth, geb. Gerhard, aus Soginten, Kreis Ebenrode, jetzt Thümmelstraße 50, 04600 Altenburg, am 4. Janauar

Zielke, Hildegard, geb. Kukielka, aus Lyck, Lycker Garten 59, jetzt Burgstraße 21, DRK-Alten- und Pflegeheim, 31028 Gronau, am 17. Januar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alexander, Helmut, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Ferdinandstraße 6, 59320 Ennigerloh, am 20. Januar

Apholz, Christel, geb. Klimaschweski, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Lotjeweg 61, 27578 Bremerhaven, am 17. Januar

Böhm, Ella, geb. Krafft, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, jetzt Fuldaer Straße 2, 36109 Petersberg, am 20. Januar

Bole, Martina, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Deer Creek, 619 Northhohre Dr., Deerfield Beach / Florida 33442, USA, am 20. Januar

Brenk, Gertrud, geb. Kamutzki, aus Borchersdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Mozartstraße 7, 21762 Otterndorf, am 15. Januar

Dejock, Heinz, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Ulrich-von-Hutten-Straße 23, 18069 Rostock, am 20. Januar

Dembeck, Helmut, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Grabbestraße 12, 45899 Gelsenkirchen, am 21. Januar

Flückiger, Irene, geb. Barzewski, aus Lyck, jetzt Kreuzkopfsteige 3, 79100 Freiburg, am 16. Januar

Görs, Waltraut, geb. Oberpichler, aus Gruten, Kreis Elchniederung, jetzt Hölderlinstraße 21, 45147 Essen, am 20. Januar

Griegulat, Ernst, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Siedlerstraße 12, 06463 Ermsleben, am 2. Januar

Großmann, Erich, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Wilhelmstraße 101, 44649 Herne, am 15. Januar

Grünheid, Agnes, geb. Petsch, aus Kühnbruch, Kreis Wehlau, jetzt Ginsterweg 1, 49536 Lienen, am 19. Januar

Henseleit, Hellmuth, aus Windberge, Kreis Ebenrode, jetzt Heinrich-Heine-Straße 331 c, 19348 Perleberg, am 18. Januar

Kurrek, Günter, aus Treuburg, Herzogshöhe, jetzt Scharnhorststraße 6, 58511 Lüdenscheid, am 19. Januar

Lemke, Horst, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, jetzt Patenstieg 10, 38176 Wendeburg, am 21. Januar

Lorenz, Emma, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt John-Brinkmann-Straße 17, 18258 Schwaan, am 19. Januar

Mairwöger, Ursula, geb. Buttgereit, aus Lötzen, jetzt Wiener Straße 300 a, A-4030 Linz / Österreich, am 15. Januar

Maskow, Waltraut, geb. Heyduck, aus Treuburg, Treuburger Lazarettstraße 8, jetzt Heckenstraße 21, 49832 Freren, am 19. Januar

Raguse, Hildegard, geb. Renn, aus Hohenwalde, Laurashof, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fröbelweg 26, 44339 Dortmund, am 16. Januar

Raphael, Betty, geb. Pollehn, aus Herrnbach, Kreis Lyck, jetzt Am Mühlenberg 69, 256451 Quickborn, am 15. Janauar

Rehberg, Liesbeth, geb. Knaut, aus Zeysen, Kreis Lyck, jetzt Zum Lith 113, 47055 Duisburg, am 17. Januar

Rudat, Gertrud, geb. Schumann, aus Andersgrund, Kreis Ebenrode, jetzt Berliner Straße 62, 40880 Ratingen, am 9. Januar

Rühling, Eva, geb. Matern, aus Nickelsdorf, Klein Nickelsdorf, Kreis Wehlau, jetzt Teichstraße 1, 37235 Hessisch Lichtenau, am 16. Januar

Schottkowski, Margarete, geb. Schlebrowski, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, jetzt Kolberger Straße 4 A, 53879 Euskirchen, am 18. Januar

Schweinberger, Lothar, aus Großwingen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Krugstraße 18, 32423 Minden, am 13. Januar

Senkel, Frieda, geb. Kraschewski, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Mahlsdorfer Allee 11, 12625 Waldesruh, am 15. Januar

Spehr, Werner, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Neue Straße 5, 18233 Neubukow, am 8. Januar

Szech, Martha, geb. Solinski, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Pferdekamp 8, 45701 Herten, am 15. Januar

Szirnicks, Erwin, aus Heydekrug, jetzt Salzstraße 31, 27283 Verden, am 15. Januar

Thimnig, Erna, geb. Preuß, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Nr. 24, 01623 Stiegnik, am 12. Januar

Walendy, Udo, aus Lyck, jetzt Hochstraße 6, 32602 Vlotho, am 21. Januar

Wietkunat, Hedwig, geb. Berger, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Ratswall 36, 06749 Bitterfeld, am 5. Januar

Winter, Doris, geb. Nebel, aus Heinrichtswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrich-Winter-Straße 6, 32699 Extertal, am 19. Januar

Goldenes Ehrenzeichen

Landsmannschaft Ostpreußen verleiht hohe Auszeichnung

Brigitte Junker geb. Böttcher wurde am 14. April 1940 in Heidenberg im Kreis Angerburg geboren. Im Oktober 1944 flüchtete ihre Familie und gelangte zunächst in den Kreis Wiedenbrück und dann nach Rotenburg (Wümme). Nach dem Besuch der Mittelschule begann Brigitte Junker eine kaufmännische Ausbildung in einem Autohaus in Westfalen. Viele Jahre lang war sie danach als Leiterin der Buchhaltung in einer Hamburger Werkzeuggroßhandlung tätig.

Ihrer ostpreußischen Heimat fühlte sich Brigitte Junker bereits frühzeitig verpflichtet. Seit 1981 gehört sie dem Kreistag und seit 1983 dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Angerburg ununterbrochen an. Brigitte Junker hat sich dabei für viele Aufgaben zur Verfügung gestellt und war für den damaligen Kreisvertreter Friedrich-Karl Milthaler eine wichtige und vertrauensvolle Mitarbeiterin. Die preußischen Tugenden wie Pflichterfüllung, Fleiß und Ehrlichkeit waren stets Grundlagen ihrer ehrenamtlichen Arbeit.

Am 1. April 1995 hat Brigitte Junker die Kassenführung der Kreisgemeinschaft Angerburg übernommen, die sie bis zum heutigen Tag mit hoher Fachkompetenz und großem Engagement wahrnimmt. Nach ihrem Eintritt in den Ruhestand ist sie zudem als stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stiftung Ostpreußen auch für deren Kassengeschäfte zuständig. Zudem ist Frau Junker langjähriges Vorstandsmitglied der Ostpreußischen Kulturstiftung und seit 2005 ordentliches Mitglied des Stiftungsrates der Stiftung Nordostdeutsches Kulturwerk mit Sitz in Lüneburg.

Der Kontakt zum Patenschaftsträger der Kreisgemeinschaft Angerburg, dem Landkreis Rotenburg (Wümme), war stets ein besonderes Anliegen für Brigitte Junker. Auch die Verbindung zur Deutschen Gesellschaft Mauersee im Heimatkreis und zu den heutigen Bewohnern des Kreises Angerburg liegt ihr sehr am Herzen.

Bereits am 14. September 2002 wurde Brigitte Junker für ihren großen Einsatz für Angerburg und Ostpreußen mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet.

In Würdigung ihrer außergewöhnlichen Leistungen und ihres Einsatzes für Ostpreußen verleiht die Landsmannschaft Ostpreußen Frau Brigitte Junker das

Goldene Ehrenzeichen

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

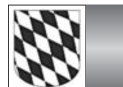


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (07 11) 6 33 69 80

Ludwigsburg – Dienstag, 23. Januar, 15 Uhr, Stammtisch in den „Kronenstuben", Kronenstraße 2.

Stuttgart – Donnerstag, 18. Januar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, großer Saal. Das Treffen steht unter dem Motto: „Winterzeit in der alten und in der neuen Heimat. Gedichte, Geschichten und Lieder". Für die Gestaltung sind verantwortlich: Uta Lüttich und Magda Bessel. Bitte Kuchen mitbringen.



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Ansbach – Sonnabend, 27. Januar, 17 Uhr, Grützwurstessen im „Platengarten". Zur Unterhaltung gibt es lustige Geschichten, Gedichte, Beiträge und Musik.

Augsburg – Mittwoch, 10. Januar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in den „Zirbelstuben".

Bamberg – Der Bezirksvorsitzende Oberfranken, Lm. Joachim, überreichte Edita Jackermeier die „Verdienstnadel der Landsmannschaft in Silber" der Landesgruppe Bayern. Er würdigte mit einer Laudatio das jahrzehntelange Engagement von Edita Jackermeier für die Gruppe als Mitglied, als Schriftführerin und als erste Vorsitzende. Nur solchem Einsatz ist es zu verdanken, daß Erinnerung, Kultur und Lebensart der Ost- und Westpreußen nicht in Vergessenheit geraten, sondern weitergetragen werden. Bei der gleichen Gelegenheit wurde die jetzige Schriftführerin, Rosemarie Pezzei, mit der „Verdienstnadel des Bezirkes Oberfranken" geehrt. Wieviel Arbeit und Übersicht von einer Schriftführerin erwartet wird, ist oft gar nicht bekannt. Um so wichtiger ist es, diesen wichtigen Dienst an der Gemeinschaft zu würdigen und herauszustellen.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Günter Peters von der Foto- und Videogruppe des Barlach-Hauses zeigte einen Film über eine „Rundreise durch West- und Ostpreußen". Traumhaft schöne Bilder einer unvergeßlichen Landschaft, endlose einsame Strände, die Ostsee mit ihren Dünen und Kiefernwäldern, Kirchen-Innenansichten, Volkstanzgruppen und Volkslieder in deutsch und polnisch sowie der Oberländische Kanal – alles war ausgezeichnet fotografiert. Dem uneingeweihten Zuschauer fiel es allerdings teilweise schwer, die Reise gedanklich geografisch zu verfolgen, da bei den meisten der gezeigten Orte die Namen nicht genannt wurden. – Nach der Begrüßung der 49 Anwesenden am Beginn des Kulturnachmittags durch die 1. Vorsitzende Marita Jachens-Paul wurden drei Geburtstagskinder der letzten Zeit mit Blumen und dem Geburtstagslied geehrt. Auch Ella und Horst Till erhielten anläßlich ihrer Goldenen Hochzeit ein Präsent. Es wurde auch auf die Reise in die Heimat vom 14. bis 20. Mai hingewiesen, die W. Wedell organisiert.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Telefon / Fax (0 40) 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Gumbinnen – Sonnabend, 3. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 1, Hamburg. Zu erreichen mit der S-Bahn 1 bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt und einem Fußweg von sechs Minuten. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche. Gäste sind herzlich eingeladen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein fastnachtliches Programm.

Insterburg – Mittwoch, 7. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg. Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen, Jahresrückblick und Kappenfest

Sensburg – Sonntag, 21. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 6. Februar, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 29. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus „Waldquelle", Höpenstraße 88, Meckelfeld. Thema: Winter in Ost- und Westpreußen.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 26. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Heimatfilmer Klaus Loleit zeigt Ostpreußenvideos. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

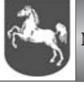
Wiesbaden – Sonnabend, 20. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35. Das erste Treffen ist den „Erinnerungen an Zuhause" gewidmet. Es gibt Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. – Donnerstag, 25. Januar, 17.30 Uhr, Stammtisch im Restaurant Kleinfeldchen, Hollerbornstraße 9. Serviert wird Schlachtplatte. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Anmeldungen bis zum 19. Januar bei Familie Schetat, Telefon (0 61 22) 1 53 58.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Anklam – Das Große Herbsttreffen der Ostpreußen war mit 500 Landsleuten aus der näheren und weiteren Umgebung wieder gut besucht. Fleißige Hände hatten zuvor die Mehrzweckhalle „Volkshaus" mit prächtigen Sonnenblumen, Heimatschildern, Fahnen und einem großen Ostpreußen-Transparent der Jahreszeit entsprechend festlich geschmückt. Erstmals konnten in Anklam der neue Kreisvertreter von Memel-Stadt, Hans-Georg Froese und Dietmar Wroge vom Heimatkreis Fischhausen begrüßt werden. Den musikalischen Auftakt teilten sich Dr. Karl Nehls am Klavier und Ostpreußensänger „BernStein" mit einem bunten Strauß von Heimatliedern. Inzwischen stapelten sich vor der Bühne 170 Weihnachtspäckchen. Viele Besucher waren damit dem jährlichen Spendenaufruf der Landsmannschaft gefolgt. Ein Transport der Johanniter-Unfall-Hilfe sollte wieder die Sozialstationen im südlichen Ostpreußen beliefern, um bedürftigen Menschen dort eine Weihnachtsfreude zu bereiten. Rosemarie Vetter von der JUH-Station Anklam bedankte sich für das erneute große Echo. Das geistliche Wort sprach Pfarrer Matthias Ballke, dessen Vorfahren sich bis zum Deutschen Orden zurückverfolgen lassen. Vizebürgermeister Jörg Schröder entbot den offiziellen Gruß der Stadt Anklam. Einen detaillierten Rückblick auf das 11. Landestreffen der Ostpreußen in Neubrandenburg gab Manfred Schukat als Vorsitzender der Landesgruppe. Die Heimat könne man zwar nicht ersetzen, aber durch diese großen Treffen entstehe eine Verbundenheit unter den Landsleuten. Manfred Schukat erinnerte auch an den Mauerfall vor genau 17 Jahren, ohne den diese Heimatarbeit nicht möglich wäre. Darauf spendierten die Veranstalter pünktlich um 11.11 Uhr eine ganze Saalrunde selbstgemachten Bärenfang für alle Besucher. Bei stimmungsvoller Blasmusik mit den Neukalener Stadtmusikanten ließen sich viele Ostpreußen sogar zu einer Polonaise durch die große Halle hinreißen. In Anklam stehen sonst ernste und besinnliche Themen im Vordergrund, aber bei solchem Datum kann es schon einmal fröhlicher zugehen. So sorgte nach dem Mittagessen auch der Stralsunder Shanty-Chor „De Saalhund" (Seehund) mit gängigen Seemannsliedern aus der Region für anhaltend gute Stimmung. Und weil bald darauf die Adventszeit begann, erzielten die Verkaufsstände mit Königsberger Marzipan, Bärenfang, Heimatbüchern und CDs wieder gute Umsätze und trugen so wesentlich zur Deckung der Unkosten bei.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel. (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstr. 30 b, 31275 Lehrte, Tel. (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Str. 122, 29223 Celle, Tel. (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel. (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel. (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Tel. (0 51 36) 43 84

Osnabrück – Donnerstag, 25. Januar, 15 Uhr, Literaturkreis im „Bürgerbräu". – In der Zeit vom 7. bis 15. Mai bietet die Gruppe eine Urlaubsfahrt nach Ahlbeck auf Usedom an. Ausflugsfahrten sind unter anderem nach Greifswald und Stettin geplant. Darüber hinaus finden Inselrundfahrten statt. Ansprechpartner für die Reise ist Hans-Joachim Regier, Telefon (05 41) 2 41 82, der die Anmeldungen ab sofort entgegennimmt.

Rinteln – Donnerstag, 11. Januar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20

Suchanzeigen

Gesucht werden: Alfred Ratke, geb. 8. 5. 1943, Kosacken. Hilde und Helga Neumann, geb. 19. 6. 1943, Hohensee, zwecks goldener Konfirmation. **Telefon 05 71 / 5 80 06 84** – Gerlind Muschaika (Syska)

Urlaub/Reisen

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Einladung an alles Ostpreußen und deren Freunde zur heimatpolitischen Tagung am 24. / 25. Februar in Rotenburg (Wümme) – Das Jahr 2006 liegt gerade hinter uns und hoffentlich sind alle Leser gut in das Jahr 2007 gestartet. Wir wollen das neue Jahr mit der von Friedrich-Karl Milthaler begründeten Veranstaltung einleiten. Es konnten wir wieder kompetente Referenten gewinnen. Der Bürgersaal in Rotenburg (Wümme), Am Pferdemarkt 3, ist am 24. Februar 2007 ab 14 Uhr geöffnet, und es werden Kaffee / Tee und Kuchen angeboten. Um 15 Uhr wird Ministerialrat Dr. Michael Roik vom Bundeskanzleramt mit seinem Vortrag „Die Kulturpolitik des Bundes“ beginnen. Danach wird Wilhelm v. Boddien vom Förderkreis Berliner Schloß e. V. zum Thema „Soll das Berliner Schloß wieder aufgebaut werden?“ sprechen. Mit einem gemeinsamen Abendessen (Elchbraten) und persönlichen Gesprächen endet der Tag. Am Sonntag, 25. Februar, 9.30 Uhr, wird die Tagung mit dem Vortrag von Gerhard Fröhlich, Pfarrer i. R., „Masuren in der Nachkriegszeit“ fortgesetzt, Fröhlich ist im Kreis Lyck geboren und hat die Nachkriegsjahre in Masuren bis 1972 erlebt. So auch als evangelischer Pfarrer in Ost- und Westpreußen. Es erwartet uns also eine interessante Tagung, die gegen 12 Uhr beendet sein wird. Ein Kostenbeitrag wird nicht erhoben. Zu dieser traditionellen Veranstaltung laden auch in diesem Jahr der Landkreis Rotenburg (Wümme) und die Kreisgemeinschaft alle Interessierten ganz herzlich ein. Anmeldungen, auch für das Elchbraten-Essen zum Preis von 22 Euro pro Person (einschließlich Dessert) und eventuelle Übernachtungswünsche werden bis zum 13. Februar (Posteingang) an die Geschäftstelle der Kreisgemeinschaft Angerburg, Am Schloßberg 6, 273556 Rotenburg (Wümme), erbeten.

Trauer um Fritz Hollberg – Die Angerburger trauern um Fritz Hollberg, der am 24. Dezember 2006 im Alter von 83 Jahren gestorben ist. Zusammen mit seiner Frau hat er mit großem persönlichen Einsatz in beispielhafter Weise den Nachlaß von Edith und Walter v. Sanden betreut und viele Ausstellungen organisiert. Das Dümmer Museum in Lembruch ist ebenfalls auf die Initiative von Adelheid und Fritz Hollberg im Jahr 1968 entstanden. Für seinen beispielhaften Einsatz erhielt er am 4. März 1995 in Rotenburg (Wümme) das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Die Angerburger werden sein Lebenswerk immer in guter Erinnerung behalten.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Telefon (01 71) 5 27 27 14. Gst.: Wiebke Hoffmann, Peiner Weg 23, 25421 Pinneberg, Telefon (0 41 01) 2 23 53, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Neues Buchprojekt Kreis Gerdauen – Nach intensiven Forschungen durch unseren Mitarbeiter Dr. Wulf Dietrich Wagner im Preußischen Staatsarchiv Berlin konnte im letzten Jahr umfangreiches historisches Archivmaterial für unser großes Buchprojekt gefunden und ausgewertet werden. Zu Gerdauen und Nordenburg sowie zu vielen unserer Dörfer und Güter ist eine überragende Fülle an historischen und familiengeschichtlichen Daten, Ereignissen und Namen aufgetaucht. Die Buchkapitel werden auch hier durch letzte Wissensträger um Angaben zu den Häusern, Lebensweisen, Fluchtberichten etc. ergänzt. Leider gibt es einige Themenbereiche oder Güter, die bisher weder durch Akten noch durch Wissensträger oder Aufrufe im „Heimatbrief Kreis Gerdauen“ bearbeitet werden konnten. Daher soll bis zur Drucklegung nunmehr auch die Leserschaft der *PAZ / Das Ostpreußenblatt* durch mehrere konkrete Aufrufe zur Mitarbeit ermuntert werden. Bitte helfen Sie, Lücken in diesem umfangreichen Werk zur Kulturgeschichte des Kreises Gerdauen zu schließen. **Zu Wandlacken und Löcknick** sind sehr ausführliche historische Texte erarbeitet worden. Leider liegen zu beiden Orten kaum alte Fotos vor. Wer besitzt noch welche?

Die Gerdauener Güter gehörten über Jahrhunderte der Familie von Schlieben**,** Sillginnen der Familie von Kreytzen und Willkamm sowie mehrere andere Güter der Familie von Rautter. Zu allen drei Familien (Schlieben, Kreytzen, Rautter) fehlen Porträts oder Familiengemälde aus früheren Jahrhunderten. Wer besitzt einzelne Familienbilder?

Die Güter Theresenthal, Trausen und Mauenwalde gehören noch zu den Stiefkindern der Forschung – hier werden Wissensträger und alte Fotos dringend gesucht!

Ihre Angaben, liebe Leser, richten Sie bitte an Wulf Wagner, Postfach 21 20 01, 10514 Berlin, Telefon (0 30) 3 92 44 52, E-Mail: Wulf.Wagner@gmx.de.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

14. Treffen des Kirchspiels Stadt Drengfurt vom 14. bis 19. Mai (mit den Gemeinden Jäglack, Wolfshagen, Marienthal, Schülzen, Salzbach, Fürstenau und teilweise Rehsau und Servillen mit den umliegenden Gütern und Einzelgehöften) – Mit den restlichen Mitschülern der Korschener Abschlußklasse treffen wir uns wieder in Rieckmann's Gasthaus, Hotel zur Grünen Eiche, Mühlenstraße 6, 29646 Bispingen, Telefon (0 51 94) 95 80, über die BAB leicht erreichbar, montags, spätestens 17 Uhr. Eine Anmeldeliste für eine rechtzeitige telefonische Buchung liegt im Hotel aus. Eine frühere Anreise ist auch möglich (Urlaub). Bei Absprache untereinander können die DB-Anreisenden vom Bahnhof Soltau mit unseren Pkw abgeholt werden. Der HP-Preis beträgt 49,50 Euro in allen Hotelräumen einschließlich der beiden behindertengerechten Appartements je Person / Tag (Telefon, Bad und TV) inklusive des Festessens. Termin hierfür in Absprache vor Ort. Das gilt auch für die geplanten heimatlichen Veranstaltungen (Vorträge über die Lüneburger Heide und die Fahrten zum Ostpreußischen Landesmuseum, zum Salzmuseum und zum Rathaus Lüneburg sowie der Besuch von Bau- und Naturdenkmälern in der näheren Umgebung). Um rege Beteiligung der Erlebnisgeneration und der Nachgeborenen sowie um rechtzeitige Anmeldung wird gebeten. Heimatliche Kurzbeiträge der Teilnehmer sind erwünscht. Ich bitte, weitere Landsleute in Ihrem Umkreis zu informieren. Weitere Auskünfte erhalten Sie gerne beim Vertreter des Kirchspiels Drengfurt Alfred Bendzuck, Chemnitzstraße 47 a, 24837 Schleswig, Telefon (0 46 21) 2 49 27.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

Informative Lektüre für jeden heimatverbundenen Ostpreußen – Der Sensburger Heimatbrief, den unsere Leser kurz vor Weihnachten erhalten haben, brachte unter anderem die Besprechungen zweier Bücher, auf die wir hier noch einmal hinweisen möchten. Das Buch „Unsere masurische Heimat 1818 bis 1918“, das Karl Templin zum 100jährigen Bestehen des Kreises Sensburg herausgebracht hat und das seit Jahrzehnten vergriffen ist, wurde jetzt als Faksimile-Ausgabe neu aufgelegt, ergänzt durch ein Suchverzeichnis, in dem alle in dem Buch erwähnten Ortsnamen mit genauer Angabe der Seiten, auf denen sie zu finden sind, genannt werden. Karl Templin beginnt in seinem Heimatbuch mit der Zeit, als die Landschaft durch die Eiszeit geprägt wurde und nachfolgend die vielfältige Pflanzen- und Tierwelt in dem eisfreien Land heimisch wurde. Umfangreich sind die Aufzeichnungen über die Zeit der Christianisierung durch den Deutschen Orden und die Zeit der weltlichen Fürsten, Könige und Kaiser. Weitere eingehend behandelte Themen sind die Gründung der Städte und Dörfer im Kreis, der Kirchen und der Schulen, die Entwicklung von Sprache und Volkstum, die Heimatpflege und der Bereich Arbeit. Das Buch endet mit den bei Erscheinen wichtigen Themen des Ersten Weltkrieges, es berichtet über Kampfhandlungen und Kriegsnot sowie deren Auswirkung auf den Kreis Sensburg. Das Buch ist zu bestellen bei Martin Kostka, Telefon (0 28 42) 38 08, E-Mail: mk-kali@freenet.de, ISBN 3-00-019413-4. Mit einem für Ostpreußen wichtigen Ereignis im Ersten Weltkrieg beschäftigt sich das Buch „Die Ostpreußenhilfe im Ersten Weltkrieg“ von Stellen Wiemann, Rolf W. Krause und Jörn Barfod. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges wurden zwei Drittel der Provinz Ostpreußen von russischen Truppen besetzt. Zweimal, im August und September 1914 sowie im Winter 1914 / 15 gingen Hunderttausende Einwohner auf die Flucht. Im Februar 1915 gelang es endgültig, den Feind zu vertreiben. Mitten im Krieg begann neben der staatlichen Wiederaufbauhilfe eine

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

groß angelegte private Hilfsaktion. Die „Ostpreußenhilfe“ wurde Dachorganisation von 61 Patenschaftsvereinen. Diese unterstützten bis Mitte der 20er Jahre den Wiederaufbau Ostpreußens. Viele Hilfsvereine ließen unter anderem bei der Königlich Preußischen Porzellanmanufaktur (KPM) Patenschaftsteller herstellen, die verkauft wurden, um Spendengelder einzunehmen. Diese Teller, heute ein selten gewordenes Sammlergut, sind als sichtbarer Ausdruck dieser bedeutendsten privaten Kriegswohlfahrtsorganisation von 1914 /18 erhalten und wurden im Herbst 2006 in einer beeindruckenden Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg gezeigt. In dem anläßlich dieser Ausstellung herausgegebenen Band, der die Geschichte und Arbeitsweise der Ostpreußenhilfe nachzeichnet, sind sämtliche Teller im Farbdruck wiedergegeben. Husum Druck- und Verlagsgesellschaft, Postfach 1480, 25804 Husum, ISBN 10:3-89876-307-2.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Tel. (02 02) 4 60 02 34, Fax (02 02) 4 96 69 81. Geschäftsstelle: Helmut Pohlmann, Tel. (0 46 24) 45 05 20, Fax (0 46 24) 29 76, Rosenstraße 11, 24848 Kropp

Kreistagswahl – Ein neuer Kreistag wird am 17. März gewählt. Vier Jahre sind seit unserer Mitgliederversammlung in Bad Fallingbostel vergangen. Hier wählten wir letztmalig die Mandatsträger, die Mitglieder des Kreistages der Kreisgemeinschaft. Die Amtszeit läuft im März 2007 aus und so müssen wir, das heißt muß die Mitgliederversammlung, einen neuen Kreistag mit all seinen Untergliederungen wieder neu wählen. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit lädt sie daher recht herzlich ein zu unserem Hauptkreistreffen und zur Mitgliederversammlung am 17. März im Seminaris Hotel Lüneburg, Soltauer Straße 3, 21316 Lüneburg. Programm und Tagesordnung: 9 Uhr Einlaß; 10 Uhr Jagdhornbläsergruppe Lüneburg, Eröffnung und Begrüßung durch den Heimatkreisvertreter, Totenehrung, Grußworte Stadt Lüneburg, Jagdhornbläsergruppe Lüneburg, Lesung von Betty Römer-Götzelmann; 11 Uhr Vortrag Ostpreußisches Landesmuseum; 11.30 bis 13 Uhr Mittagspause; 13 Uhr Vorbereitung der Mitgliederversammlung; 14 Uhr Eröffnung der Mitgliederversammlung (Bericht des Heimatkreisvertreters über die Arbeit in der abgelaufenen Wahlperiode, Änderung der Satzung der Kreisgemeinschaft, Wahl der Mitglieder zum Kreistag für die Wahlperiode 2007 bis 2011, Konstituierende Sitzung des neuen Kreistages, gemütliches Beisammensein und Ausklang). **Zusätzliche Informationen** – Das Seminaris Hotel Lüneburg verfügt über sehr gut ausgestattete Einzel- und Doppelzimmer sowie eine ausgezeichnete Küche. Sie erreichen das Hotel: vom Hauptbahnhof mit den Buslinien 5003 Richtung Schulzentrum Oedeme, oder 5007 Oedeme am Teich. Mit dem Pkw aus Norden: A 7 bis Autobahnkreuz Maschen, dann A 250 bis Lüneburg, weiter auf der Umgehungsstraße bis Abfahrt Kaltenmoor; aus Süden: A 7, Aufahrt Soltau Ost und weiter auf der B 209. Sollten Sie nicht im Seminaris Hotel übernachten wollen, so wenden Sie sich bitten an die Touristinformation der Lüneburg Marketing GmbH, Telefon (0 41 31) 71 35 30 oder Fax (0 41 31) 71 36 34. Dort erhalten Sie Informationsmaterial über weitere Unterkünfte und auch über die Stadt Lüneburg.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 13. Januar, 20.10 Uhr, N-TV: Bomben gegen Deutschland.

Sonntag, 14. Januar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Montag, 15. Januar, 20.05 Uhr, N24: Das Ende der Hindenburg.

Freitag, 19. Januar, 20.15 Uhr, NDR: 30. Januar 1945 – Der Tag, an dem die „Gustloff“ sinkt.

Kurische Nehrung in Bildern

Ausstellung im Museum Stadt Königsberg vermittelte ein rundes Landschaftsbild

Von DIETER GÖLLNER

Die Kurische Nehrung ist so merkwürdig, daß man sie ebenso gut als Spanien und Italien gesehen haben muß, wenn einem nicht ein wunderbares Bild in der Seele fehlen soll“, so Dr. Wolfram Eggeling bei der Eröffnung der neuen Sonderausstellung im Duisburger Museum Stadt Königsberg.

Die charakteristischen Landschaftsformationen der Kurischen Nehrung, die einfachen Fischerhäuser, die Kurenkähne mit ihrer spezifischen, dem flachen Wasser des Haffs angepaßten Bauweise und ihren bunten Holzwimpeln sowie nicht zuletzt die Bewohner selber, denen ihr karges und hartes Leben ins Gesicht geschrieben war, faszinierten Künstler über viele Jahrzehnte hinweg.

Im Mittelpunkt der Wechselausstellung des Museums Stadt Königsberg „Künstlerparadies Kurische Nehrung“ befindet sich eine Bildergalerie mit Ölgemälden, Aquarellen und Grafiken. Die von Dr. Wolfram Eggeling und Lorenz Grimoni erstellte Präsentation umfaßt Werke von rund 40 Künstlern aus mehreren Generationen, die sich in der Künstlerkolonie Nidden aufgehalten haben. Es ist bemerkenswert, wie die Maler unterschiedlicher Stile ihre Sicht auf die einzigartige Landschaft umgesetzt haben. Die Ölgemälde, Aquarelle und Grafiken vom Realismus und Naturalismus über den Impressionismus bis zum Expressionismus und zur Neuen Sachlichkeit vermitteln charakteristische Ausschnitte aus einem umfangreichen Gesamtwerk. Die Themen, denen die Künstler sich hauptsächlich zuwandten, spiegeln sich in der Ausstellung wider. Der Ausstellungsbereich Künstlertreffpunkt „Gasthaus Blode“ beinhaltet Porträts von Hermann Blode und seiner Frau, Ansichten des Hauses sowie Originalgeschirr des Gasthofes, das Maja Ehlermann-Mollenhauer zur Verfügung gestellt hat. Die Bernsteingewinnung, die Vogelwarte und der Segelflughafen in Rossitten werden als weitere Besonderheiten der Kurischen Nehrung vorgestellt.



Besucher der Ausstellung Foto: DG

Wie der langjährige Leiter des Museums Stadt Königsberg, Lorenz Grimoni, betonte, runden insbesondere weitere Informationen zur Geschichte und Geographie der Kurischen Nehrung sowie Landkarten und touristische Prospekte aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts das bunte Bild der Faszination Kurische Nehrung ab.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42. Da die Amtszeit des gesamten Vorstandes abläuft, stehen neben Rückblick, Planung unter anderem auch die Neuwahlen des Gruppenvorstandes auf der Tagesordnung. Mitglieder und Gäste sind herzlich eingeladen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Gäste nur dann stimmberechtigt sind, wenn sie spätestens bei der Versammlung eingetreten sind und dann als neue Mitglieder teilnehmen. Weitere Informationen erteilt der Vorsitzende Ralf-Peter Wunderlich unter Telefon (0 57 51) 30 71 oder der Schriftführer Joachim Rebuschat, Telefon (0 57 51) 53 86.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Sonnabend, 15 Uhr, „Schabberstunde“ in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Dortmund – Montag, 15 Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Heimatstuben der Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße / Landgrafenstraße.

Düsseldorf – Dienstag, 16. Januar, 15 Uhr, Frauennachmittag im Ostpreußenzimmer, Raum 412, GHH. – Mittwoch, 17. Januar, 19 Uhr, „Düsseldorfer Chorgemeinschaft“, Eichendorff-Saal, GHH. – Donnerstag, 18. Januar, 19.30 Uhr, Offenes Singen, Ostpreußenzimmer, Raum 412, GHH.

Köln – Dienstag, 9. Januar, 14 Uhr, Heimatnachmittag im Kolpinghaus International, St. Apern / Helenenstraße 32, 50567 Köln. Thema: „Lötzen wie es war – Stationen bis Köln“, Referentin ist Frau Oetterer. Anschließend Jahresempfang.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Dessau – Montag, 15. Januar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Es wird der Videofilm: „Fahrt auf dem Oberlandkanal“ gezeigt. – Montag, 22. Januar, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe in der Begegnungsstätte „H. Rühmann“.



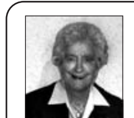
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Tel. (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Kiel – Montag, 15. Januar, 15 Uhr, Mitarbeitersitzung im Haus der Heimat.

Den PMD erreichen Sie unter Telefon: (0 40) 41 40 08 27

Anzeigen



Wir gratulieren unserer lieben Mutti
Omi und Uromi

Mathilde Arndt geb. Berger
Aus Balga, Kreis Heiligenbeil



90 Jahre am 13. Januar 2007

Wir wünschen Dir noch viele gesunde Jahre und dass Du weiterhin so aktiv und reiselustig bleibst

Deine Kinder Hannelore und Dieter, Marga und Arno, Gisela A., Heike und Thomas, Gisela H., Christa und Hans-Joachim sowie Deine 15 Enkel und 13 Urenkel

Turmstraße 58 E · 58099 Hagen/Westfalen

Meinem lieben Schatz



Siegfried

herzliche Glückwünsche zum **76.** Geburtstag am 15. Januar!

Deine Lore Ellen und Wilfried Kirsten



Ich weiß, woran ich glaube,
ich weiß, was fest besteht.
Ich weiß, was ewig bleibet,
wenn alles wankt und fällt.
Wo Wahn die Weisen treibet
und Trug die Klugen prellt.
E. M. Arndt

Friedrich Reuter

∗ 3. 2. 1916 in Schloßberg
† 3. 1. 2007 Schönberg

In stiller Trauer
die Hinterbliebenen und Nachbarn

Schönberg

Die Trauerfeier fand am Mittwoch, dem 10. Januar 2007, um 9 Uhr in der kleinen Halle des Krematoriums Kiel statt.

Wenn die Kraft zu Ende geht,
ist der Tod eine Erlösung.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, guten Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Cousin

Günther Artur Zander

∗ 13. 3. 1937 † 27. 12. 2006
in Kapkeim, Kreis Wehlau, Ostpreußen



In Liebe und Dankbarkeit
Lily Zander, geb. Nocum, **und Katja**
Renate Zander
Ingrid Ottmann, geb. Zander, **und Winfried mit Petra, Tina, Peter und Familien**
Faye und Adrian Love
Amie und Gerald Hauk
und alle Angehörigen

67281 Kirchheim an der Weinstraße, Weinstraße Nord 38

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 3. Januar 2007, um 14.00 Uhr in der Friedhofshalle Kirchheim statt.

Dem lieben Verstorbenen
ein stilles Gedenken

Günther Scholten

geb. 1. 10. 1930 Hohenstein/Ostpreußen
gest. 21. 12. 2006 Achim bei Bremen

Dr. Ingeborg F. Schaele
geb. Stammelbach

Im Januar 2007



Der Herr hat Gnade zu meiner Reise gegeben.
Lasst mich, dass ich zu meinem Herrn ziehe.
1. Mose 24, 56

Was in mir Seele war, bleibt bei Euch,
es wird immer mit Euch sein.
Das kostbarste Vermächtnis eines Menschen ist die Spur,
die seine Liebe in Euren Herzen zurückgelassen hat.
Ich erwarte, dass ich nur einmal durch die Welt gegangen bin.
Deshalb habe ich an Euch alles Gute getan
und jede Freundlichkeit erwiesen.
Ich habe es nicht verschoben und nicht übersehen,
denn ich werde den gleichen Weg nicht zurückkommen.
Immer wenn Ihr Euch in stillen Stunden meiner in Liebe
erinnert, werde ich vor Euch stehen.

Frieda Zauner
geb. Friedriszik

∗ 25. 10. 1916 Gehlenburg Kreis Johannisburg/Ostpreußen
† 7. 12. 2006 Viersen-Süchteln

Wir haben Abschied genommen von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin, Tante und Cousine

Jürgen und Gerda Zauner
mit Friedrich-Jörn und Jochen
Willy Friedriszik und Kinder
Gerhard und Erika Friedriszik mit Rolf
Gerda Friedriszik und Kinder
Franziska Zauner und Kinder
und Anverwandte

An der Hees 15, 41751 Viersen-Dülken, Grünau im Almtal/Oberösterreich.



In stiller Trauer nehmen wir Abschied von unserer guten Mutter, Schwiegermutter, Oma und Uroma

Ella Borchers
geb. Joswig
aus Drigelsdorf (Drygallen)
∗ 15. 9. 1918 † 31. 12. 2006

Im Namen aller Angehörigen
Rosemarie Hofer

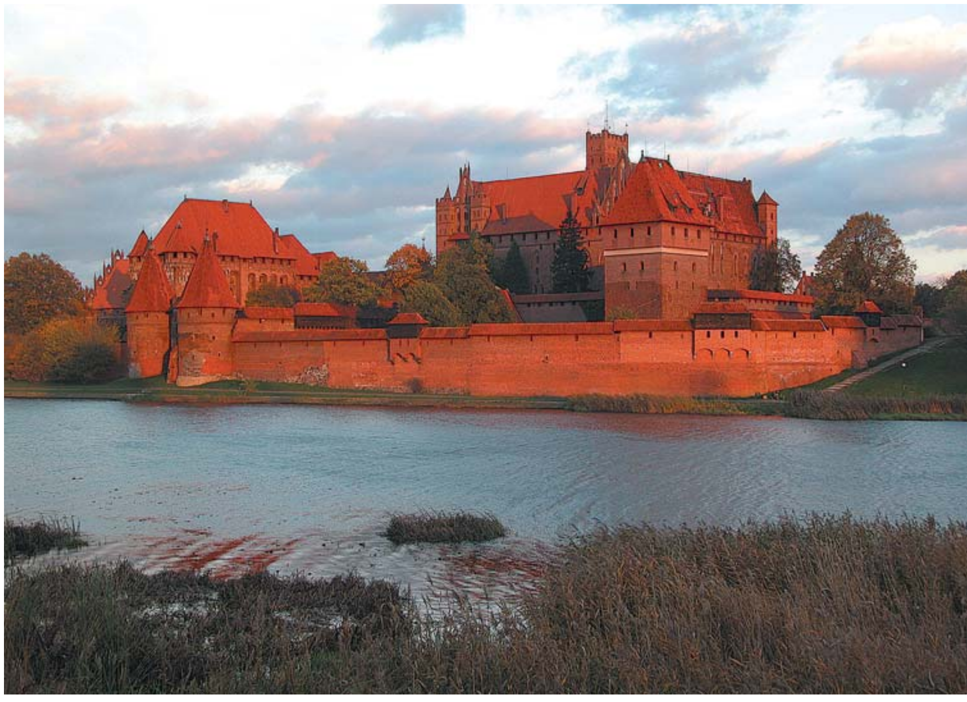
München

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 4. Januar 2007, auf dem Waldfriedhof, Neuer Teil, statt.

»Endlich wieder daheim«

Exponate der Ausstellung »Fragmente der Vergangenheit« verließen das Kulturzentrum Ostpreußen in Richtung Heimat

Von MANFRED E. FRITSCHE



Die Westseite der Marienburg: Dieses Baudenkmal ist immer wieder beliebter Anlaufpunkt von Fotografen. Foto: mef

Gut ein halbes Jahr war der Apostel der Marienkirche aus dem ostpreußischen Marienburg zu Gast in der Bundesrepublik Deutschland – nun ist er unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in seine Heimat zurückgekehrt.

Um 1340 wurde die Apostelfigur geschaffen, die neben wertvollen Gemälden eine der Hauptattraktionen der Ausstellung „Fragmente der Vergangenheit" des Marienburger Schloßmuseums war. Gut bewacht wurden die Kunstschätze nun wieder in das Schloßmuseum Marienburg zurück gebracht. Enrico Göllner vom Kulturzentrum Ostpreußen sowie der Journalist Manfred Fritsche begleiteten die Überführung.

Die Organisation der Fahrt hatte der Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen Wolfgang Freyberg übernommen. Probleme gab es schon bei der Anmietung eines geeigneten Lastkraftwagens, denn für den in Weißenburg ansässigen Vermieter, der den Namen „Europa" in seinem Namen führt, endet der Kontinent trotz des Beitritts von Polen zur Europäischen Union noch wie vor in Frankfurt an der Oder. Ein anderer Verleiher konnte aber gefunden werden.

Bereits einen Tag nach Ausstellungsende reiste ein polnisches Team unter der Leitung der Konservatorin Jolanta Ratuzna von Marienburg nach Ellingen, um die 200 Exponate der Ausstellung sicher in die Transportkisten zu verpacken. Dies waren vor allem Exponate aus der Zeit des Deutschen Ordens, des Königlichen und des Herzoglichen Preußens, aus Westpreußen, der Zwischenkriegszeit und auch aus der Zeit nach 1945, Silber- und Goldschmiedearbeiten, Bernsteinkunst aus fünf Jahrhunderten, Gemälde und Grafiken, sakrale Plastiken und Medaillen, ein Danziger Kabinettschrank aus Bernstein aus dem Jahre 1771, das Gemälde „Die Schlacht bei Tannenberg" des berühmten polnischen Malers Jan Matejko aus dem Jahre 1872, das Bildnis von Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg zu Pferde, das der deutsche Maler Alfred Tschautsch 1874 geschaffen hat, sowie letztendlich als größtes Kunstwerk die Apostelfigur mit Sockel und Baldachin aus der Schloßkirche St. Marien.

Die versiegelten Kisten wurden von den polnischen Museumsmitarbeitern auf den Lkw verladen und dieser wiederum versiegelt. Mit Bartek, einem polnischen Helfer auf dem Beifahrersitz, begann die Fahrt in Richtung Grenzübergang Frankfurt / Oder. Viele Kilometer vor dem Übergang stauten sich die Lkw auf der Autobahn, an denen vorbei fuhren wir auf der Pkw-Spur bis auf die Grenzbrücke vor, da wir wegen der wertvollen Fracht dort vorgemeldet waren. Dennoch gab es eine 20minütige Wartezeit, mit

Ein Transport mit MP-bewehrter Eskorte

den in polnischer Sprache abgefaßten Begleitpapieren konnte der deutsche Grenzbeamte nichts anfangen und mußte seinen polnischen Kollegen zu Hilfe rufen.

Nur 50 Meter nach der Abfertigungsstelle wartete bereits das polnische Begleitkommando auf uns – zwei uniformierte und bewaffnete Beamte sowie ein Begleitbus. Bartek, der auf der deutschen Strecke mit uns gefahren war, wechselte in den Bus. Auf dem Beifahrersitz saß ab nun ein Wachmann mit einer Maschinenpistole in der Hand. Nach einem Tankstopp kurz nach der Grenze, bei dem die beiden Uniformierten mit ihren Maschinenpistolen unseren eher unauffälligen kleinen Lastwagen deutlich sicherten, bat man uns „nonstop" bis Marienburg zu fahren – immerhin 350 Kilometer auf polnischen Straßen. Die ersten 80 Kilometer waren auch kein Problem, auf der neu mit EU-Mitteln gebauten Straße 22 von Küstrin bis Landsberg an der Warthe konnte die Höchstgeschwindigkeit des Lkw genutzt werden. Danach aber folgten lange Alleen mit schmalen Fahrbahnen, gepflasterte Streckenstücke und geteerte Abschnitte mit tiefen Spurrillen.

Bei fortschreitender Dunkelheit fehlte dann zudem die Fahrbahnmarkierung, so daß es auf der engen Straße sogar zu einer Berührung mit dem Außenspiegel eines entgegenkommenden Lastwagens kam – ein Zeichen des Wachmannes: „Weiter – nicht anhalten". Wir durchquerten weit auseinander liegende, nahezu unbeleuchtete Ortschaften, in denen nach Einbruch der Dämmerung fast niemand mehr zu sehen war. Lediglich die vielen Grableuchten auf den Friedhöfen neben der Straße zeigten, daß die Gegend bewohnt ist. Nach sieben Stunden Fahrzeit, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von etwa 50 Stundenkilometern entspricht, kamen wir gegen 23 Uhr in der Stadt am Nogat, einem Mündungsarm der Weichsel, an. Direkt vor der rund um die Uhr mit einem Wächter besetzten Schloßpforte war für uns ein Parkplatz reserviert, auf dem der Lkw bis zur Rückfahrt verblieb.

Am frühen Morgen des nächsten Tages begannen die Mitarbeiter des Schloßmuseums, den Lkw zu entladen, während wir uns die Stadt ansahen. Leider ist neben dem Rathaus, dem Bahnhof, einigen Stadttürmen, der Kaserne und einigen Villen nichts aus der früheren Zeit der Stadt erhalten geblieben. Reges Leben herrscht auf dem Wochenmarkt, aber die Ladengeschäfte der fast 40000 Einwohner zählenden Stadt sind schwach frequentiert. Erfolglos blieb auch die Suche nach einem Lokal mit heimischer Küche, lediglich eine Dönerkneipe und eine Pizzeria sind auf der Hauptstraße zu finden.

Bereits am Morgen waren zahl-

Deutsche Zöllner als Hindernis

reiche Busse mit Schulkindern am Schloß eingetroffen, um den auf 21 Hektar Grundfläche liegenden „größten Backsteinbau Europas" zu besichtigen Am Nachmittag fand für uns eine deutsche Führung durch die zum Weltkulturerbe der Unesco gehörende Anlage statt. Nur in den Buden rund um den Haupteingang sind Reiseführer in mehreren Sprachen, Ansichtskarten und Andenken zu bekommen – in der Stadt selbst sucht man solche Dinge vergeblich.

Die Marienburg entstand in der Zeit zwischen 1270 bis 1300 am Ufer des Nogat. Sie wurde vom Orden der Brüder vom Deutschen Haus St. Marien erbaut und nach ihnen benannt. Die politische Lage veranlaßte 1271 den Deutschen Orden, seinen Hauptsitz von Venedig nach Marienburg zu verlegen. 1410 nach der verlorenen Schlacht bei Tannenberg konnte die Burg noch erfolgreich verteidigt werden, aber 1455 wurden wegen Geldschwierigkeiten an die Söldner verpfändet. Diese verkauften sie dann direkt an den polnischen König.

Während des Dreißigjährigen Krieges 1626 und 1629 sowie im Schwedisch-Polnischen Krieg von 1656 bis 1660 wurde die Burg von den Schweden besetzt. Ab 1773 gehörte die Burg dann zur Provinz Westpreußen des Königreiches Preußen. Durch die Nutzung als Kaserne wurden viele Elemente der mittelalterlichen Architektur zerstört, und es gab für das Hochschloß sogar Abrißpläne. 1804 verbot König Friedrich Wilhelm III. die geplanten Abrißarbeiten. Ab 1817 fanden Rückbaumaßnahmen in den ursprünglichen Zustand statt. Nach rund 120 Jahren Restaurierung wurde die Burg im Zweiten Weltkrieg zu 60 Prozent zerstört. Nach dem Krieg wurde sie vom polnischen Staat wieder aufgebaut. Seit einigen Jahren ist auch die Marienkirche wieder für die Öffentlichkeit zugänglich. Diese wurde nicht renoviert, sondern bisher nur gegen Einsturz gesichert; das Ausmaß der Zerstörung wird auf eindringliche Weise dokumentiert. So wird es auch noch eine Weile dauern, bis der früher an der Nordwand der Kirche angebrachte Apostel von seinem Standplatz im Museumstrakt wieder an der originalen Stelle angebracht werden kann.

Für die Rückfahrt hatten wir uns den Grenzübergang Frankfurt / Oder ausgesucht. Viele Schilder auf der polnischen Seite zeigten, daß der Grenzübergang für Lkw über zwölf Tonnen gesperrt ist – wobei wir annahmen, daß dann unser Auto mit 7,5 Tonnen keine Probleme bereiten würde. Weit gefehlt – der polnische Grenzbeamte am Schlagbaum lächelte weise auf unseren Hinweis auf die zwölf Tonnen und nickte, der deutsche Zöllner bestand jedoch darauf, daß der Übergang grundsätzlich nicht von Lkw benutzt werden darf. Er lies uns auf der Brücke wenden und schickte uns zur Autobahn, wo wir uns dann in die lange Schlange der Lastwagen einreihen und etwa eine Stunde bis zum Passieren der Grenzlinie warten mußten.

Von »Alba« und »Beffchen«

Pfarrer Franciszek Czudek führte die „Alba“ in Nikolaiken wieder ein

Von FRYDERYK TEGLER

„Warum tragen Pastoren in Masuren Spitzen?“

Erstens diese „Spitze“ heißt in der Sprache der Kirche, aber auch im Volksmund, besonders dort wo sie von den Geistlichen getragen wird (zum Beispiel im Teschener-Gebiet, der Slowakei, im Baltikum, in den meisten skandinavischen Ländern, aber auch in manchen evangelischen Gemeinden in Holland und Polen, „Alba“. Der weibliche Begriff kommt aus dem Lateinischen, wo er soviel wie weiße Perle bedeutet).

Wie ist diese Alba nach Nikolaiken gekommen? Kurz: durch den dortigen Gemeindepfarrer Franciszek Czudek! Pastor Czudek ist eine ganz besondere Persönlichkeit und ein sehr begabten Organisator, Prediger und Seelsorger. Sein Weg ins Pfarramt war sehr steinig und äußerst schwierig! Also Franciszek Czudek, Jahrgang 1942, geboren im Teschener-Gebiet, begann sein Studium der ev. Theologie Anfang der 60er Jahre in Warschau. Aber er hatte „kein Glück“, mußte das Studium unterbrechen – und kam „zur Strafe und Umerziehung“ in eine schlesische Kohlengrube – dort hatte er einen schweren Unfall, an deren Folgen er bis heute leidet, aber die Kommunisten haben ihn nicht freigelassen und er wurde nach Masuren geschickt, um dort staatliche Güter zu leiten. Es war eine Wanderung von einem Ort zum anderen, bis er dort seine spätere Ehefrau kennen- und lieben gelernt hatte. In den 80er Jahren durfte er Masuren verlassen, aber noch nicht in seine Heimat in Südpolen zurückkehren. So blieb die junge Familie in Warschau hängen. Schnell erkante man dort den außergewöhnlichen Menschen und Christen und holte ihn als Küster (Hausmeister und „Mädchen für alles“) in die evangelische St. Trinitatis-Kirche im Zentrum von Warschau. Mir ist diese Kirche ganz besonders lieb – weil ich dort am 1. Adventssonntag 1972 von Bischof Prof. Dr. Wantula zum Pfarrer der Evangelischen Kirche, ordiniert wurde.

Franciszek Czudek, versucht trotz Familie und Beruf, zum zweiten Mal Theologie zu studieren – aber diesmal mit Erfolg. Am 15. Juli 1990 wird er zum Pfarrer der Ev. Kirche ordiniert! Seine erste Gemeinde wird Nikolaiken, wo er zuvor Vikar war. Bei Übernahme des neuen Amtes, in einer Gemeinde die (fast) tot ist, bittet Pfarrer Czudek den dortigen Kirchenvorstand, die weiße Albe zu tragen. Der Kirchenvorstand, der die Liebe und Sehnsucht seines Pfarrers zu seiner alten Heimat, (dem Teschener-Gebiet) kennt erlaubt ihm, diese zur Probe ein Jahr zu tragen. In dieser Zeit renoviert Pfarrer Czudek die Kirche, baut ein Gästehaus und fängt an, das Alten- und Pflegeheim „Die Arche“ zu bauen. Es wächst das Gemeindeleben, und die „tote“ Gemeinde wächst und gedeiht. Der dortige Kirchenvorstand verlängert seinem Pastor die Erlaubnis, die weiße Albe zu tragen; als ein Zeichen des Dankes, der Toleranz und des Vertrauens zu Pfarrer Czudek, der weiter baut in Nikolaiken, Ukta und anderswo.

Der schwarze Talar ist 1811 beziehungsweise 1817 durch den preußischen König Friedrich Wilhelm III. eingeführt worden und hat sich überraschend schnell auch weit über Preußen hinaus als gottesdienstliches Gewand der evangelischen Pfarrer durchgesetzt. Ein wesentlicher Grund dafür mag sein, daß auf diese Weise der Willkür und Uneinheitlichkeit selbst in den Gemeinden ein und derselben Stadt ein Ende bereitet wurde, zu der es infolge des weithin vorherrschenden Desinteresses an Formen im Blick auf den Gottesdienst gekommen war. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß die Kabinettsorder und der Konsistorialbeschluß nicht erlassen wurden, um noch in Gebrauch befindliche Gewandung zu verbieten. Diese sollten vielmehr erhalten bleiben, wo sie noch getragen wurden. Praktisch aber hat der schwarze Talar im deutschen Sprachraum alle andere Gewandung verdrängt. Es ist heute für uns überraschend, daß der Talar nicht nur für die „evangelischen Geistlichen“, sondern auch für Rabbiner und Juristen vorgeschrieben wurde. Es handelt sich dabei also keineswegs, wie bei den Gewändern zuvor, um eine rein gottesdienstliche Kleidung. Hier werden nicht nur Grenzen zwischen Religionen verwischt. Vielmehr werden die den Gottesdienst leitenden Personen verschiedener Religionen untereinander und zudem amtierenden Richtern und Staatsanwälten, das heißt Staatsbeamten, gleichgestellt. Wie erklärt es sich, daß eine königlich-preußische Anordnung nicht nur in anderen Staaten, auch Preußen keineswegs wohlgesonnenen, übernommen und angewandt, sondern daß diese Neuerung auch über alle theologischen und kirchlichen Unterschiede hinweg ohne Diskussion akzeptiert wurde? Dies ist wohl in erster Linie darauf zurückzuführen, daß Gestalt und Farbe dieses Gewandes dem Zeitgeschmack in einer so überzeugenden Weise entsprachen, daß dahinter alle Einwände zurücktraten. Am Anfang des 19. Jahrhunderts hatte sich im Blick auf die Farbe ein großer und tiefgreifender Wandel vollzogen. Farbe trat danach weitgehend zurück. Der herrschende Empire-Stil war ganz auf Weiß reduziert. In der männlichen Kleidung,



Bekleidet mit „Alba“ und „Beffchen“: Pastor Fryderyk Tegler (links) und Pfarrer Franciszek Czudek. Foto: privat

besonders in der festlichen, wurde die Buntheit durch das nun als feierlich empfundene Schwarz ersetzt. Farbe hielt sich nur noch in der Tracht auf dem Lande, bei der einfachen Bevölkerung. So spielt also auch die standesmäßige Stellung des Pfarrherrn eine nicht unwesentliche Rolle bei der Akzeptanz. Sie entsprach dem damaligen Amtsbewußtsein und Standesdenken. Der schwarze Talar ist also zweifellos ganz aus dem modischen Zeitgeist heraus geschaffen und angenommen worden. Seine gottesdienstliche Wirkung wurde dabei weniger bedacht. Aber Bilder, die Luther im schwarzen Standeskleid darstellten, schienen den preußischen schwarzen Talar nachträglich historisch zu legitimieren.

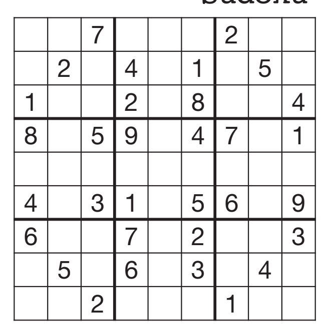
Verdrängt wurden aber jene zahlreichen Darstellungen, die Luther beim Gottesdienst das Alltagsgewand tragend darstellten, und an den spätantiken Gewändern hielt man auch dann fest, als sie sonst außer Gebrauch gekommen waren. So hatte man ein Untergewand und ein Obergewand, und wie im Alltag trugen die niedriger Stehenden nur das Untergewand. Dies war die Tunika, ein weißes Gewand aus Leinen, das schon die ersten römischen Bischöfe trugen. Dieses Gewand, das von den ersten Christen stets in weißer Farbe verwendet wurde und von daher den Namen Alba bekam (albus = weiß). Mit Sicherheit war dies auch das weiße Kleid, das die Neugetauften erhielten. Anwendung der Alba oder Nichtanwendung war zur Lutherzeit und danach frei, aber die Tradition, daß der Leiter des Gottesdienstes die Alba nur bei der Eucharistie trug, wurde bei den Lutheranern weithin beibehalten. Die Predigt allerdings hielt man, damaligem Brauch gemäß, im Standesgewand (Mönchskutte, Professorenschaube, Soutane). Berühmtes Beispiel ist Luther, der bis 1524 in schwarzen Augustinerkutte, danach in der ebenfalls schwarzen Professorenschaube predigte. Dieses Praxis führte in manchen Gemeinden zu der Gewohnheit, daß der Liturg erst nach der Predigt ein kurzes, weitgeschnittenes weißes Gewand überzog, den sogenannten Chorrock (Chorhemd). Dieses Gewand hatte sich aus der Alba entwickelt und übernahm bei den geistlichen auch den Namen Alba.

Wir in Ostpreußen, die wir in der Tradition der Altpreußischen Union aus dem Jahre 1817 stehen, haben eher eine gebrochenes Verhältnis zu der (weißen) Alba aus Leinen mit Spitze und lieben den schlichten Talar mit weißem Beffchen am Hals. Aber so wichtig sind die Kleider auch nicht. Es gibt einen Spruch: „Nicht Textilien, sondern der Text ist wichtig“. Da es sich aber um einen Gottesdienst handelt, der als festliche Versammlung des Volkes Gottes handelt, sollte der Pfarrer auch festlich gekleidet sein und nicht nur im schwarzen Talar erscheinen, in welchem er Kranken- und Sterbebesuche macht und Trauerfeiern (Begräbnisse) hält.

Die Alba mit Spitze soll ewas Besonders sein und als liturgisches Grundgewand, das weiße Kleid der Getauften, nicht nur in Nikolaiken getragen werden.

Fleischspeise – heiteres musikal. Bühnenwerk – englisch: Dampfer – Gebirgspflanze, Rhododendron – Wundmal – kleinbürgerlich – Klettertrieb einer Pflanze – franz. Schriftsteller (André) – nach unten bewegen (Kopf) – Ehrlichkeit – Fuß- oder Handrücken – Stadt in Belgien – frühere schwed. Popgruppe – Bodenzusatz, Kompost – Kinderkrankheit – Kostenpunkt – Schwimmstätte draußen – Stadt in Oberitalien – gelehriger Zahnwal – Hauptstadt von Marokko – gefährl. Filmszenen übernehmen – Brustknochen – billigen, akzeptieren – erhöhter Fußbodenteil – Landstreitkräfte – feines Gewebe – musterhaft, vollkommen – englische Grafschaft – dt. Schauspieler (Mario) – ungehindertes Hereinkommen – Fragewort: wieso? – Würde, Ansehen – nordamerikanisches Wildrind – jap. Herrschertitel – Entlüftungsvorrichtung – Raumtonverfahren (Kzw.) – Getreidespeicher – italienischer Dichter – Fassseitenbrett – saure Flüssigkeit zum Würzen – Nachrichtenbüro – tierisches Milchorgan – Gelbes im Hühnerprodukt – franz. Stadt an der Mosel – geometrische Figur – Vorderasiat – Bewohner eines Erdteils – Sprossenstiege – Aluminiumoxid – Gaststätte – Zweifel, Bedenken – unverfälscht – Feuerstein – Fenstervorhang – flink, schnell – altrömische Monatstage – Sondervergütung – Wechsel, Umgestaltung – weibliches Reh – unbefangen; kindlich – hornähnlicher Stoff (Insekten) – weiterbestehen, anhalten – Kopfbedeckung – kostspielig – Vorfahr – Fußmatte – Zwiesprache mit Gott – Rauchfang, Schornstein – Richtungsbestimmer – italienische Weinstadt – männliches Borstentier – Entwicklungsrichtung, Tendenz – altgriech. Orakelstätte – Rüge, Verweis – Warnung bei Gefahr – ägyptische Stadt am Nil – Rätselfreund – Maschine für Erdarbeiten – törichter Mensch – Spukgestalt – ausführen, verrichten – englisches Bier – Roll- und Eiskunstlauffigur – Staat in Nahost, Persien – ölhaltige Nutzpflanze – chem. Zeichen für Tantal – festländischer Teil Dänemarks – Stadt in d. Lüneburger Heide – Schiffseigner – Art, Gattung (Kunst, Medien) – Klebemittel – männliche Anrede

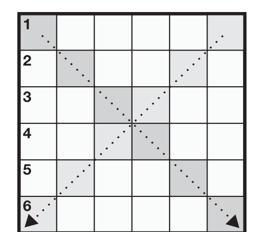
Sudoku



		7				2		
	2		4		1		5	
1			2		8			4
8		5	9		4	7		1
4		3	1		5	6		9
6			7		2			3
	5		6		3		4	
		2				1		

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält.

Diagonalrätsel



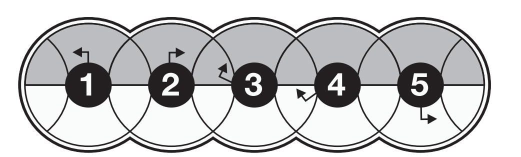
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei religiöse Lieder.

1 Stadt in Oberfranken,
2 griechische Insel,
3 Zuruf beim Trinken,
4 hohe Stimmlage,
5 vornehm, prachtvoll,
6 Zeichengerät

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Staat in Vorderasien.

1 zerstreut, unruhig, **2** überstürzt, eilig, **3** scherzhaft: Ahnung, **4** englische männliche Anrede, **5** instrumentales Musikstück



So ist's richtig:

F S A S G O G A
ROETELN PREIS FREIBAD
RIPPE PAVIA DELFIN B U
KE ANERKENNEN ESTRADE
WARUM NB SK KENT A ON
SE EHRE SEIDE H ABZUG
STEREO BI DANTE DAUBE
METZ ESSIG E EIDOTTER
EE KREIS AGENTUR RL
LOKAL UN FLINT
BONUS STORE ET O
RICKE CHITIN
ANDAUERN HUT DE
GEBET P ABTRETER
N ASTI TREND
DELPHI VE I U E
GESPENST BAGGER
RS I AXEL IRAN
JUETLAND RAPS TA
N UELZEN REEDER
GENRE LEIM HERR

Diagonalrätsel: 1. Coburg, 2. Rhodos, 3. prosit, 4. Sopran, 5. feudal, 6. Lineal – Choral, Gospel

Kreiskette: 1. fahrig, 2. hastig, 3. Animus, 4. Mister, 5. Sonate – Afghanistan

Sudoku:

5	4	7	3	9	6	2	1	8
9	2	8	4	7	1	3	5	6
1	3	6	2	5	8	9	7	4
8	6	5	9	3	4	7	2	1
2	9	1	8	6	7	4	3	5
4	7	3	1	2	5	6	8	9
6	1	4	7	8	2	5	9	3
7	5	9	6	1	3	8	4	2
3	8	2	5	4	9	1	6	7

Von Klaus J. Groth

Von der Muschel zur Münze

Serie: So kam der Mensch zum Geld / Teil II

Es gab Zeiten, da lief es auch ohne „Bares" ganz gut. Man tauschte Hirse gegen Hammel, zahlte mit Dattel oder Kakaobohne und erfand die Kleiderwährung. Feiner wurde es dann mit Gold- und Silberplatten.

Alle wollen nur Ihr Bestes! Ihr Geld! Um daran zu kommen, wird geschmeichelt und betrogen, gearbeitet und geschummelt. Am Ende ist es wie gewonnen so zerronnen. „Ein Heller und ein Batzen, die waren beide mein" – wer würde heute noch ein Lied darauf singen? Keinen Pfifferling sind Heller und Batzen mehr wert. Und die Deutsche Mark mußte vor fünf Jahren nach 1000 Jahren Verläßlichkeit dem Euro Platz machen.

Geld ist flüchtig, und jeder will es halten. Aber der Taler muß wandern, sonst taugt er nichts.

Kluge Abhandlungen über das Wesen des Geldes reihen sich in den Bibliotheken der monetären Wissenschaften zu Regalkilometern. Eine Untersuchung klingt komplizierter als die andere, aber so recht begreiflich kann keine machen, was nun dran ist an dem Geld, das materiell keinen Wert hat und doch demjenigen, der es besitzt, fast alles geben kann.

Aber: Geld will nicht verstanden werden. Geld will geliebt werden. Es bevorzugt keineswegs die klugen Köpfe. Die mögen noch so sehr über das Wesen des Geldes nachdenken, sie haben trotzdem keines. „Wenn einer Geld hat", stellte der römische Dichter Ovid fest, „darf er dumm sein." Er darf es auch schon sein, wenn er zu Geld kommen will. Nur fällt das dann noch ein paar Leuten mehr auf. Das ändert sich erst, wenn einer aus dem Schneider ist und seine Kreditwürdigkeit nicht mehr in Peanuts aufgewogen wird.

Wer wie die Wikinger, Hamstern gleich, in großer Zahl Töpfe prall gefüllt mit dem schönsten Silbergeld hinter der Hütte verbuddelte, hatte von der flüchtigen Seele des Geldes nichts begriffen. Immer wenn die Wikinger einen ihrer Töpfe wieder fanden, war sein Inhalt nur noch die Hälfte wert. Der Erfolg ihrer Raubzüge war nicht von Dauer. 80 000 orientalische, 45 000 englische und 85 000 deutsche Münzen vergaßen sie in der Erde. Wer Geld so schnöde behandelt, erfreut sich nicht lange daran.

Der wirkliche Liebhaber nimmt wie Dagobert Duck regelmäßig ein erfrischendes Bad in Dukaten. Oder wie jener Erzherzog Sigismund von Tirol, den man auch „den Münzreichen" nannte, der sich kurz vor seinem Tod rasch noch eine Schüssel mit 400 Guldinern bringen ließ, „weil sein gnad", wie überliefert wurde, „noch einmal in ain Silber greifen wolt". Bei solchen Liebhabern bleibt das Geld. Bei denen also, die wissen, was sie an ihm haben. Wer, wie die Gattin eines rheinischen Industriellen, diese Maxime für Leben und Luxus ausgab: „Wir haben es nit vom usjebe, wir haben es vom behalde", der wird sein Geld auch behalten. Vergelt's Gott.



Krösus: Außer auf Tributzahlungen, wie die hier dargestellte, und den Rohstoffreichtum seines Reiches ist der sagenhafte Reichtum des letzten Königs Lydiens auf die Erfindung des gemünzten Geldes zurückzuführen.

Der Ursprung des Wortes ist germanisch und wird aus dem Stammwort Vergeltung oder Vergütung abgeleitet. Sprachlich in der Nähe ist ebenfalls das englische „guilt", aber das bedeutet Schuld – und das ist die andere Seite des Geldes.

„Das Geld ist in der modernen Wirtschaft das allgemein anerkannte Tausch- und Zahlungsmittel und gleichzeitig der Wertmaßstab für alle Güter und Leistungen", faßt der Brockhaus zusammen.

Wie aber kommt der Mensch ans Geld? Entgegen landläufiger Vorstellung ist diese Frage keineswegs so alt wie die Menschheit. Es gab Zeiten, da kam der Mensch sehr gut ohne Geld aus – und hatte keinen Mangel daran.

Weil aber Geld nicht nur nützlich, sondern auch praktisch ist, wurde es immer wieder und immer noch einmal erfunden. Denn irgendwann wird es jedem zu lästig, erst einen Sack Hirse zu Markte zu tragen und anschließend einen störrischen Hammel vom Markte zu treiben.

Manche Dinge waren zum Tausch geeigneter als andere. Was leicht zu bewegen war, wurde häufiger getauscht. So entwickelten sich in nahezu allen Kulturen symbolhafte Tausch- und Wertgegenstände. Am Anfang waren die auf Schnüre gezogenen Kauri- und Achatschnecken als Schmuckgeld, aus Muscheln zu Ringen geschliffenes Geld oder aber auch die Eckzähne von Hunden und die Hauer von Keilern, mit denen auf Neuguinea gehandelt wurde. Das Federgeld wurde nach Farben bewertet. Rot stand besonders hoch im Kurs.

Mit Kleidergeld war die Währung in Pelzen gemeint, die in Rußland und Nordamerika galt. In der Südsee stand Rindenstoff für Geld, im Sudan Baumwollstoffe. Nahe am praktischen Nutzen war die Währung in Somalia, wo die Dattel für Geld galt. In Altmexiko waren Kakaobohnen und in Hochasien Teeziegel bares Geld wert. Doch solch Nutzgeld, das im Falle einer Pleite immer noch zu einem bekömmlichen Getränk taugt, hat nichts zu tun mit den verfeinerten Symbolwerten des wahren Geldes.

Statt nützliche oder auch unnütze Dinge gegeneinander zu tauschen, legten persische Händler den Gegenwert der Ware in leicht zu transportierenden Gold- und Silberplatten fest. Bei jedem Handel mußten sie ausgewogen werden. Daraus entwickelten sich die ersten in Metall geprägten Münzen, die zuerst in den ionischen Städten Kleinasiens auftauchten. Das war 700 Jahre vor Christus. Hundert Jahre später herrschte jener König, dessen Name heute noch für finanziellen Reichtum steht: Krösus. Er ließ Münzen aus reinem Gold und Silber prägen. Mit seinem Zeichen stand er für das Gewicht und den Metallgehalt der Münze ein. Das machte ihn unvergeßlich – und unermeßlich reich. Persische Könige machten es ihm nach, und bald waren die silbernen Drachmen und die goldenen Stater überall dort willkommen, wo die Kultur durch die feinere griechische Lebensart geprägt war.

Die Römer arbeiteten sich bekanntlich aus kleinen Anfängen empor – auch bei den Münzen. 400 vor Chr. brachten sie Kupfergeld in Umlauf, erst 150 Jahre später gaben sie silberne Denar aus und unter Julius Cäsar dann auch Münzen aus Gold.

Aber als das römische Reich unter die Bastschuhe der Völkerwanderung kam, war es bald vorbei mit dem hoch entwickelten Münzwesen. Zwar nutzten die germanischen Könige weiterhin die römischen Prägestöcke, weil es ihnen aber zunehmend an Silber, Gold und Kupfer mangelte, hatten die Münzen bald nicht mehr den Gegenwert, den sie vorgaben. Wie immer in schlechten Zeiten blühte der Tauschhandel wieder auf. Für schlechtes Geld will niemand gute Ware geben. Und so gab es im mittelalterlichen deutschen Land große Landstriche, in denen Geld vollkommen unbekannt war. Im Jahr 827 kaufte das Kloster Fulda ein Stück urbar gemachtes Land. Das bezahlte es mit acht Schwertern, fünf Stücken Tuch, vier Stück Vieh, einem Pferd und zwei Paar Ohrringen.

Noch hatte das Volk kein Geld – und vermißte es auch nicht im geringsten. Wer tatsächlich schon einmal etwas von den seltsamen Münzen gehört hatte, hatte auch gehört, daß nicht alles Gold ist, was glänzt. Erst die Mark polierte den verdorbenen Ruf des Geldes wieder auf. Die nordgermanischen Stämme hatten mit der Mark gehandelt. Sie war eine Gewichtseinheit für Gold- und Silberplatten. Im 11. Jahrhundert wurde sie als feste Gewichtsnorm eingeführt – und in ganz Europa akzeptiert. Der Silbergehalt einer Gewichtseinheit bestimmte die Nordische Mark, die Flandrische Mark, die Kölner Mark, die Italienische Mark, die Venedig-Nürnberger Mark, die Prager Mark, die Wiener Mark, die Mark von Troyes und die von Barcelona. Vorerst blieb sie Rechengröße. Geprägt wurden Münzen mit anderen Bezeichnungen, gerechnet aber wurde mit der Mark.

Im Binnenhandel kam man sehr gut ohne Geld aus. Zudem war der Wert der Münzen viel zu hoch, selbst um eine Kuh zu kaufen. Nur wer als Fernhändler ganze Schiffsladungen mit Stockfisch, Wachs, Pelzen und Honig in Bergen und Nowgorod kaufte, erkannte den praktischen Nutzen des Geldes.

So erklärt sich auch, warum es wenig Sinn hat, nach vergrabenen mittelalterlichen Münzschätzen in Deutschland zu suchen. Hier gab es kaum Geld. Besser sind die Aussichten hoch im Norden oder im Osten. Denn dorthin ging das mittelalterliche Geld und wurde gelegentlich im Wald vergraben.

Demnächst lesen Sie: „Nicht alles war bare Münze".

Wo sind Wilhelms und Augustas Kronen?

Rußland steht nach wie vor unter Verdacht, die 1861 bei der Krönung in Königsberg verwendeten Insignien als Beute zurückzuhalten

Von Heinrich Lange

Zusammen mit den rund ein halbes Jahrzehnt nach der vor 136 Jahren, am 18. Januar 1871, im Spiegelsaal von Versailles erfolgten Proklamation des Deutschen Kaisers, nämlich in den Jahren 1875 und 1877, angefertigten Modellen der neuen deutschen Kaiser- und Kaiserinkrone Wilhelms I. und Augustas aus verschiedenen unedlen Materialien befanden sich auch die goldenen Karkassen der Königskronen des Kaiserpaares von ihrer Krönung am 18. Oktober 1861 in der Königsberger Schloßkirche bis in den Zweiten Weltkrieg hinein im Hohenzollern-Museum im Schloß Monbijou in Berlin.

Durch die kriegsbedingte Verlagerung von Kunstinventar aus den preußischen Schlössern erfolgte bereits ab September 1940 eine Auslagerung von Objekten des Hohenzollern-Museums, die als „einzigartig, unersetzlich" charakterisiert wurden, das heißt historisch, kunsthistorisch und materiell bedeutsam waren, an unterschiedliche Orte in Berlin und ins brandenburgische Umland. Dazu gehörten die Kroninsignien, die man zunächst im Keller des Berliner Schlosses sicherstellte.

1943 wurden die Kroninsignien von 1701 vom Berliner Schloß nach Königsberg ausgelagert. Dort hat sie ein zuverlässiger Augenzeuge, der spätere Gymnasiallehrer Horst Dühring, als Schüler mit seinem Vater im Königsberger Schloß gesehen. Auch eine vor wenigen Jahren vom Bildarchiv Foto Marburg aus dem Nachlaß der Dokumentarfotografin Helga Schmidt-Glassner erworbene Aufnahme um 1943 bezeugt dort die Ausstellung der Insignien auf einem Konsoltisch im Fliesensaal des Ostflügels.

Hingegen wurden die Kronkarkassen von 1861 in den Tresor des Palais Kaiser Wilhelms I. in der Straße Unter den Linden in Berlin überführt. Dies belegen Listen der aus dem Hohenzollern-Museum ausgelagerten Objekte der Goldschmiedekunst im Geheimen Staatsarchiv Berlin von 1943, die in Kempers Werk abgebildet sind. Auf diesen heißt es: „Die nachfolgenden Gegenstände aus dem Hohenzollern-Museum im Schloß Monbijou (Eigentümer das vormals regierende Preussische Königshaus beziehungsweise der Preussische Staat) sind, um sie zu sichern, für die weitere Dauer des Krieges im Tresor des Palais Kaiser Wilhelms I. (Generalverwaltung des vormals regierenden Preussischen Königshauses) untergebracht worden." In der zweiten Liste vom 3. Februar 1943, die Hildebrand und ein Vertreter der Generalverwaltung unterzeichnet haben, sind mit den Inventarnummern 6465 und 6466 auch die „Karkasse zur preussischen Königskrone von 1861" beziehungsweise die „Karkasse zur preussischen Königinkrone von 1861" aufgeführt.

Während die Kronkarkassen des ersten preußischen Königspaares Friedrich I. und Sophie Charlottes nach einem wechselvollen Schicksal seit dem 18. Januar 1995 im Kronkabinett des Schlosses Charlottenburg in Berlin ausgestellt sind, war der letzte Auslagerungsort der Kronen Wilhelms I. und Augustas das an die ehemalige Königliche Bibliothek am Opernplatz angrenzende Kaiser-Wilhelm-Palais. In dem 1834 bis 1837 von Carl Ferdinand Langhans d.J., dem Sohn des Erbauers des Brandenburger Tores, als Stadtpalais des Kronprinzen errichteten klassizistischen Bau wohnte der Träger der Krone als Kronprinz, König und erster deutscher Kaiser bis zu seinem Tod 1888. Nach dem Tod der Kaiserin Augusta 1890 wurde das Palais unter Kaiser Wilhelm II. zu einer „Erinnerungsstätte" und als Museum der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Bei der Vermögensauseinandersetzung mit der Weimarer Republik 1926 gelangte das Palais Kaiser Wilhelm I. in das Eigentum des Ex-Monarchen und wurde von 1927 bis zur Zerstörung im Zweiten Weltkrieg wieder als Museum genutzt. Nach den Luftangriffen auf Berlin am 22. und 23. November 1943 wurde das Gebäude bis auf einige Kellerräume vollständig zerstört. Die im Tresor gesicherten Kronkarkassen von 1861 sind wie die übrigen umfangreichen Bestände bis auf eine Reihe von Objekten, die sich auf der Burg Hohenzollern, in der „Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg", im Kunstgewerbemuseum der Staatlichen Museen zu Berlin und – nach ihrem Wiederauftauchen im deutschen und internationalen Kunsthandel – an unbekanntem Orte befinden, bis heute verschollen.

Der größte Teil dieser Edelmetallschätze aus dem Hohenzollern-Museum muß 1945 von einer der Trophäenkommissionen sichergestellt und als Kriegsbeute in die Sowjetunion abtransportiert worden sein. Nur weniges kam 1958 bei der Rückführungsaktion eines Teils des Beutegutes unter Chruschtschow in die DDR zurück.

Die Kriegsruine des nach 1945 enteigneten nunmehrigen „Alten Palais" wurde 1962 bis 1964 wiederaufgebaut und der Humboldt-Universität als Institutsgebäude übergeben. Heute wird es von der Juristischen Fakultät genutzt. Nach der im letzten Jahr abgeschlossenen Restaurierung der Fassade wird 2007 auch die beim Wiederaufbau abgerissene Veranda an der Schmalseite des Palais mit der auf vier Hermen ruhenden Pergola, auf die Kaiser Wilhelm I. von seiner Wohnung im Erdgeschoß gelangte, wiedererstehen.

MELDUNGEN

Bei Geld hört Freundschaft auf

Heidelberg – In vielen Familien oder Freundeskreisen ist das Geld ungleich verteilt. Materielle Unterschiede sind meist egal, solange finanzielle Ausgaben oder Geschenke nicht aufgerechnet werden. „Persönliche Beziehungen und Gefühle sollte man möglichst ganz von wirtschaftlichen Angelegenheiten trennen", sagt Rainer Holm-Hadulla, Professor für Psychotherapeutische Medizin an der Universität Heidelberg. Denn diese würden häufig Anlaß zu Konflikten geben. Dies gilt besonders, wenn jemand materielle Hilfe brauche. „Auf keinen Fall darf einer zum Bittsteller und der andere zum Almosengeber werden", sagt Holm-Hadulla. Man solle unbedingt klare Absprachen treffen. Unter Umständen könne man einen Vertrag über das Vereinbarte abschließen. *ddp*

Ein Hauch Oxford im deutschen Norden

Bremen – 200 Million Euro spendete die Schweizer „Jacobs Foundation" Anfang November 2006 der privaten, aber staatlich anerkannten „International University Bremen" (IUB). Eine in der deutschen Hochschullandschaft bisher einmalige Investition! Bremen reihte sich mit der IUB 2001 in die Liste der hochkarätigen internationalen Wissenschaftsstandorte ein. Heute studieren hier über 1000 junge Menschen aus aller Welt, um die Abschlüsse in Natur- und Ingenieurswissenschaften sowie Geistes- und Gesellschaftswissenschaften zu erlangen. Das englischsprachige Studium orientiert sich am anglo-amerikanischen Modell. Überfüllte Hörsäle, in denen Studierende auf dem Boden sitzen müssen, fehlendes Arbeitsmaterial oder veraltete Seminarräume sind der IUB fremd. Auf einen Professor kommen neun Studierende, ein Traum für die meisten anderen Studenten in Deutschland. Eine forschungsnahe interdisziplinäre Ausbildung, die enge Verknüpfung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie renommierte Professoren und Wissenschaftler sind weitere sehr gute Rahmenbedingungen. Nach ihrem großzügigen Spender wird die IUB übrigens in „Jacobs University Bremen" umbenannt.

Berlin braucht einen Sonnenschein

Kirchen in der Krise – 58 Prozent der Bewohner der deutschen Hauptstadt sind konfessionslos

Von MANFRED MÜLLER

Die Kirchen sind an Weihnachten und Ostern gut besucht, doch an den übrigen Sonntagen verlieren sich die meist älteren und alten Gläubigen in den Kirchenschiffen wie Versprengte. Manchmal überfiel mich die Vorstellung, als seien sie die letzten Katholiken, die Nachhut, und als nähmen sie bald ein Geheimnis mit sich, das der säkularen Welt verloren gegangen ist: die Notwendigkeit des Gottesdienstes, die Notwendigkeit des Rituals und der Wiederholung, die selbstverständliche lebenslange Routine der sonntäglichen Versammlung zum Gebet und zur Feier der Eucharistie. In den protestantischen Kirchen ist die Leere noch größer ..." Dies schrieb über katholische Kirchen Berlins im Jahre 2001 der „Spiegel"-Redakteur Matthias Matussek, der jüngst durch seinen Patriotismus-Bestseller Aufsehen erregte. Matussek kommt aus einem Berliner „Familienmilieu, das durch und durch katholisch war". Mit 16 Jahren „Marxist", machte er in „revolutionärer Begeisterung" die APO-Umtriebe mit und lebte als Student oft im „Drogendämmer". Erinnerungen an die katholische Kindheit sowie Erlebnisse auf Auslandsreisen und bei beruflicher Tätigkeit im Ausland halfen ihm, daß er den katholischen Glauben wieder als wesentlich empfand.

Die beiden großen christlichen Konfessionen befinden sich heute in Berlin in einer unübersehbaren Phase des Niedergangs. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts galt die preußisch-deutsche Metropole als eine evangelische Stadt; der Katholizismus spielte hier nur eine Nebenrolle. Heute sind 58 Prozent der 3,4 Millionen Einwohner Berlins konfessionslos. Der evangelischen Kirche gehören nur noch rund 756 000 Berliner an, also weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Etwa 318 000 Einwohner Berlins (knapp zehn Prozent) sind römisch-katholisch (jeder fünfte von ihnen ist kein Deutscher). Die übrigen Einwohner Berlins gehören zu protestantischen Freikirchen, orthodoxen Kirchen, zur jüdischen Religionsgemeinschaft oder zu anderen religiösen Bekenntnissen. Die wachsende Anhängerschaft des Islam geht bald auf die 250 000 zu. Im übrigen gilt Berlin als „Mekka" der Sekten und esoterischen Zirkel. Dieses Bild hat viel zu tun mit den Auswirkungen von zwei deutschen Diktaturen und den Säkularisationsschüben der Moderne und Postmoderne.



Abriß der St.-Johannes-Capistran-Kirche mit Franziskanerkloster in Berlin-Tempelhof: Das Erzbistum Berlin hat das Areal für 2,5 Millionen Euro verkauft, an Stelle der Kirche entsteht ein Pflegeheim. Foto: KNA

Die katholische Kirche hat 1990 in der wiedervereinigten Weltstadt Berlin eine große Chance vertan. Damals waren rund 346 000 Bewohner Berlins katholisch. In West-Berlin betrug der katholische Bevölkerungsanteil 14 Prozent, im Ostteil der Stadt aber nur 3,4 Prozent (letzteres eine Folge der atheistischen Sogwirkung der DDR). 1990 hätte die selbstgenügsame Ghettoexistenz der katholischen Gemeinden in Ost-Berlin durch eine katholische Glaubensoffensive abgelöst werden müssen. Das Klima der Wendezeit war sicherlich günstig, um einen Probelauf für das, was in der katholischen Kirche immer wieder als die anstehende „Neuevangelisierung Deutschlands" angekündigt wird, zu versuchen. Zwar stieg nach dem Zusammenbruch des atheistischen DDR-Systems in Ost-Berlin der Katholikenanteil etwas an (Wiedereintritte, Neueintritte, Zuzug aus anderen Gegenden Deutschlands), aber das reichte nicht aus, um den zahlenmäßigen Rückgang in Berlin insgesamt zu stoppen. Und vor allem gab es bei Ausbleiben der Glaubensoffensive nicht die belebenden Rückwirkungen auf das Gemeindeleben in ganz Berlin.

Matussek kreidet der katholischen Kirche einen „kardinalen Fehler" an: „Sie macht sich dem Zeitgeist zum Verwechseln ähnlich – wo ihre Anziehung doch im Unzeitgemäßen ihrer Botschaft liegt." Er spielt dabei auf die „Öffnung zur Welt" an, die durch das II. Vatikanische Konzil verkündet und oft sehr ungeschickt umgesetzt wurde, so daß die Anziehungskraft der Kirche trotz eifrigster Bemühungen vieler Priester und Laien weitgehend verlorenging. Sinkende Mitgliederzahlen, schrumpfende Kirchensteuereinnahmen, immer weniger Gottesdienstbesucher führten in Berlin zu schmerzhaften Einschnitten: Fusion der 120 Pfarreien zu 70 Gemeinden (Priestermangel), Aufgabe zahlreicher katholischer Einrichtungen, Umwidmung von Kirchengebäuden. Aufsehen in ganz Deutschland erregten Verkauf und Abriß der erst 1965 erbauten St.-Rafael-Kirche, deren Architekt Rudolf Schwarz war, einer der bedeutendsten Kirchenbaumeister der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Kirche mußte einem Supermarkt weichen.

Nur mit Wehmut können Berlins Katholiken auf die 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückblicken, in denen die katholische Kirche in Berlin Attraktivität gewann. In den 20er Jahren half der charismatische Priester Dr. Carl Sonnenschein (1876–1929), der als „Weltstadtapostel" und „Franziskus des 20. Jahrhunderts" in die Kirchengeschichte einging, dem Berliner Katholizismus, Weltstadtformat und starke innere Dynamik zu erreichen. Seinen Ideenreichtum, seine rhetorische Begabung, sein Organisationsgeschick setzte der Priester, der ganz anspruchslos lebte, zielgerichtet ein, um die soziale Not zu lindern, das Profil der Kirche zu schärfen, das Selbstbewußtsein der märkischen Katholiken zu stärken und die Stimme der Kirche unüberhörbar zu machen. Er baute ein Sekretariat für soziale Studentenarbeit auf, ein Akademisches Arbeitsamt, eine katholische Volkshochschule, einen Märkischen Geschichtsverein, richtete eine Akademische Lesehalle ein, gründete einen Märkischen Wassersportverein, einen Christophorus-Automobilklub, initiierte die katholischen Siedlungen in Tegel und Marienfelde, belebte das katholische Pressewesen. Berühmt wurde seine persönliche Kartei, in der er über 100 000 Hilfesuchende und hilfsbereite Ansprechpartner registrierte – ein Ergebnis der zahllosen persönlichen Kontakte, die er knüpfte.

Für Groß-Berlins rund 450 000 Katholiken wurde nach Sonnenscheins Tod der Ministerialdirektor Dr. Erich Klausener (1885–1934) als Vorsitzender der Katholischen Aktion ein vielbeachteter Sprecher. Er schaffte es, bei Großveranstaltungen der Katholischen Aktion den Sportpalast mit 12 000 bis 18 000 Besuchern zu füllen. Beim 31. Märkischen Katholikentag sprach er 1933 im Grunewald-Stadion vor 55 000 Katholiken. Nur wenige Tage vor seiner Ermordung durch ein SS-Kommando (Röhm-Affäre) war er Redner vor 60 000 Teilnehmern eines Katholiken-Treffens auf der Rennbahn in Hoppegarten.

Eine Neuevangelisierung Berlins könnte natürlich nicht mit einer Imitation Sonnenscheins und Klauseners in Angriff genommen werden. Aber eine genauere Beschäftigung mit dem Werk dieser beiden Glaubenszeugen erbrächte sicher auch Anregungen für eine heutige christliche Glaubensoffensive. In diesem Sinne hat der Stoßseufzer „Berlin braucht einen Sonnenschein!" durchaus seine Berechtigung.

Auch im Kloster geht man mit der Zeit

Grazer Zisterzienser-Stift mausert sich zum Touristenmagneten

Von Cornelia Höhling

Erst kürzlich wurde das Grab des Stifters gefunden", sagt Pater August, während er mit nahezu weltlicher Geschäftigkeit durch das Stift Rein führt. „Der Fund lockt Besucher an, 11 000 im Jahr 2006. Das ist gut fürs Geschäft, denn der Erhalt der Anlage ist teuer", fügt er entschuldigend hinzu. Pater August ist einer von 16 Mönchen, die derzeit dem weltweit ältesten Zisterzienserkloster angehören. „Männliche Gäste, die hier Stille und Besinnung suchen, können jederzeit eine Woche mit uns leben", sagt er mit einladender Geste.

Das Kloster-Stift liegt 15 Kilometer nördlich der steirischen Hauptstadt Graz. Es ist ein Beweis dafür, daß die Steiermark mit ihren traumhaften Wanderwegen, Bergseen, Grotten, Gletschern und alpinen Skigebieten auch außerhalb der Mauern ihrer Metropole voller Geschichte steckt. Graz selbst – zweitgrößte Stadt Österreichs – wegen des sehenswerten Altstadtkerns 1999 zur Unesco-Welterbestätte gekürt, machte 2003 als europäische Kulturhauptstadt von sich reden.

Lange Zeit als „Pensionopolis" belächelt, hat sich Graz dank seiner Universitäten stark verjüngt – mittlerweile ist fast jeder fünfte Einwohner Student – und längst einen Platz in der internationalen Avantgarde-Kunstszene erobert.

Neben dem 123 Meter hohen Schloßberg sowie barocken, klassizistischen und Jugendstil-Gebäuden ziehen die „Blaue Blase", wie das neue Kunsthaus heißt, und die künstliche Mur-Insel Blicke auf sich. Durch diese vom amerikanischen Architekten Vito Acconci entworfene schwimmende Muschel, die Café, Amphitheater und die schönste Toilette der Stadt beherbergt, wurde der Fluß als neuer Lebensraum entdeckt.

Besucher, die das „Bermuda-Dreieck" genannte Vergnügungsviertel um den Mehl- und Färberplatz nicht verschlungen hat, finden den Weg durch die Natur in die barocke Anlage von Rein mit schönen Stifthöfen und der stets offenen Basilika. Bei der Führung durch das 1129 gegründete und seitdem durchgängig bewirtschaftete Stift erfahren die Gäste, daß die Zisterzienser in erster Linie Baumeister und Handwerker waren. „Erst später kamen richterliche, pastorale und Verwaltungsaufgaben hinzu", sagt der Pater und eilt in seiner schwarzen Soutane mit dem weißen Überhang voran.

Aufmerksamkeit gilt dem wertvollen Chorgestühl und der romanischen Kapelle hinter Glas. Enge Gänge führen mitten ins 12. Jahrhundert und in die Bibliothek. Es riecht nach Staub und altem Pergament. Rund 300 Handschriften und 120 000 Bücher stapeln sich in den hohen Regalen.

Damals war Stift Rein Skriptorium für ganz Mitteleuropa. Pater August blättert im Reiner Musterbuch mit 14 verschiedenen Berufsdarstellungen, das zwischen 1208 und 1213 entstand. „Das ist nur eine Kopie", bedauert er. Aber im Museum von Wien sei das Original gut aufgehoben.

Schon betrachten staunende Augen ein anderes Meisterwerk der schreibenden Mönche aus der Hochblüte der Buchmalerei: das „Antiphonale". „Alle 300 Bögen sind digitalisiert und im Internet abrufbar", demonstriert der Mönch am Computer und druckt gleich ein paar Seiten aus. Der 65jährige geht mit der Zeit und beherrscht die moderne Technik. „Wer mag, kann einen Druck für drei Euro mit nach Hause nehmen", sagt er geschäftstüchtig.

Dann streicht er beinah liebevoll über einen runden Steintisch. Eine Glasplatte schützt die eingeätzten Daten – für 200 Jahre im Voraus berechnete Wochentage, Sternzeichen, Mond- und Sonnenaufgänge. „Der Kalendertisch von Johannes Kepler aus dem Jahr 1607", verkündet Pater August stolz. Kepler



(1571–1630), der 1594 als Lehrer für Mathematik und Moral an die evangelische Stiftsschule nach Graz kam, erstellte als Mathematiker der Landesregierung Kalender mit Prognostica. Dadurch erlangte er auch als Astrologe Berühmtheit. „Und was tun die Bauern im Dezember", fragt der Pater, der erst vor sechs Jahren ins Kloster kam. Schweine schlachten, läßt der Kalender erkennen. Pater August verweist auf die einzigartige Sammlung, darunter der älteste deutsche Kalender von 1373, barocke Bauern- und Mondkalender.

Mit einem Blick auf die Uhr, die an unsere Endlichkeit erinnert, wie er betont, und zunächst nur zur vollen Stunde schlug, erklärt er noch den langen Weg zur Sekunde, bis er sich freundlich lächelnd verabschiedet.

Auch der Uhrturm, der sich gedrungen als städtisches Wahrzeichen an den Schloßberg von Graz duckt, hatte ursprünglich nur einen Zeiger. Jetzt gibt der große die Stunden und der kleine die Minuten an, weil sie bei der nachträglichen Montage vertauscht wurden.

Zunächst reichte es, die Stunden zu wissen. Dann schlugen die Uhren auch die Viertelstunden. Im 18. Jahrhundert kam die Minuteneinteilung hinzu. Die Sekunden wurden gar erst im 19. Jahrhundert eingeführt.

Aber dem Reisenden schlägt keine Stunde.

Zisterzienser-Stift Rein, A-8103 Rein, Telefon (00 43) 31 24-5 16 21, www.stift-rein.at, Ausstellungen mit Führung: „Mönche als Baumeister" bis 6. Januar 2008, täglich 13.30 Uhr, „Die ältesten Urkunden der Steiermark" ab 24. März 2007, täglich 10.30 Uhr, Führung durch die Stiftsbibliothek mit der Möglichkeit, am Chorgebet der Mönche um 12 Uhr teilzunehmen. Männliche Gäste können eine Woche mit den Mönchen leben: pro Tag 40 Euro. Weitere Informationen: www.steiermark.com/events, www.graztourismus.at, „Graz Tourismus – Markt- und Pressebetreuung", Messeplatz 1 / Messeturm, A-8010 Graz, Österreich, Telefon (00 43) 3 16-80 75-41.



Immer offen für weltlichen Besuch: Zwei Mönche aus dem Zisterzienserkloster Foto: Stift Rein



MELDUNGEN

Motorsport im historischen Gewand

Bremen – Vom 2. bis zum 4. Februar ist Zeit, bei der 5. Bremer Classic Motorshow in der Messe Bremen die Exponate von über 500 Ausstellern zu besichtigen. Zum Höhepunkt unter den metallic glänzenden Hinguckern des historischen Motorsports – dem Bugatti – gibt es dieses Mal eine Sonderausstellung: Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelten Vater und Sohn Bugatti für die damalige Zeit technisch innovative und im Design exklusive Automobile. In Bremen sind Fahrzeuge wie der „Atlantic" oder der „Royale" zu sehen. Dazu ist in einer weiteren Sonderausstellung eine Auswahl an historischen Motorrädern aus Belgien zu bewundern. Für Motorsportbegeisterte bietet die Bremer Touristik-Zentrale den Tageseintritt zur Bremen Classic Motorshow, eine Übernachtung mit Frühstück, einen Bremer Schlemmerteller sowie weitere Überraschungen ab 74 Euro pro Person an. Infos unter (0 18 05) 10 10 30 oder unter www.bremen-tourismus.de.

Arien in eisigen Höhen

Dresden – Die Staatsoperette Dresden sorgt für ein ungewöhnliches Kulturerlebnis im Wintersportgebiet Montafon im österreichischen Vorarlberg. Die Künstler singen und spielen am 7. Februar im Schafberghüsli, dem 2130 Meter hoch gelegenen Konzertsaal des Dorfes Gargellen. Besucher der Gala hören beliebte Melodien aus Oper und Operette und erfreuen sich an einem Vier-Gänge-Menü. Der Eintritt kostet 64 Euro an der Abendkasse und im Vorverkauf im Tourismusbüro Gargellen. Er beinhaltet auch die abendliche Berg- und Talfahrt. Weitere Informationen gibt es bei: Gargellen Tourismus, A-6787 Gargellen, Telefon (00 43) 55 57 63 03, Fax (00 43) 55 57 66 90, E-Mail: info@gargellen.at, Internet: gargellen.at. *ddp*

Sardinen als Markenzeichen

Das norwegische Stavanger, Europäische Kulturhauptstadt 2008, hat mehr zu bieten als nur Fisch aus der Dose

Von Ekkehard Beisker

Das Norwegische Konservenmuseum von Stavanger gewährt in seiner Etikettenkollektion unerwartete historische Einblicke.

Da wirbt ein Weltkrieg-I-Soldat mit Bajonett in der einen und geöffneter Ölsardinendose in der anderen Hand für den Fischverzehr.

Die Marke „Wacht" zeigt einen Landser im Grabenunterstand, und die wohl eher für die Marine konzipierte Marke „U-9" verspricht feinste norwegische Sprotten. Ebenso wie die Deutschen hätten seinerzeit auch die Briten Truppenverpflegung in Stavanger geordert, sagt Museumsdirektor Piers T. Crocker.

Zwar habe man damals über Omega-3-Fettsäuren und andere wertvolle Inhaltsstoffe noch eher wenig gewußt, sagt Crocker. Doch auch so sei der vor Norwegens Küsten gefangene Fisch als Nahrungsmittel in vielen Ländern geschätzt worden.

Die Fischereistadt Stavanger habe sich zwischen 1870 und 1930 zum weltweit größten Sardinenbüchsen-Produzenten entwickelt, sagt der Museumschef. Rund 350 Millionen Dosen Fisch seien pro Jahr aus 70 Fabriken in die ganze Welt geschickt worden.

Längst hat die 100 000-Einwohner-Stadt an Norwegens Westküste das Ölsardinenbüchsen-Image abgestreift.

In Sichtweite des Konservenmuseums in der von beschaulichen Holzhäusern geprägten Altstadt erhebt sich am Ufer des Stavangerfjords das einer Bohrinsel nachempfundene Norsk Oljemuseum. Es kündet vom prägenden Einfluß des Ölbooms auf die heutige norwegische Gesellschaft.

Als Europäische Kulturhauptstadt 2008 will Stavanger jedoch ganz gezielt auch an die Tradition als Nahrungsproduzent und -lieferant anknüpfen.

Dabei gehe es längst nicht mehr „nur" um Sardinen oder Hering. „Wir wollen 2008 beispielsweise mit den Delikatessen Lamm und Garnele kulinarische Events organisieren", sagt Projektleiterin Mari Anne Feet.

Immerhin sei die um Stavanger gelegenen Region Rogaland stark von der Nahrungsmittelerzeugung geprägt.

Dort würden allein rund 50 000 Kühe, 200 000 Schafe, 290 000 Schweine und 820 000 Hühner gehalten. Hinzu kommen 34 634 Tonnen Lachs und Forelle in Aquafarmen und 853 023 Tonnen Wildfisch. 80 Prozent der norwegischen Gewächshäuser befänden sich in Rogaland.

„Die Nahrung ist wesentlicher Bestandteil unserer kulturellen Identität und bedeutsam für die gesellschaftliche Stabilität", betont Feet.

Norwegens Küche habe sich in den zurückliegenden Jahrzehnten stark gewandelt. Ursprünglich recht einfach, habe sie mittlerweile viele Einflüsse der europäischen Kochkunst aufgenommen und auf eigene Weise verarbeitet, sagt Steffen Engelhard. Der aus Deutschland stammende Wahl-Norweger vertrat zusammen mit Starkoch Charles Tjessem schon mehrfach erfolgreich die norwegischen Farben bei internationalen Kochwettkämpfen.

Essen wie Gott in Norwegen kann man bei ihnen zum Beispiel Jakobsmuscheln auf Sauce mit gerösteten Pinienkernen, Kabeljau mit Pfifferlingen und Meerettichkartoffelbrei mit glasierten Möhrchen, Rohmilchkäse mit in Wein zubereiteten Aprikosen und das kredenzt mit einer Sauce von gedünsteten grünen Tomaten. Natürlich werde alles weitgehend aus heimischen Produkten bereitet, versichert Engelhard.

Dem rustikaler gestimmten Norwegenbesucher empfiehlt sich eher ein Abstecher nach Sand zur Lachsfarm von Björn Moe. Dort kann sich der Gast nicht nur Hirschwürstchen mit Kartoffelbrei und selbstgebraute Bier schmecken lassen, sondern am Fluß Suldalslagen selbst Wildlachs angeln. Industriell geht es weiter südlich im Jösefjord bei Hjelmeland zu.

Dort tummeln sich vor der Kulisse des bergigen Fjordufers Zuchtlachse einer Aquafarm der Firma Marine Harvest im klaren Wasser.

Egal eigentlich von welcher Warte man sich im Rogaland dem Thema Essen und Trinken nähert. Soviel steht allemal fest: Das Auge ißt schon wegen der imposanten Umgebung stets mit.

So gesehen dürfte ein Lammcarree mit Rosmarinkartoffeln in der urigen Seemannskneipe Sjöhuset Skagen am Hafen von Stavanger ebenso unvergessen bleiben wie ein Muschelessen am Lysefjord in Nachbarschaft des atemberaubenden 600 Meter hohen Preikestolen-Felsenmassivs.

Die Region Stavanger erstreckt sich vom Lysefjord im Osten bis zur Nordsee im Westen sowie vom Sirevag im Süden bis zum Leuchtturm Tungenes Fyr im Norden. Die Landschaft ist geprägt von Fjorden, Schären, Stränden, von Heide, Flüssen und Wasserfällen. (www.regionstavanger.com)

Leben am Lachsfluß – Die Region Stavanger

Im Jahr 2008 ist Stavanger Europäische Kulturhauptstadt. Die Initiatoren versprechen für das Ereignis das innovativste Kulturprogramm, das je in Norwegen geboten wurde. (www.stavanger2008.no) Anreise: Stavanger ist auf dem Luftweg beispielsweise von Hannover aus mit der Fluglinie „Welcome Air" zu erreichen. Der Suldalslagen ist einer der norwegischen Lachsflüsse und ein Paradies für Angler. Naturliebhaber können sich hier aber auch mit Taucherbrille und Schnorchel in der Strömung treiben lassen und das Leben im Lachsfluß beobachten. (www.suldalslagen.no; www.molaks.no)

Informationen: Stavanger Touristinformation, Domkirkeplassen 3, N-4006 Stavanger, Telefon (00 47) 51 85 92 00, info@regionstavanger.com.

Bürger aus den Neuen Ländern sind wachsamer

Betr.: „Hatz auf die Hinterbank" (Nr. 49)

Wer in den 30er Jahren oder später im Ostblock offen seine Meinung zum Ausdruck brachte, mußte mit persönlichen Konsequenzen rechnen. Weil er nicht in das zeitgemäße System hineinpaßte, wurde er einfach kalt gestellt. Er verbaute sich seinen Weg zur Karriere, verlor seinen Posten, wurde in der Gesellschaft geächtet und isoliert. So mancher, der damals im Ostblock (bei mir unter den Polen) die Mißstände hingenommen und geschwiegen hat, machte sich später Vorwürfe, nichts dagegen getan zu haben. Ich bewundere daher die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die in unserer Bundesrepublik versuchten und versuchen, die Spirale des Schweigens zu durchbrechen.

Ob es der ehemalige Bundestagspräsident Jenninger, Heitmann, Hohmann oder der in Ihrem Fall erwähnte Abgeordnete Henry Nitzsche ist, sie alle stehen bei mir, und nicht nur bei mir, hoch im Kurs. Auffallend ist, daß Bürger aus den Neuen Bundesländern, die leitvolle Erfahrungen mit der Unterdrückung gemacht haben, gegen die Zustände in der Bundesrepublik opponieren. Sie sind wachsam, weil sie nicht von den Engländern und Amerikanern in der Nachkriegszeit umerzogen worden sind.

Gunter Rast, Bielefeld

Kein Geld mehr in das verlorene Ostpreußen

Betr.: „Auch wenn es uns schmerzt ..." (Nr. 47)

In der Ausgabe waren mehrere Hinweise auf den Ist-Zustand unserer (ehemaligen) Heimat Ostpreußen.

Wie Wilhelm v. Gottberg leider schreiben mußte, schreitet die Russifizierung Ostpreußens mit dem gleichzeitigen Verfall des Landes unentwegt fort.

Das schlimme ist die de facto Anerkennung Ostpreußens von der ganzen Welt als Teil der russischen Föderation!

Das „Deutschtum" wird nur geduldet, sofern es mit Treuespenden und allen weiteren materiellen Zuwendungen und Aufbauarbeiten zum Erhalt eines systematisch verrottenden Landes seit 1945 beiträgt. Es wird mir ärgerliche Reaktionen eintragen, wenn ich sage, da die Sieger unser Land zum Teil erobert, beziehungsweise durch alliierte Absprachen zugesprochen bekamen, meine ich, daß wir aufhören sollten, unser Geld in unser gestohlenes Land zu tragen. Benutzen wir unser Geld, um in Deutschland Erinnerungsstätten zu schaffen, die an unsere verlorene Heimat erinnern, wie eine Hünengrabstätte oder einen Hünenring, anstatt Wassertropfen – bildlich gesagt – auf einen verlorenen heißen Stein in der jetzigen Fremde zu tropfen, wo er verdunstet, ohne Wirkung zu zeigen.

Manfred Krause, Isernhagen

Lehrer stützen

Betr.: „Mehr türkische Lehrer" (Nr. 51)

Wir brauchen keine türkischen Lehrer, sondern wir müssen durchsetzen, daß türkische Schüler deutsche Lehrkräfte, egal welchen Geschlechtes, respektieren. Wenn sie dies nicht tun, müssen sie dazu gezwungen werden, wozu die Einbeziehung ihrer Eltern gehört.

Und wenn sich Eltern und Schüler der deutschen Kultur verweigern, zu der ja auch unsere Schulen gehören, dann sollten wir sie ihrer Heimat mit Freuden wiederschenken.

Lehrer müssen Mut haben, sie dürfen nicht vor Ausländern zurückweichen, weil sie fürchten, leider auch von Deutschen als Ausländerfeinde diskriminiert zu werden.

Schulleiter, Schulaufsicht und die Macher der Schulpolitik haben hinter den Lehrern zu stehen und ihnen den Rücken zu stärken.

Kindern aus dem Ausland soll unsere Hilfe gelten (die leider oft nicht ausreichend ist), doch setzt sie voraus, daß das Kind sich helfen lassen will, wozu ein angemessenes Benehmen gehört.

Bernhardt Volpini, Oetzen



Mehr türkische Lehrer gefordert: Volker Kauder (CDU) hofft, daß sie Migrantenkindern mehr Respekt einflößen. Foto: Visum

Denkverbote

Betr.: „Abrechnung in Teheran" (Nr. 50)

Man könnte sich vorstellen, daß es Iranern Freude bereitet, wenn sie das verhaßte Israel und die Juden insgesamt provozieren können, den ganzen Westen gleich eingeschlossen.

Auch wenn ihnen von jüdischen Organisationen ob der Holocaust-Konferenz Sanktionen angedroht werden, wissen sie genau, daß das nur leere Drohungen sind. Da passen schon Rußland und China auf.

Und was soll eigentlich die ganze Empörung?

Wenn der Holocaust ein historisches Geschehen war, ein besonders schreckliches dazu, für das es zweifelsfreie Belege gibt, dann braucht es keine Denkverbote, da muß der freie Mensch auch Falsches sagen dürfen, ohne gleich in der Manier von autoritären Staaten eingesperrt zu werden.

Wer Freiheit mit Denkverboten belegt, darf sich nicht wundern, wenn er dafür die Folgen tragen muß. Und er darf sich auch nicht wundern, wenn gerade seine Verbote den Zweifel herausfordern.

Klaus Engelmann, Pluwig

CDU distanziert sich von uns

Betr.: „Den Linken das Feld überlassen" (Nr. 44)

Wenn sich Linke – SPD, PDS (Linkspartei), Grüne – wie Linke benehmen, ist das eigentlich selbstverständlich und von ihnen nicht anders zu erwarten. Daß Wissmann ihnen nichts bedeutet und dem deutschen historischen Abfall zugerechnet wird, wundert nicht.

Nur etwas anders sieht es bei der CDU aus, deren jüngere Politiker durch Schulen gegangen sind, in denen sie mit dem Holocaust und der Ablehnung des eigenen Landes abgefüllt worden sind. Kommen sie nach Berlin, finden sie das riesige Holocaust-Mahnmal gleich neben dem Brandenburger Tor (Sinti/Roma und Schwule sollen folgen) und im Raum Berlin noch über hundert Gedenkstätten gleichen Inhalts, nicht zu vergessen auch die Stolpersteine vor den ehemaligen Wohnungen jüdischer Mitbürger. Die Distanz zum eigenen Land wird jungen Deutschen auch von den Medien immer wieder neu eingeimpft. Die Distanz wird zur Ablehnung, die dann auch so weit reichen kann, daß Linksextreme eine erneute Bombardierung Dresdens wünschen.

Der alte Mitbürger, noch Zeitzeuge, hat andere Erfahrungen, hat auch persönliches Wissen, weshalb er bei der Respektierung aller Opfer das eigene Land und seine Geschichte nicht nur auf den Holocaust bezieht.

Von seiner Warte aus verhält sich die Hamburger CDU (die auch nicht anders als andere ist) gegenüber dem Gedenken an Wissmann erbärmlich. Wem von uns Alten der Fall Hohmann nicht über die CDU die Augen geöffnet hat, dem ist – so möchte man fast sagen – nicht zu helfen.

Aber so wie wir einstmals Kinder unserer Zeit waren und aus ihr heraus handelten, so handeln auch die Heutigen aus ihrer Zeit heraus, die nur in Teilen auch die unsere ist. Leider haben wir es oft nicht vermocht, unsere Sicht und unser Erleben an unsere Kinder und Enkel weiterzugeben. Die Umwelt war stärker und mächtiger und wir zu schwach.

Robert Berger, Berlin

Wir müssen selbst für unsere Sprache kämpfen

Betr.: „Vorkämpfer für die deutsche Sprache" (Nr. 52)

Nach einer repräsentativen Umfrage befürworten vier von fünf Deutschen die Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz und wollen so unsere wunderschöne Muttersprache vor einer weiteren Verdrängung und zunehmenden Überschwemmung durch das Englische bewahren. Es sind also nicht nur einige prominente Persönlichkeiten wie Bundestagspräsident Lammert, Vizepräsident Wolfgang Thierse, Loki Schmidt, der verstorbene Bundespräsident Rau, Loriot, Didi Hallervorden oder auch Prof. Krämer (Verein Deutsche Sprache), die die Entwicklung unserer Sprache für sehr bedenklich halten, sondern fast unser ganzes Volk. Inzwischen sollen fast 25 Prozent der 100 häufigsten Wörter im deutschen Sprachgebrauch englisch beziehungsweise englischen Ursprungs sein und in manchen Bereichen wird Deutsch schon völlig von Englisch verdrängt. Daß wir die Aufgabe unserer Sprache und Kultur hinnehmen, Politikern, Wirtschaftsbossen, Wissenschaftslenkern, Geschäftsleuten, Kulturschaffenden, Werbefachleuten, Reportern, Redakteuren und Journalisten, die unsere Sprache mit Verachtung und Gleichgültigkeit behandeln, sogar noch Beifall zollen für das, was sie dem Deutschen antun, grenzt schon an Bewußtseinsspaltung und frustvoller Lust am eigenen Identitäts- und Geltungsverlust, am eigenen kulturellen Untergang.

Die Erwartungen, von oben werde schon jemand die Hand über unsere Sprache halten oder irgendwie durch irgendwen werde die deutsche Sprache schon bewahrt (so daß man sich später besinnen und auf sie zurückkommen könnte), oder die deutsche Sprache werde sich schon selbst schützen und überleben wie in den Jahrhunderten zuvor, sind allesamt trügerisches Wunschdenken und gefällige Vorstellungen derer, die den Mißstand durch Nichtstun auch noch fördern.

Die Petition zur Aufnahme der deutschen Sprache ins Grundgesetz, von über 150 000 Petenten unterstützt, ist vor allem aus verfassungsrechtlichen Gründen (Länderkompetenzen, Rechtsdurchsetzung) von Bundestag und Bundesregierung nur zur Kenntnis genommen worden (21. November 06); gleichzeitig appelliert der Petitionsausschuß angesichts der Gefahren für die deutsche Sprache und der negativen Auswirkungen auf große Bevölkerungskreise (die zum Beispiel das Denglisch nicht verstehen oder aussprechen können) an jeden Bürger, „selbst dazu beizutragen, daß die Ausbreitung englischer Wörter in der Alltagssprache eingeschränkt wird, indem er konsequent deutsche Begriffe verwendet". Außerdem solle man sinnvollerweise durchaus „gelegentlich Mitmenschen und vor allem Wirtschaftsunternehmen sowie Politiker, bei deren übermäßiger Verwendung von vielen unbekannten englischen Wörten, darauf aufmerksam machen, daß diesen deutsche Begrifflichkeiten gegenüberstehen".

Also, liebe Mitmenschen, Kunden, Leser, Zuschauer und Zuhörer, beherzigen wir den Rat unserer Volksvertreter!

Reinhard Ulmar, Hann. Münden

Ungeliebter Bruder

Betr.: „Frankreichs neue Marianne" (Nr. 47)

Das Porträt von Ségolène Royal ist zu oberflächlich. Sie hat stets verschwiegen, daß es ihr Bruder Gérard Royal, Oberst des Geheimdienstes, war, der am 10. Juli 1985 die Sprengung des Greenpeace-Flaggschiffs „Rainbow Warrier" durchführte, wobei ein Fotograf umkam. Sie benutzt jedoch ein anderes Familienmitglied stolz als Aushängeschild: Ihr Vater Jacques Royal war Oberstleutnant in der Armee, und sie behauptete, er sei im Algerienkrieg gefallen. Eine Lüge – er starb 1981 an Krebs. Zu ergänzen ist, daß sie die Einwanderung bejubelt und gegen Le Pen hetzt.

Friedrich Pohl, Lüneburg

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Opfer sind Opfer

Betr.: „Als 15jährige im Gulag der SBZ“ (Nr. 51)

So lange es noch gelingt, Opfer in Klassen einzuteilen und deutsche Opfer mit der Begründung als mindere zu klassifizieren, daß Deutschland angeblich die Alleinschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges trage, so lange werden Millionen deutscher Opfer darauf warten müssen, daß ihnen Gerechtigkeit und Trauer zuteil wird.

Eigenartig, daß die Ablehner der Aufrechnung gerade uns Deutschen gegenüber die Aufrechnung über alles stellen, dient sie ihnen doch als Begründung für die schrecklichsten Untaten an Deutschen. Angeblich und auch tatsächlich haben ja auch Deutsche Verbrechen begangen. Nur steht in unserer christlich bestimmten Kultur nirgendwo geschrieben, daß ein Verbrechen ein anderes begründen darf. Verbrechen sind immer Verbrechen, von wem sie auch begangen worden sind. Ihre Opfer sind immer nur beklagenswerte und zu betrauernde Mitmenschen. Solange wir das nicht begreifen und bekennen, so lange werden wir auch die Frechheiten ehemaliger Stasi-Knechte und ihrer Freunde zu ertragen haben. **Wolfgang Bertram, Berlin**



Bundespräsident und Kanzlerin: Inzwischen sprechen viele Deutsche Horst Köhler mehr Rückgrat zu. Foto: ddp

Kreuzberger Kinder

Betr.: „Ungewollte Bankrotterklärung“ (Nr. 50)

Wowereit konnte den Mund nicht halten und sprach, bevor er als Regierender Bürgermeister dachte. Als Bürger XYZ hätte er allerdings nur ausgedrückt, was viele Berliner denken und inzwischen auch bildungsorientierte Migrationshintergründler beherzigen, die sich für ihre Kinder Schulen außerhalb Kreuzbergs suchen.

Wer es mit seinen Kindern gut meint, schickt sie nicht in Kreuzberg zur Schule, denn da herrscht meist der Migrationshintergrund vor, und auch sonst hat sich in Kreuzberg gesammelt, was schulische Arbeit besonders schwer macht.

Bankrott steht der Stadt nicht zu, auch nicht ihrem eigenartigem Bürgermeister, geht es doch um Kinder, die man nicht aufgeben darf, wenn man nicht will, daß sie als Erwachsene Sozialhilfeempfänger und – das ist leider nicht auszuschließen – kriminell werden.

Ihnen zu helfen, hilft uns allen. Und damit da etwas geschieht, wählen wir Politiker, die für uns handeln sollten. Berlin hat gewählt. Das bezeugen nicht nur die Kinder in Kreuzberg. **Lena Kaiser, Berlin**

Desinformiert und böser Wille

Betr.: „Politisch inkorrekt“ (Nr. 47)

Österreich und Deutschland unterscheiden sich leider wenig, wenn es darum geht, unsere Soldaten des Zweiten Weltkrieges zu diffamieren, ihr Ansehen zu schänden und ihre Gedenkstätten zu beschmutzen oder sogar zu zerstören.

Leider sind es nicht nur verbrecherische Elemente des Sumpfes einer Gesellschaft, zu ihnen gehören auch sogenannte Gutmenschen aller Färbungen, die sich zwar nicht selber die Hände schmutzig machen, aber, was fast noch schlimmer ist, den Abschaum der Gesellschaft sozusagen mit falschen Informationen und Sichtweisen versorgen und so ihrem verbrecherischen Tun die Begründung liefern.

Es ist dabei nicht immer nur erkennbar böser Wille, der Menschen fehlinformiert und zu Fehlhandlungen anleitet. Es ist auch Gedankenlosigkeit, Frucht über Jahrzehnte reichender Desinformation, die dazu führt, daß sogar hochrangige Politiker wie auch Journalisten gar nicht merken, auf welch morastigen Boden sich ihre Moral gründet. Da werden während des Volkstrauertages hehre Worte gesprochen und Kränze niedergelegt und zur gleichen Zeit sind noch nicht einmal die Überreste vieler Gefallener beerdigt, vor allem wohl in Tschechien und Rußland. 61 Jahre nach dem Krieg haben die Bundesregierungen und Bundespräsidenten es nicht als ihre Aufgabe angesehen, für die Beerdigung aller unserer Gefallenen Sorge zu tragen. Ist das faßbar?

Hans-Peter Handl, Solingen

Solche Theater schließen

Betr.: „Wer schützt Mozart“ (Nr. 49)

In der Inszenierung der Mozart-Oper „Idomeneo“ in Berlin wird der geköpfte Christus vorgeführt und die Aufführung wurde zeitweilig nur aus Furcht vor dem Islam, weil auch der geköpfte Mohammed dabei ist, abgestellt. Mohammed „rettet“ Christus, ist das nicht grotesk? Und wo sind unsere Kirchen, unsere christlichen Parteien? Warum schweigt selbst der Bürger?

Nun wird in Hamburg im Thalia Theater eine Szene gezeigt, wo Schauspieler in Kostümen auftreten, die einer Vagina ähneln und selbst die Romanautorin, die zitiert wird, kann nichts dagegen machen. Und das wird noch vom Steuerzahler finanziert!

Man müßte sich fragen, ob Gotteslästerung und Schamlosigkeit zu unserer Kultur, zu unseren „Sitten“ gehören, wo doch schon Art. 2 GG die Entfaltung eines Jeden garantiert, soweit er „nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen ... das Sittengesetz verstößt“.

Daher entstehen Fragen: Warum wird die Finanzierung solcher Abscheulichkeiten nicht eingestellt? Warum machen unsere Kulturbeauftragten, unsere Regierung, unser Parlament, unsere Parteien mit ihren Ethik-Kommissionen, ja, auch Stellen, die über das Grundgesetz wachen, nichts dagegen? Müßte man solche Theater nicht ohne Vorwarnung schließen beziehungsweise deren Finanzierung abbrechen?

Die Autorin warnt: „Wie heute im Theater gearbeitet wird, wird es demnächst in der ganzen Gesellschaft zugehen.“ **Franz Harder, Leopoldshöhe**

Dem Volk aufs Maul schauen

Betr.: PAZ

Die *PAZ* ist nicht nur durch ihre unbedingt sachliche Thematisierung eine Ausnahme im allgemeinen Blätterwald, sie ist vielseitig interessiert, liegt politisch im richtigen Wellenbereich, wie es die vielen Zuschriften auf der Seite der Lesermeinungen erklären, ebenso ist der offene Spalt zwischen Volk und Regierenden unübersehbar, weil die letzteren gar keine Notwendigkeit darin erkennen, dem Volk wahrlich aufs Maul zu schauen, wie sich Luther schon vor 500 Jahre ausdrückte.

Ich würde sagen, die zwei Kriege und die lügnerische und heuchlerische Begleitmusik haben einfach die deutsche Seele zerstört. Diesen Faden bis zum Ende durchzuziehen ist erstens nicht möglich und zweitens sind die Lügen zu einer Normalerscheinung geworden, daß das Volk laut Sefton Delmer total den Faden der Normalität verloren hat. Im Westen hat sich außer Flächenbombardements und fast Totalzerstörungen an den Grenzen kaum etwas verändert, was den unterlegenen an der Oder nicht vergönnt war.

Der Völkerbund oder die UN – haben sie nicht den Zweck, übernationale Eigenmächtigkeiten durch ihre Weltgeltung gegen Krieg und Frieden in die Schranken zu weisen, um Blutvergießen und ein Massensterben zu verhindern? Schwer verständlich, wodurch dieser Superbau Aggressoren davon abhält, sich der internationalen Gesetzgebung zu unterstellen? Der Irak und Afghanistan sind neben vielen anderen die letzten Beispiele. **Gerhard Mittelstaedt, Quebec, Kanada**

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Klaus D. Voss
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1459**

Beziehungen auf den Boden des Rechts stellen

Betr.: „Mit einem Bein noch in der Zelle“ und „Heimatvertriebene ausgegrenzt“ (Nr. 52)

Man würde doch gern in einem Rechtsstaat leben, in dem man sich auf das herrschende Recht und seine Wahrer verlassen kann.

Und natürlich möchte man auch die Meinungsfreiheit nicht missen, die Teil des Rechtsstaates ist.

Die nachbarschaftlichen Beziehungen, besonders zu Polen und Tschechien, werden durch Fälschungen und Lügen beeinträchtigt.

Obwohl der unselige Krieg so lange vorbei ist und kaum noch jemand lebt, der in diesem Krieg Verantwortung trug, ist die politische Klasse dieser beiden Länder in nationalistischem Wahn nicht bereit, eigene Fehler und Untaten zu bekennen und die Beziehungen zu Deutschland, die zwischen Polen und Deutschen auf der privaten Ebene häufig bestens sind, auf den Boden des Rechts und der Wahrheit zu stellen. Schlimmer noch sind allerdings Deutsche, die Geschäfte der nationalistischen Polen und Tschechen betreiben.

David Irving mag Falsches glauben oder meinen. Das steht ihm zu wie jedem Bürger in einem demokratischen Staat. Die Herrschenden in Österreich und Deutschland haben sich für eine Demokratie mit Fehlern entschieden und die Meinungsfreiheit zum Bedarfsartikel gemacht, der Zwecken dient. Das haben sie zu verantworten. **Hartwin Rieter, Rengsdorf**

Auch Noske war Monarchist

Betr.: „Einer muß der Bluthund werden“ (Nr. 47)

Über Gustav Noske, dem ersten Reichswehrminister, zu schreiben ist sicher nicht leicht, da er nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg politisch leider zwischen allen Stühlen saß. Um so mehr freut es mich, nach langem Vergessen den außerordentlich kenntnisreichen Artikel von Herrn von Leesen der *PAZ* zu entnehmen.

Lassen Sie mich eine kleine Episode, die mir mein Vater erzählte, über diesen außerordentlich couragierten Politiker hinzufügen: Es war 1918, gleich nach Ausbruch des Matrosen-Aufstandes in Kiel. Eines nachmittags saß die Familie meines Großvaters, der Rektor einer Realschule in Plön war, gerade bei Tisch, als Gustav Noske, begleitet von mehreren Soldaten, im Wagen mit roter Fahne plötzlich bei ihm zu Haus mit den Worten erschien: „Heinrich, ich brauch Dich sofort in Kiel, Du mußt Kultusminister werden.“ Mein Großvater, der mit Noske befreundet war, erschrak und antwortete: „Gustav, das geht nicht, ich verstehe nichts von Politik. Außerdem bin ich immer noch Beamter und kaisertreu.“ Noske war wirklich in einer verzweifelten Lage und konnte es nicht verstehen, daß mein Großvater nicht bei der neuen Regierung mitmachen wollte; denn auch Noske bedauerte im tiefsten Herzen den Verlust der Monarchie, versuchte aber aus der Not eine Tugend zu machen, indem er die neue Republik und vor allen Dingen das von allen Seiten bedrohte Deutsche Reich erhalten wollte.

Mein Großvater mußte sich hinterher von seinen Nachbarn in dem damals durch und durch monarchistisch gesonnenen Plön, wo die Söhne der Hohenzollern auf dem Schloß die Kadettenanstalt besuchten, allerhand anhören, wieso er plötzlich Besuch von den „Roten“ erhielt. Der Freundschaft jedenfalls zwischen Gustav Noske und Heinrich Lietzow und ihren Familien hat es auch hinterher keinen Abbruch getan.

Manfred Lietzow, Pönitz

Eine Beleidigung

Betr.: „Der graue Wahnsinn“ (Nr. 52)

Seit 1959 fahre ich regelmäßig nach Mitteldeutschland, also 30 Jahre lang vor der deutschen Teilvereinigung, und so sehe ich mich veranlaßt, diesen Artikel nicht widerspruchslos hinzunehmen. Es stimmt, die alten Häuser, besonders in den Innenstädten, waren zum Teil marode und baufällig, aber mit dem Bild und der Bemerkung „Damals sahen die meisten Häuser in der ‚Zone‘ so aus“ wird suggeriert, daß die überwiegende Mehrheit der DDR-Bewohner, also auch meine Verwandten, Freunde und Bekannten, in solchen heruntergekommenen und verwahrlosten Gebäuden gewohnt – hier müßte man wohl sagen: gehaust – hätten. Das ist ein Schlag ins Gesicht und eine Beleidigung aller mitteldeutschen und dorthin vertriebenen und geflüchteten ostdeutschen Landsleute.

Manfred Weinhold, Hamburg

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

MELDUNGEN

Rechte bilden eigene Fraktion in Straßburg

Straßburg – Rechte Europa-Abgeordnete aus sieben Ländern wollen eine gemeinsame Fraktion im EU-Parlament bilden. Darunter sind Politiker der österreichischen FPÖ, des französischen „Front National", des belgischen „Vlaams Belang" sowie die Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini und der Brite Ashley Mote. Bislang scheiterte eine Fraktionsbildung, weil die Rechten nicht die mindestens 19 Mandate zusammenbrachten, die dafür nötig sind. Nach der jüngsten EU-Erweiterung jedoch traten die rumänische PRM und die bulgarische Partei „Ataka" dem Bündnis bei, dem nunmehr 20 Parlamentarier angehören.

Zwei neue EU-Behörden

Brüssel – Die EU schafft zwei neue Behörden, eine „Agentur für Grundrechte" in Wien und eine „Gleichstellungsagentur" in Wilna. Allein in Wien sollen 100 Mitarbeiter beschäftigt werden.

ZUR PERSON

Behäbiger Funktionär



Felix Austria hat einen neuen Bundeskanzler: **Alfred Gusenbauer**. Der Chef der Sozialdemokraten (SPÖ) strahlt eine gewisse Behäbigkeit aus – der promovierte Philosoph und Politikwissenschaftler gilt nicht nur bei seinen Kritikern als uncharismatisch. Die Karriere des 46jährigen St. Pölteners gleicht der eines gewöhnlichen Funktionärs. Er begann 1981 als Schriftführer seiner Partei und war dann 1984 bis 1990 Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend.

1999–2000 fungierte „Gusi" als Landesgeschäftsführer der SPÖ in Niederösterreich, ist Vizepräsident der Sozialistischen Internationale und Mitglied der österreichischen Delegation zur Parlamentarischen Versammlung des Europarates (seit 1991). 1995 bis 1998 war er als Vorsitzender des Sozialausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates tätig.

Noch 2005 behauptete er, zukunftsorientierte Politik sei eigentlich nur mit den Grünen zu machen. Nun ist er Chef einer Großen Koalition. Sein Politikstil, sofern davon schon die Rede sein kann, orientiert sich angeblich an dem des langjährigen Kanzlers Bruno Kreisky, der den damaligen Juso-Chef indes als „Gruselbauer" verhöhnt hatte.

Um sein Image aufzupolieren, ließ sich sich Gusenbauer als Bundesvorsitzender auch schon mal einen neuen Haarschnitt verpassen. Abgesehen von solchen Äußerlichkeiten ist er mehr ein Sozialist der alten Schule. Trennung von Partei und Gewerkschaften ist nicht sein Ding.

Die Bawag-Affäre traf ihn daher um so unvorbereiteter, erschwerte doch die enge Verbindung der Partei zu der Gewerkschaftsbank effiziente Kontrollen der Umtriebe im Management des Gewerkschaftskonzerns. Eine späte Einsicht für Gusenbauer. *SV*



»Das nennen Sie einen kleinen Druckfehler??« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Im Zeichen des Schweins

CSU: Beißhölzer für die Hoffnungsträger – Gesundheit: Mitleid für die Politik – Ideologie: Ein neuer Weltstar für die Linken / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Wenigstens brauchen wir uns nicht mehr so zu schämen, wenn wir vor Freunden einräumen müssen, die Gesundheitsreform nicht verstanden zu haben. Ein bizarrer Expertenkrieg um die Frage, wieviel Geld aus den reicheren Ländern in die ärmeren fließen wird, um irgendeine „Struktur auszugleichen", enthüllt: Die haben alle keine Peilung mehr, selbst die nicht, die fürs Besserwissen horrende Honorare einstreichen.

Nun aber kein Neid auf die „Experten", überbezahlt sind die keineswegs, denn sie leben gefährlich. Experten sind diejenigen, denen die Politiker ihre eigenen Fehlleistungen später unterjubeln, wenn das Volk spürt, welche blutgierige Laus ihm da ins Fell gesetzt wurde. „Wir haben uns auf den Rat der Experten verlassen", wird Ulla Schmidt in ein paar Jahren mit traulich-trauriger Miene seufzen, wenn uns ihre wüste Hinterlassenschaft um die Ohren fliegt. „Ja, wie hätte sie das auch wissen können, wo doch sogar die Experten ...", werden wir ihr dann persilbescheinigen und Mitleid haben.

Man stelle sich nur vor, dem arbeitslosen Mittfünfziger würden sie Haus und Lebensversicherung nicht unter dem Etikett „Hartz IV" unterm Hintern wegpfänden, sondern als Teil der „Schröder-IV-Reform". Der arme Alt-Kanzler würde seines Lebens als Edel-Pensionär nicht mehr froh. Statt dessen geht nun alles auf den Hartz und wir genossen die Aufdeckung des VW-Skandals als Mütchen-Kühlung erster Klasse: Rache an Hartz – für Hartz.

Daß die Experten unsere Politiker von der Verantwortung für Sachentscheidungen befreien, bedeutet aber nicht, daß so ein Politikerleben nur aus heiterem Einerlei bestünde. Die Volksvertreter müssen sich den Rücken freihalten für Wichtigeres; wer denkt schon an ihre persönliche Karriere, wenn nicht sie selbst? Da indes die Zahl der Posten immer kleiner wird, je weiter es auf der Leiter nach oben geht, enden die meisten Politikerbiographien als Enttäuschung.

Was muß das für eine Stimmung gewesen sein in Wildbad Kreuth! Die versammelte Riege der CSU-Beta-Tiere hatte sich zur Prozession versammelt, um ihren Herrn und Meister zu lobpreisen und ihm ein ewiges politisches Leben zu wünschen. Ihre Hoffnung: Den Umschleimten möge die Rührung packen, so daß er ihnen den Zeitpunkt seines hoffentlich baldigen Abschieds bekannt gebe. Aber nichts davon. 2008 will Edmund der Ewige nicht nur noch einmal antreten, sondern zudem danach die volle Wahlperiode im Amt bleiben. Hätte Stoiber im Moment seiner Ankündigung in die Herzen so manches christsozialen „Hoffnungsträgers" blicken können, würde er sich künftig ein Schießeisen unters Kopfkissen stecken. Gewiß hätten einige der Anwesenden den Ober gern um ein Beißholz gebeten. Böse Erinnerungen wurden wach an 2005, als der CSU-Chef nach Berlin aufgebrochen war. Huber und Beckstein gingen sofort auf die Walz durchs Bayernland, um allen zu zeigen, wie gut ihr Kopf unter die Landesfürstenkrone paßt. Dann kehrte Stoiber zurück und die beiden Aspiranten standen mit runtergelassenen Hosen da. Nichts ist peinlicher und vor allem karriereschädlicher, als daß jeder weiß, daß ich gern Ministerpräsident heiß, sprich: hieße. Vor der Zeit in die Öffentlichkeit geblasene Aufstiegspläne verbauen sich selbst.

> Der Persilschein des 21. Jahrhunderts: »Wir haben uns nur auf die Experten verlassen!«

Stoiber bis 2012! Was soll aus den „Hoffnungsträgern" bis dahin werden? Selbst die Bahn-Auskunft mutet uns keine Warteschleifen dieser Länge zu. Die Betroffenen sollten sich nicht scheuen, einen Spezialisten aufzusuchen, bevor sie mental gänzlich entgleisen und was Dummes tun. Wir sind eine aufgeklärte, weltoffene Gesellschaft, da ist es keine Schande mehr, einen Psychiater zu konsultieren, wenn einem ein solches Trauma widerfährt.

Andererseits steht Bayern ja im Ruf, eher auf traditionelle Methoden der Alltagsbewältigung zu setzen. Ein Opfer zum Frustablasen muß her. Mal nachdenken ... wie hat das alles überhaupt angefangen, was jetzt in Stoibers vorzeitiger Selbstnominierung bis zum Ende alles Absehbaren endete? Ah ja, richtig: „Spitzelaffäre", Franken-Gabis Internet-Blog und ihre Forderung nach Mitgliederbefragung. Auf nach Zirndorf.

Dort sitzt Landrätin Pauli unschuldig herum, ahnt wahrscheinlich gar nicht, welcher Haß ihr aus der zweiten Reihe der Parteispitze entgegenschlägt, ihr, die Schuld hat an dem ganzen Elend. Sie weiß jetzt allerdings auch nicht recht weiter. Ein Gespräch mit Stoiber, gut, und dann? Die Medien haben die Provinzpolitikerin eifrig aufgeblasen und werden, wie sie es immer tun in solchen Fällen, nun die Luft wieder ablassen. Ihren Höhepunkt hatte die Pauli-Manie erreicht, als erste Kommentatoren den Plausch mit Stoiber in einen fernen Zusammenhang mit jenem Wolfratshausener Frühstück stellten, mit dem der Bayer seiner Rivalin Merkel die nächste Kanzlerschaft abschwatzen wollte und, wie das Schicksal, die Elbe und George Bush entschieden, genau das Gegenteil erreichte.

Nach diesem absurden Vergleich war klar: Es reicht. Gabriele Pauli erscheint bei näherer Betrachtung wie ein Kleindarsteller, den man auf eine viel zu große Bühne geschubst hat und der leider nur einen einzigen Satz weiß. Den hat sie nun schon mehrfach variiert. Das Publikum langweilt sich und fängt an, Witze zu machen. Ein sicheres Signal dafür, daß sich der Vorhang bereits lockert. Der „Focus" stichelt: „Die Rebellin aus dem Playmobil-Land". Die Plastikpüppchen werden in Paulis Zirndorf fabriziert. Auch vergißt das Münchener Magazin nicht zu erwähnen, daß sich das dortige Landratsamt „zwischen Lidl und der Nierenstation" befindet. Aus solch popeligem Ambiente soll eine Gefahr für den Ministerpräsidenten eines Zwölfeinhalb-Millionen-Landes kommen können. Sowas! CSU-kritische Organe, die gern ein bißchen mehr gehabt hätten von dem Remmidemmi und nun traurig sind wegen der erstaunlichen Leichtigkeit, mit der sich Stoiber selbst bestätigt hat, trösten sich mit einer sagenhaften Prognose: Weil die Bayern den Stoiber nicht mehr haben wollen, würden sie die CSU 2008 aus der absoluten Mehrheit bugsieren und über den Freistaat käme eine schwarz-gelbe Koalition. Der „stern", der diesen Quatsch kolportiert, hat offensichtlich Bayern nicht begriffen. Der Südstaat ist der einzige demokratische Einparteienstaat der Welt. Daß die CSU nicht in der Verfassung verankert ist als ewige Regierungspartei, hat allein mit dem Taktgefühl der Bayern zu tun, die nicht an den Firlefanz hysterischer Nordlichter rühren wollen, bei denen „Machtwechsel" als etwas Erfrischendes gilt. Die Zustimmung der CSU zu freien Wahlen ist in etwa so zu bewerten wie die Zustimmung der Briten zur Wiedervereinigung in den diversen Nato-, EWG- und sonst welchen Verträgen vor 1989. Als Kanzler Kohl die damalige britische Premierministerin Thatcher (die sich 1989/90 lautstark gegen die drohende deutsche Einheit engagierte) darauf hinwies, daß auch London sich in all diesen Verträge auf die deutsche Einheit festgelegt habe, fuhr sie an: „Ja, aber doch nur in der Erwartung, daß es nie dazu kommt!"

Dabei ist Bayern nun ein wahrlich beschaulicher Einparteienstaat. Es geht auch anders, etwa wenn Sozialisten ihn bauen. Venezuelas roter Präsident Hugo Chavez hat seine Partei soeben zur Einheitspartei erklärt, läßt oppositionelle Medien abschalten und die katholischen Schulen von „revolutionären" Aufsehern überwachen. Ganz nebenbei ruiniert er die Wirtschaftsstruktur des Landes und zermalmt den Mittelstand, kurz: Er hat ganz und gar das Zeug, zum neuen schimmernden Weltstar der romantischen Linken aufzusteigen, die ihn immer offener anhimmelt.

Wer Chavez und seinen brachialen Sozialismus als Zombies aus der Gruft verstorbener Ideologien abtut, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Die Chinesen teilen jedem Jahr in uralter Weisheit ein Tier zu. 2007 ist das Jahr des Schweins.

ZITATE

„Welt"-Kolumnist Ulf Poschardt hat den Silvesterball in der Berliner Staatsoper unter den Linden besucht und ist entsetzt über die ***Stillosigkeit eines linken Milieus****, das in der deutschen* ***Hauptstadt*** *anstelle echten Bürgertums den Ton angibt:*

„Grotesk ist, wie sich die Gutmenschen kostümieren. Im Milieu der Erzieherinnen und Grundschullehrerinnen hat eine Clown-Couture Einzug gehalten, deren Look auf das Unseligste Spiegel der materiellen Lebensverhältnisse ist. Mit bunten Filzstoffen, Kaspermützen und Bommelschuhen, irrwitzigen Ohrringen und asymetrischen Playmobil-Frisuren sehen die mittelalten Damen aus wie Wachsmalzeichnungen ihrer Kinder."

Die Münchener „Abendzeitung" vom 9. Januar sieht – trotz aller Solidaritätsbekundungen der CSU-Spitze – das ***politische Ende von Edmund Stoiber*** *nahen, denn:*

„Stoiber hat seinen untrüglichen Instinkt, was die Basis will, verloren. Inzwischen scheint es ihm nicht mehr um das Wohl der CSU zu gehen, sondern um sein eigenes Ego. Eigentlich kann Stoiber einem schon Leid tun, daß er sich nun in die Riege derer einreiht, die an ihrem Sessel kleben blieben, bis sie davon gejagt wurden."

Der Leiter der Berliner Redaktion des „Focus", Henning Krumrey, attestiert dem ***bayerischen Ministerpräsidenten Unentschlossenheit****:*

„Aus dem ‚blonden Fallbeil' von einst ist ein stumpfes Wiegemesser geworden, das mal in die eine, mal in die andere Richtung pendelt."

Im ***evangelischen*** *Magazin „chrismon" behauptet der Düsseldorfer Politikwissenschaftler Ulrich von Alemann anläßlich einer* ***Korruptionsstudie*** *der Organisation „Transparency International":*

„Je protestantischer ein Land, desto weniger anfällig ist es für Korruption. Dieser Zusammenhang besteht eindeutig, liefert aber noch keine überzeugende Erklärung. Es ist nur eine schöne Zuspitzung. Hierarchisch gegliederte Gesellschaften sind anfälliger für Korruption, weil es mehr Verantwortungsstufen gibt. Und Katholiken, Orthodoxe oder Muslime organisieren sich generell hierarchischer als evangelische Christen."

Bruchregeln

Hals- und Beinbruch wünschten viele
Schwarzenegger vor der Wahl –
und das führte ihn zum Ziele,
kürzlich gar ein zweites Mal.

Doch vom Segenswunsch, dem feinen,
kommt nicht immer bloß Gewinn,
weil ihn manche wörtlich meinen
und nicht alle nach dem Sinn!

Für die Nornen – heutzutage
demokratisch ganz gewiß –
paßte in der heiklen Lage
lediglich ein Kompromiß.

So ging's jedem in Erfüllung,
wenn auch jeweils nur zum Teil:
Arnies Bein trägt Gipsumhüllung,
und der Hals, gottlob, blieb heil.

Pannonicus